



CONCOURS EDHEC 2022

ORAUX LANGUES

ALLEMAND

Make an impact

Is mir egal, ich hinterlass das jetzt so

zeit.de

Peter Dabrock

06.09.2021

Auf vielen Toiletten findet sich das Hinweisschild: "Bitte hinterlassen Sie diesen Raum, wie Sie ihn vorfinden möchten." In wenigen Wochen können alle Wahlberechtigten ihr Wahlprivileg anwenden. Im Sinne der ermahnenen Bitte am stillen Örtchen mag man sich fragen: Hätte ich selbst die Welt gerne so vorgefunden: mit Klima- und Umweltkrise; als Kinder, Schüler oder Studentin zu sehen, wie dünn die Konzepte bei der Pandemiebewältigung für die jüngere Generation ausfallen; Bildung und Wissenschaft nur als Sonntagsredenthema, aber ohne wesentliche Auswirkung auf die große Politik; Infrastruktur, die an allen Ecken und Enden knirscht, marode oder erst gar nicht realisiert ist (Stichwort: Schnelles Internet braucht man ja nicht an der letzten Milchkanne); ach ja: Und wie die eigene Rente finanziert werden kann, ist unklar. Dass die Anliegen der jungen und nachfolgenden Generationen jenseits von eingetübten Phrasen weite Teile der Politik kaum bewegen, ist hier und in anderen Medien schon geradezu mantrahaft, enttäuscht oder wütend beklagt worden. Bisher, auch wenige Wochen vor der Bundestagswahl, sind die Appelle ohne Konsequenzen verhallt. Mental ist diese politische Haltung nicht einfach eine Frage des Alters oder eines bestimmten sozialen Milieus. Doch lässt sich kaum bezweifeln, dass ein Großteil der bisherigen Politik auf ein vermeintlich biologisch oder mental senioriges Klientel zugeschnitten ist: Politik, deren Aufgabe und Verantwortungsprivileg darin besteht, den Gestaltungsraum gesellschaftlichen Lebens auszuloten, scheint in vorlaufendem Gehorsam vor einer vermeintlichen Altenrepublik oder gar Rentokratie nur noch das umzusetzen, was dieser vermeintlich wahlentscheidenden Alters- oder Mentalitätskohorte nicht weh tut. Stillstand, der auf Wahlplakaten euphemistisch als "Stabilität" erscheint, wird über den Wahltag hinaus zum heimlichen Mittel der Wahl erklärt – allen Modernisierungsphrasen zum Trotz. Dankbar nimmt man dann die Hinweise von manchem Gesellschaftstheoretiker auf, dass der Einfluss der Politik auf die anderen Sphären der Gesellschaft gering sei, dass genau darin das Spezifikum der ansonsten mit vielen Segnungen versehenen und versprechenden modernen Gesellschaft bestehe und man ergo nicht allzu viel von der Politik erwarten solle. Solche Deutungen sind aber nur die halbe Wahrheit, denn selbstverständlich macht es einen Unterschied, ob Politik Regeln zur Förderung eines Manchesterkapitalismus schafft oder eher eine soziale oder sozialökologische Marktwirtschaft befördert. Und ob Biden oder Trump in Amerika an der Macht ist, dürfte bei allen Einflüssen diverser Lobbygruppen nicht irrelevant sein. Wären all das nur Oberflächenphänomene, könnte man ja im Lobpreis auf die Moderne das Wählen gleich lassen. Solch Fatalismus höherer Ordnung braucht es nicht und entmutigt an falscher Stelle. War nicht über Generationen hinweg ein Leitstern der Satz: "Unsere Kinder sollen es einmal besser haben als wir!" Was ist davon angesichts von Klimakrise, Pandemie, Rentenfrage, Bildungsmisere und mangelnder Infrastruktur übrig geblieben? Hat sich der Generationenvertrag einseitig aufgelöst: Hauptsache die Jungen zeigen Solidarität mit den Älteren? Selbst wenn man nüchtern akzeptiert, dass Politik kein Wunschkonzert ist und politische Entscheidungen meistens dem Kalkül "Opposition ist Mist!" folgen, bedeutet dies nicht, dass kein Handlungsspielraum vorherrscht. Auch wenn es am Ende um Macht geht – was ja nicht Korruption heißen muss, sondern vor allem Gestaltungsmacht heißen kann –, darf man danach fragen, ob bestimmte Entscheidungen oder Haltungen gut, gerecht, nützlich, kurzum schlicht verantwortlich sind. Genau das sind die entscheidenden Fragen, die in über 2.000-jähriger europäischer Ethikgeschichte an die Einstellung von Entscheidungsträgerinnen gestellt worden sind. Klar, bei solchen Fragen, die die Ethik stellt, gibt es selten die eine sichere Antwort. Ethik ist auch nicht einfach Moralverstärkung. So primitiv funktioniert Ethik nicht – das wissen noch die "Gebildeten unter ihren Verächtern". Viele Faktoren sind im konkreten Urteil zu beachten; Deutungs- und Handlungsspielräume bleiben trotz ethischen Urteils erhalten. Ethik zielt nicht auf Wahrheit, sondern auf Angemessenheit. Im Einzelnen: Die ältesten Ansätze der Ethik fragten nach guten Lebensformen, die nicht nur kurzfristig Spaß bereiten, sondern langfristig Erfüllung schenken: Wenn zum guten Leben in unserer Gesellschaft offensichtlich die Lebensform Familie und damit die Zukunft folgender Generationen gehören, dürfte eine zukunftschwache Politik kaum diesem ältesten ethischen Kriterium zuarbeiten. Aber auch in der Tradition der Ethik Kants, bekannt für den kategorischen Imperativ, der danach fragt, ob sich eine Handlungseinstellung verallgemeinern lässt und man andere nicht einfach nur als Mittel zum Zweck missbraucht, wird es für rein auf die Gegenwart bezogene Haltungen schwer: Man dürfte der mit dem kategorischen Imperativ überprüfbaren Handlungspflicht kaum nachkommen, wenn man Kinder ungefragt in die Welt setzt und ihnen dann fundamentale Zukunftsbedingungen – und wie die Klimaforschung in breitester Übereinstimmung prognostiziert – bald irreversibel zerstört.

Arbeitsmarkt: Das sind die aktuellen Trends für 2022

extratipp.com

(ohne Autorenangabe)

17.12.2021

Die „Glassdoor Workplace Trends“ für 2022 zeigen, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland im neuen Jahr weiterentwickeln wird. Das Jobportal Glassdoor veröffentlichte Anfang Dezember eine Trendanalyse für den deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2022. Die Analyse beschäftigt sich mit der Frage, was wir im neuen Jahr am Arbeitsplatz erwarten können. Während sich 2020 alles um die Krisenbewältigung inmitten einer globalen Pandemie drehte, stand der Arbeitsmarkt 2021 vor Herausforderungen wie Burn-outs*, Homeoffice, Fachkräftemangel und einer außerordentlich hohen Fluktuation von Mitarbeitern – so wird in Fachkreisen bereits von 2021 als dem Jahr der großen Kündigungswelle („The Great Resignation“) gesprochen. Im Jahr 2022 wird es darum gehen, die neue Normalität und die zunehmende Verhandlungskraft der Arbeitnehmer im angespannten Arbeitsmarkt zu bewältigen.

„Um ihre Mitarbeiter in der neuen Pandemie-Ära zu unterstützen, zu binden und zu halten, müssen Unternehmen flexibel sein. Sie müssen die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge behalten und in einem sich schnell verändernden Umfeld auf Feedback reagieren“, sagt Lauren Thomas, Economist bei Glassdoor. „Denn auch 2022 wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt voraussichtlich noch angespannt bleiben – und den Arbeitnehmer:innen die Möglichkeit geben, mehr von ihren Arbeitgeber:innen zu verlangen.“ Dank seiner Daten zu Erfahrungen von Arbeitnehmern hat Glassdoor vier Thesen aufgestellt, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland im nächsten Jahr weiterentwickeln wird. In der Glassdoor-Datenbank finden sich Millionen Bewertungen von Mitarbeitern zu ihren Arbeitgebern, Gehältern und Vorstellungsgesprächen bei Unternehmen. Der Arbeitsmarkt war bereits in den letzten Jahren vom Fachkräftemangel geprägt. Der verstärkte Wettbewerb um Fachkräfte erschwerte es, Mitarbeiter einzustellen und zu halten. Sollten die Schwierigkeiten bei Neueinstellungen über Jahre hinweg anhalten, müssen Arbeitgeber langfristig planen und potenziellen Mitarbeitern passende Anreize bieten. In einer neuen Studie hat Glassdoor analysiert, welche Faktoren am Arbeitsplatz die Zufriedenheit der Mitarbeiter in Deutschland beeinflussen. Die Ergebnisse zeigen, dass die drei wichtigsten Faktoren die Führungsebene (20,1 %), die Unternehmenskultur und -werte (19 %) sowie die Karrieremöglichkeiten (14,3 %) sind. Arbeitgeber, die kreativ denken und neue Talentpools erschließen können, werden 2022 am ehesten in der Lage sein, Mitarbeiter einzustellen und zu halten. Vor der Pandemie waren Homeoffice und das Arbeiten von einem anderen Ort aus für Arbeitgeber oftmals ein Alleinstellungsmerkmal. Durch die Pandemie sind die Arbeit von zu Hause und Remote-Working-Modelle allerdings zum Alltag geworden. Dadurch bemüht sich nun eine größere Menge von Unternehmen um die gleichen potenziellen Mitarbeitern – da diese zum Arbeiten nicht mehr auf den direkten Umkreis beschränkt sind, in dem sie leben. Dieser verstärkte Wettbewerb bedeutet, dass Arbeitgeber möglichen Arbeitnehmern attraktivere Angebote machen müssen – und viele werden dazu übergehen müssen, die Gehälter zu erhöhen. Auch stellt sich die Frage, ob Unternehmen allen Arbeitnehmern die gleichen Gehälter zahlen oder diese an die Wohnorte anpassen. Laut den Daten von Glassdoor haben in Deutschland 15,2 Prozent der Arbeitgeber zwischen Januar und Oktober 2021 mit Remote-Arbeitsplätzen konkurriert, gegenüber 6,3 Prozent im Jahr 2020. 2022 werden die Arbeitnehmer zunehmend Fortschritte in den Bereichen Diversität und Inklusion von den Unternehmen erwarten. Die Studie von Glassdoor zeigt, dass Diversität und Inklusion (12,1 %) für die Arbeitnehmer in Deutschland genauso wichtig wie die Vergütung und Sozialleistungen (12,1 %) sind und sogar minimal über der Work-Life-Balance (11,6 %) stehen. Eine erhöhte Transparenz in diesen Bereichen ist ein wirksames Mittel, um Fortschritte hervorzuheben und Anreize zu schaffen. Die Diskussion über die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern hat sich in den letzten zehn Jahren erheblich intensiviert. Transparenz kann dabei helfen, Unterschiede hinsichtlich Diversität und Inklusion zu ermitteln, analysieren und zu beobachten. Unternehmen, die sich nicht mit diesen Themen auseinandersetzen oder sich ihnen verpflichten, werden in Zukunft am Arbeitsmarkt gegen die Konkurrenz verlieren. Die Pandemie hat den Kontakt zwischen Kollegen erschwert, die sich an verschiedenen Orten befinden. Doch was die Mitarbeiter vermissen, ist nicht zwingend das Büro, sondern eine Gemeinschaft. Dieser Wunsch nach Gemeinschaft geht über den (physischen) Arbeitsplatz hinaus. Mitarbeiter werden sich 2022 zunehmend an (Branchen-)Kollegen wenden, um eine Gemeinschaft zu finden und mehr Transparenz über ihre Unternehmen und Branchen zu erhalten. Unternehmen können der Zeit einen Schritt voraus sein, indem sie erkennen, dass viele Arbeitnehmer nicht nur nach einem Arbeitsplatz, sondern nach einer Karriere und einer Gemeinschaft suchen. Im neuen Jahr wird es wichtiger denn je sein, sich auf den Dialog und die Einbindung der Mitarbeiter sowie das Erlebnis am Arbeitsplatz zu konzentrieren

Unreal Engine 5: Zunehmende Verschmelzung von Film und Spiel

derstandard.at

(ohne Autorenangabe)

06.04.2022

Die neue Technologie soll nicht nur Games wie das kommende "Witcher" oder das neu angekündigte "Tomb Raider" in Szene setzen.

Als Entwickler von Spielen benötigt man schon seit Jahren keine eigens entwickelte Spiele-Engine mehr, um darauf basierend seine Ideen zu verwirklichen. Dank populärer Lösungen – allen voran die Unreal Engine – baut man heute auf Wunsch sein Spiel auf einem starken Fundament auf und kann sich auf Dinge wie Gameplay und Story fokussieren. Mit der Veröffentlichung der neuen Unreal Engine 5 am Dienstag schlägt Entwickler Epic Games nun ein neues Kapitel in diesem Buch auf, das die Spielebranche nachhaltig verändern könnte. Erst vor wenigen Wochen kündigte CD Projekt Red, der populäre Entwickler der Witcher-Spiele, an, dass man an der Fortsetzung der beliebten Action-Rollenspiel-Serie arbeite. Man kündige das Spiel vor allem deshalb jetzt schon an, so der Entwickler in einer Pressemitteilung, weil man Entwickler suche, die bereits mit der Unreal Engine Erfahrung sammeln konnten. Nach vielen Jahren wechselt nun nämlich auch das bekannte polnische Studio von der eigenen Engine auf die populäre Drittanbieter-Lösung. Auch Tomb Raider-Entwickler Crystal Dynamics ließ im Rahmen der Epic-Veranstaltung wissen, dass man den neuesten Teil, den man hiermit offiziell ankündigt, auf Unreal setzen wird. Das Studio sei davon überzeugt, man werde dank der Unreal Engine "Spieleerfahrungen auf einem neuen Level" erwarten dürfen. Auch bei Crystal Dynamics werde man sich in den nächsten Monaten über Bewerbungen von Entwicklerinnen freuen, die bereits mit Unreal zu tun hatten.

Warum aber sind so viele Entwicklerstudios aktuell so angetan von der neuen Engine? Sehr beeindruckend war mit Sicherheit die Demo zu The Matrix Awakens, die das Studio im Dezember veröffentlichte und die PC- und Konsolenspieler selbst herunterladen und ausprobieren konnten. Diese sollte zeigen, was unter anderem mit Unreal Engine 5 möglich ist: eine riesige Stadt, die Implementierung neuester Grafikspielereien und dazu ein paar kleinere Analysetools, die Entwickler nutzen konnten, um sich ein besseres Bild von der Engine zu machen. Auch sein eigenes, sehr erfolgreiches Spiel Fortnite wurde vom Entwickler bereits auf Unreal Engine 5 umgestellt, wie das Studio im Rahmen der Präsentation wissen ließ. Nach der ersten Präsentation vor zwei Jahren wollte der Entwickler die neuen Möglichkeiten selbst testen, bevor man allen anderen Studios die Möglichkeit geben wollte, die Engine selbst anzuwenden. Das macht laut Epic-CTO Kim Libretti sehr viel Sinn, wie er in einem Interview mit The Verge erklärt: "Tatsächlich ist das für unsere Kunden sehr wertvoll, wenn sie nicht durch all die Fehler gehen müssen, die wir in den letzten Jahren entdeckt haben." Man habe so undurchdachte Arbeitsprozesse verbessern können, speziell weil man zwei so große Projekte wie Fortnite und Matrix zum Testen zur Verfügung hatte. Die Engine selbst werde zahlreiche Verbesserungen bringen, angefangen bei noch fotorealistischeren Bausteinen bis hin zu einer möglichen Aufteilung großer Welten in kleinere Teile, um separaten Teams die Arbeit an Open-World-Games zu erleichtern. Kein Wunder also, dass man unter anderem die Witcher-Macher für ein solches Werkzeug begeistern konnte. In der Präsentation verriet Epic zudem, dass man einen Teil der Matrix-Stadt den Entwicklern zur Verfügung stelle, damit sie ihr Spiel darauf aufbauen können. Als zusätzliche "Hands-on-Lernstunde" ist in dem Paket der Multiplayer-Shooter Lyra enthalten, der stark an das aus den späten 1990er-Jahren bekannte Kultspiel Unreal Tournament erinnert. Epic bietet auch immer wieder Tutorial-Videos an, die den Umgang mit der Engine erklären. Schon länger ist bekannt, dass die Unreal Engine auch bei TV-Serien zum Einsatz kommt, etwa bei The Mandalorian von Disney. Diese Verschmelzung von Film und Spiel soll laut Epic zunehmen und so neue Wege ebnen. Früher, so der Epic-CTO, habe man hochwertige Computergrafiken fürs Kino produzieren müssen, um sie dann für Spiele kleiner und weniger detailliert zu machen. Diese klare Trennlinie werde jetzt unscharf.

"Es gibt keine technischen Begrenzungen mehr, die den Künstler dazu zwingen nachzudenken, für welches Medium er gerade Grafiken produziert", heißt es. Hier werde die Engine künftig sehr helfen – egal ob die Grafiken für einen Streamingdienst, ein Videospiel oder später vielleicht im Metaverse gebraucht werden.

Was das am Ende für den Spieler bedeutet? Im Idealfall keine Verschiebung von Prioritäten, sondern weiterhin einen Fokus auf die Schaffung spannender Spielerlebnisse. Die technischen Rahmenbedingungen, solche Games zeitgemäß in Szene zu setzen, scheinen ab sofort gegeben zu sein.

Soziale Gerechtigkeit erreichen wir nicht mit Kompensationspolitik

zeit.de

Lena Klimkeit Heike

22.09.2022

Die nächste Bundesregierung muss die sozialen Folgen des Klimaschutzes stärker berücksichtigen, fordern Transformationsexperten. Nur Geld zu erstatten reiche nicht aus. Alle Parteien – außer der AfD – versprechen den Wählerinnen und Wählern, etwas für den Schutz des Klimas zu tun. Wie das Klima aber geschützt werden kann, ohne dass jemand auf der Strecke bleibt, dazu sei bislang wenig zu hören gewesen, kritisieren der Volkswirt Ulrich Petschow und der Transformationsforscher Florian Kern vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin. Sie forschen auf den Themenfeldern der Umweltökonomie und -politik und haben Vorschläge erarbeitet, wo die Politik ansetzen sollte.

ZEIT ONLINE: Herr Kern, Herr Petschow, noch nie zuvor wurde in einem Bundestagswahlkampf so viel über Klimaschutz gesprochen und trotzdem sind Sie nicht zufrieden. Warum?

Florian Kern: Der Klimaschutz ist ein zentrales Thema, Umfragen zeigen auch, dass sich Bürgerinnen und Bürger dafür interessieren und dass sie den Klimaschutz sogar als Topthema bewerten. Das ist erfreulich. Das Problem ist die Logik des politischen Diskurses. Der geht zurzeit so: Eigentlich läuft doch in Deutschland alles super, aber jetzt kommt dieser Klimaschutz, der zu sozialen Unwuchten und hohen Kosten führt, die wir kompensieren müssen. Dabei sind sich viele Akteure einig, dass sich unsere Gesellschaft nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozialen Gründen wandeln muss. Es gibt jetzt schon viele Menschen, die abgehängt sind, die sich nicht den neuesten SUV leisten oder eine Solaranlage aufs Dach schrauben können. Soziale Gerechtigkeit erreichen wir nicht mit reiner Kompensationspolitik.

Ulrich Petschow: Wir befinden uns in einer so grundlegenden Transformation, die nicht durchsetzbar ist, wenn wir nur die ökologische Dimension berücksichtigen. Die Gelbwestenproteste in Frankreich haben das gezeigt. Unser Ziel muss sein, niemanden abzuhängen: leave no one behind. Ein zentrales Leitbild ist daher das Konzept einer Just Transition, eines gerechten Übergangs.

ZEIT ONLINE: Die Grünen wollen die Menschen unter anderem durch ein Energiegeld in Höhe von 75 Euro pro Kopf pro Jahr entlasten. Die FDP hat eine Klimadividende in Aussicht gestellt, eine pauschale Rückzahlung, deren Höhe jedes Jahr neu berechnet werden soll. Zielen diese Prämien nicht genau darauf ab, dass klimapolitische Maßnahmen sozial verträglich sind?

Florian Kern: Kompensationszahlungen an einkommensschwächere Menschen sind eine sinnvolle Sache. Das ist ja das Prinzip hinter dem Gedanken leave no one behind. So wird es im Wahlkampf aber nicht diskutiert. Denn wenn man die Kosten pro Kopf zurückgibt, werden nicht nur die Einkommensschwächsten entlastet, sondern alle. Kompensation muss es teilweise geben, aber nicht für alle. Wir sind der Ansicht, dass sich die Ausgangsfrage in der klimapolitischen Debatte ändern muss. Die ständige Frage danach, was der Wandel kostet, suggeriert zum einen, dass es nichts kosten würde, wenn wir nichts unternehmen. Aber an der Flutkatastrophe vor ein paar Wochen haben wir gesehen: Wenn wir den Klimawandel und seine Kosten in Kauf nehmen, wird es ziemlich ungemütlich in Deutschland. Zum anderen führt die Fixierung auf die Kosten dazu, dass bestimmte Klimaschutzmaßnahmen bestehende Ungleichheiten zu verstärken drohen. Die Elektroauto-Prämie ist ein Beispiel dafür. Die Bundesregierung bezuschusst sehr teure Autos, die sich nur die allerwenigsten Menschen leisten können. Zusätzlich sollte auch etwas für den Gebrauchtwagenmarkt für Elektroautos getan werden. Statt den Autobahnausbau zu fördern, sollten Konzepte für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum erarbeitet werden. Statt uns auf die steigenden Benzinpreise zu konzentrieren, sollten wir fragen, welche Mobilitätsbedürfnisse es gibt, wie sie in Zukunft gedeckt werden können und welche Infrastrukturen dafür benötigt werden. Aber wir vergessen beim Klimaschutz die soziale Dimension. Um das zu ändern, braucht es viel mehr Austausch zwischen der Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Es muss gesellschaftliche Aushandlungsprozesse geben, in denen Akteure mit sozialer und ökologischer Perspektive zusammenkommen und ein gemeinsames Zukunftsbild entwickeln. Das darf keine zehn Jahre dauern, das ist ganz klar, und es gibt schließlich konkrete Ziele. Es gibt Dinge, die der Staat direkt in die Hand nehmen und regeln kann, zum Beispiel über Sofortprogramme zum Klimaschutz. Das ist ja eigentlich das Interessante an der deutschen Debatte: Die Regierung hat ganz viele Ziele, sie sind im Pariser Klimaabkommen festgelegt oder in der Biodiversitätskonvention, außerdem gibt es europäische und deutsche Klimaziele. Aber wir wissen noch immer nicht, wie wir sie erreichen. Wir wissen, dass ein radikalerer Wandel nötig ist, für den muss es aber auch Legitimität geben. Kommissionen, aber auch Bürgerkonferenzen könnten Instrumente sein, um zu entscheiden, wie der Wandel aussehen soll

Treffpunkt der Kulturen

apotheken-umschau.de

Kai Klindt

08.12.2021

Multikulti? In der Pflege längst Alltag. Ohne Mitarbeiter aus dem Ausland ist die Arbeit nicht zu schaffen. Über Chancen, Probleme – und Vorurteile.

Ein Betrieb mit Mitarbeitern aus 95 Nationen? Es gab Zeiten, da konnte es sich nur um einen Großkonzern handeln. Doch die Zahl steht für Münchenstift, den kommunalen Anbieter von Altenpflege in der bayerischen Hauptstadt. Multikulti beim Personalmix ist in der Pflegebranche heute der Normalfall – und soll künftig noch mehr Teil der Lösung der Personalnot sein. Schon vor der Corona-Pandemie waren die Arbeitsbedingungen für Pflegenden in Deutschland schlecht. Das alles hat sich in den vergangenen zwei Jahren noch deutlich verschärft.

Deutschland sucht händeringend Pflegeprofis. Experten rechnen vor, dass in den nächsten Jahren Hunderttausende von Fachkräften fehlen. So hat Münchenstift einen Bedarf von 150 bis 200 Pflegenden pro Jahr. „Die bekommt man nicht alle auf dem deutschen Arbeitsmarkt“, weiß Sprecher Christian Liesenhoff. Wie viele Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wirbt der Münchner Heimträger verstärkt um Personal aus dem Ausland – über Kandidatensuche vor Ort, Vermittlungsagenturen oder ein Pflege-Anwerbeprogramm wie „Triple Win“, das 2013 von der Bundesregierung angestoßen wurde. Daten für Deutschland gibt es kaum, zumal das Statistische Bundesamt Pflegekräfte nicht nach Herkunft erfasst. Immerhin: Allein die Zahl der ausländischen Pflegeprofis, deren Examen von den deutschen Behörden anerkannt wurden, stieg seit 2016 um das Dreifache. Damit die Neuen in der deutschen Pflegelandschaft klarkommen, brauchen sie nicht nur gute Sprachkenntnisse. In manchen Ländern ist die Pflege darauf angelegt, den Ärzten zur Seite zu stehen, weiß Annemarie Fajardo vom Deutschen Pflegerat. Man kennt Röntgen und EKG aus dem Effeff, ist aber vielleicht nicht so vertraut mit der Pflege am Patientenbett. Oft durchlaufen ausländische Fachkräfte Anerkennungskurse, um für die Arbeit in Deutschland fit zu sein. Fachwissen ist das eine. Ankommen im Team und in Deutschland das andere. Klar, dass die Eingewöhnung den ausländischen Pflegekräften viel abverlangt. Doch auch die andere Seite sei gefordert, betont Fajardo. „Wichtig ist, nicht nur die Arbeitskraft zu sehen. Das Haus und die Kollegen sollten offen sein, bereit für Veränderungen.“ Daran, so die Pflegemanagerin, hapere es mitunter. Eine weitere Frage ist: Kann man anderen Ländern guten Gewissens das Pflegepersonal abwerben? Das Programm „Triple Win“ und viele Kliniken und Heime betonen, sich am Kodex der Weltgesundheitsorganisation WHO zu orientieren: Fachkräfte nur aus solchen Staaten zu holen, die keinen Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal kennen. Dazu gehören zum Beispiel die Philippinen oder Tunesien: Länder mit einer jungen Bevölkerung, in denen der Pflegebedarf geringer ist als bei uns. Anders sieht es aus bei Ländern, die einen ähnlichen Altersschnitt haben wie Deutschland, etwa Bulgarien. „Hier aktiv Fachkräfte abzuwerben, finde ich ethisch fragwürdig“, so Fajardo. „Diese Länder haben das gleiche Problem wie wir.“

Ohnehin: „Es werden ab 2030 rund 250 000 Stellen unbesetzt sein. Diese Zahlen können nicht durch ausländische Pflegekräfte gedeckt werden“, sagt Pflege-Professorin Miriam Tabira Richter von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg. „Wir müssen den Pflegeberuf zusätzlich auch bei uns attraktiver machen.“ Als kleine Erfolgsgeschichte in der Pflege entpuppt sich das Werben um Menschen, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland geflüchtet sind. Derzeit bietet Münchenstift pro Jahr 20 Plätze in einem Vorbereitungskurs für die Pflegeausbildung an. Der Andrang sei groß, freut sich die Sozialarbeiterin Christina Schnabl, die das Projekt managt: „Wir können bei Weitem nicht alle unterbringen, die sich bewerben.“ Wer im Mangelberuf Pflege arbeite, habe bessere Aussichten, auf Dauer in Deutschland bleiben zu können, erklärt Schnabl. Doch „dies ist nicht die ausschlaggebende Motivation – darauf achten wir“. Viele geflüchtete Menschen kämen aus einer Kultur, in der das Alter großen Respekt genießt. „Man möchte ein Lächeln auf dem Gesicht eines Älteren sehen“, sagt Schnabl. So sehr Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln in der Pflege zum Alltag gehören, „sie stoßen dabei auch auf Diskriminierung“, weiß Pflegewissenschaftlerin Richter, die sich mit Migration in der Pflege befasst. Sei es, dass eine schwarze Pflegerin für eine Reinigungskraft gehalten wird oder Patienten Sätze sagen wie: „Ich möchte aber von einer richtigen Krankenschwester versorgt werden.“ „Ausländisch“ aussehenden Pflegekräften werde oft nicht die gleiche Kompetenz zugetraut wie dem „deutsch“ aussehenden Personal. Es bleibt also noch viel zu tun. Die Pflege, findet Christina Schnabl, sei eigentlich ein gutes Feld, um Vorurteile abzubauen: „Man arbeitet gemeinsam an einer schönen Aufgabe: sich um hilfebedürftige Menschen zu kümmern.“

NFT-Gemälde und Songrechte: Das neue Geschäft mit der alten Kunst

derstandard.at

Stefan Weiss

11.03.2022

Der Verkauf ikonischer Meisterwerke als NFTs geht Hand in Hand mit dem Milliardengeschäft der Songrechte in der Musikindustrie. Warum das problematisch ist. War Gustav Klimt erst der Anfang? Mittlerweile werden nicht nur Kunstwerke alter Meister, sondern sogar Standbilder aus Filmklassikern als NFTs gehandelt. Die Energiebilanz digitaler "Originale" ist desaströs. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Am Kunstmarkt gilt dennoch das ungeschriebene Gesetz, dass sich selbst das, was nur so scheint, als ob, wie warme Semmeln verkauft. Auch im Digitalen. Das Wiener Belvedere dürfte das beherzigt haben und versucht seit Anfang des Jahres, Gustav Klimts Kuss als NFT (Non-Fungible Token) zu Geld zu machen. Grundlage ist ein hochaufgelöstes digitales Abbild des Werks, das man in 10.000 quadratische Einzelteile zerteilt hat und nun zum Stückpreis von 1850 Euro verkauft. 18,5 Millionen Euro sind dadurch für das Museum erzielbar, fast doppelt so viel, wie man jährlich an Subventionsmitteln erhält. Gut vier Millionen hat das Haus bereits erreicht. Tendenz steigend. Wer ein solches Schnipsel vom Kuss ersteht, erhält ein digitales Echtheitszertifikat und kann damit tun, was er will, außer es verändern: T-Shirts drucken zum Beispiel oder – so die Nachfrage nicht nachlässt – auf Wertsteigerung spekulieren und gewinnbringend weiterverkaufen.

Großer Run auf Meister-NFTs: Möglich gemacht hat das das Wiener Investment-Start-up artèQ. Es will schon bald mit weiteren Kunstwerken nachlegen, u. a. mit einem Salvador Dalí, diesmal nur nicht in zerstückelter Form, sondern in einer limitierten Edition. Auch international ist der Run auf die Meister-NFTs längst eröffnet. Bis 19. März läuft aktuell eine Londoner Auktion, in der ikonische Werke von Leonardo, Caravaggio und Modigliani mit freundlicher Unterstützung italienischer Museen, darunter der Uffizien, gehandelt werden. Kritik daran kommt von zwei Seiten: Analog-Puristen rümpfen die Nase ob der Entwürdigung, die mit dem Handel solcher "Originalkopien" einhergeht. Aber auch jene, die der NFT-Technologie prinzipiell freundlich gesinnt sind, stoßen sich daran, dass nun kunsthistorische Meisterwerke unter den Hammer kommen. Sie orten einen Missbrauch der Technologie, denn ursprünglich waren NFTs dazu gedacht, zeitgenössischen Digitalkünstlern ein Instrument in die Hand zu geben, um kopiergeschützte Originale herstellen und damit am Markt partizipieren zu können – im Ukraine-Krieg werden damit etwa auch auf unkomplizierte Art Charity-Verkäufe abgewickelt.

Pandemie befeuert den Boom: International liebäugeln die durch die Pandemie finanziell in Bedrängnis gekommenen Großmuseen mit einer neuen Einnahmequelle. Und auch an anderer Stelle des Kulturbetriebs wurde zuletzt u. a. pandemisch bedingt mit alten Ressourcen frisches Geld gemacht: Anfang des Jahres überschlugen sich die Meldungen über weitere Songrechte-Verkäufe in der Musikindustrie. In einer langen Reihe von David Bowie über Sting, Tina Turner, Shakira bis hin zu Bob Dylan, die in den letzten Jahren ihre Songrechte an die großen Unterhaltungskonzerne wie Universal, Sony und BMG verkauften, nimmt aktuell Bruce Springsteen den ersten Platz ein. Kolportierte 500 Millionen Dollar zahlte Sony für seine Songs. Neil Young verkaufte an den britischen Investmentfonds Hipgnosis, der ebenfalls mitmischt und etwa damit lockt, die Songs nicht für Werbespots zu verramschen. Die Musikkonzerne kompensieren mit den eingekauften Tantiemenzahlungen ihre schrumpfenden Erlöse aus dem Tonträgerverkauf. Anstatt darauf zu drängen, Streaming teurer zu machen, was Musikschaaffenden direkt helfen würde, wird mit Evergreen-Ressourcen aus der Vergangenheit Kasse gemacht.

Mythos und Marketing: Zusammengekommen sind NFT- und Songrechtehandel die aktuellsten Belege für eine neue Form des Kulturkapitalismus, die die Soziologen Luc Boltanski und Arnaud Esquerre in ihrem 2018 erschienenen Buch Bereicherung (Suhrkamp) mit Blick auf die analoge Welt beschrieben: eine Ökonomie, die "sich nicht in erster Linie auf die Produktion von neuen Objekten, sondern vor allem auf die Aufwertung bereits vorhandener Objekte" stützt. Die Ausbeutung der Ressource Vergangenheit machen sie paradigmatisch an den Luxusartikel-Konzernen fest, wo die richtige Marketingerzählung, der Mythos um das Objekt, mehr zählt als der bloße Nutzwert. Gut möglich auch, dass in der Welt der NFTs bald weitere Dämme brechen: So werden bereits einzelne Standbilder aus Filmklassikern als Investment gehandelt. Problematisch wäre all das nicht, wenn es nicht auch Verlierer gäbe: Bei der nie versiegenden "Ölquelle" Songrechte sind es junge und weniger etablierte Musikschaaffende, NFTs von Meisterwerken hingegen ähneln tatsächlich fossilen Rohstoffen: Ihre Energiebilanz ist desaströs.

Alle werden ärmer

zeit.de

Mark Schieritz

01.04.2022

Wie auch immer der Krieg in der Ukraine ausgeht, eines scheint klar: Deutschland steuert auf den nächsten Konjunkturreinbruch zu. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat seine Wachstumsprognose für dieses Jahr halbiert. Die Professoren gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr nur noch um 1,8 Prozent wächst, im November haben sie noch mit einem Anstieg von 4,6 Prozent gerechnet. Und so wie es aussieht, ist das noch ein optimistisches Szenario. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Deutschland in die Rezession rutscht – vor allem wenn die Gasimporte aus Russland doch noch gestoppt werden sollten, zum Beispiel weil sich Moskau und der Westen nicht auf die Zahlungsmodalitäten einigen können.

Nun sind Rezessionen kein Weltuntergang. Der Umgang mit ihnen gehört gewissermaßen zum kleinen Einmaleins der Wirtschaftspolitik. Konkret: Wenn die Wirtschaft einbricht, muss der Staat gegensteuern. Indem er die staatlichen Ausgaben hochfährt, damit die wegfallende private Nachfrage durch öffentliche Nachfrage ersetzt wird. Und indem er die Zinsen senkt, damit die Unternehmen leichter an Geld für neue Investitionen kommen.

Es gibt nur ein Problem: die Inflation. Die Teuerungsrate ist im März auf 7,3 Prozent gestiegen – das ist der höchste Wert seit mehr als 40 Jahren. Und auch hier gilt: Das ist womöglich noch nicht alles, vor allem wenn das Gas nicht mehr fließt. Steigende Inflationsraten aber engen den wirtschaftspolitischen Spielraum ein. Denn tendenziell heizen auch steigende Staatsausgaben und niedrigere Zinsen die Inflation an. Sie sorgen schließlich für zusätzliche Nachfrage. Das erhöht im Fall eines begrenzten Angebots den Preisauftrieb. Die Teuerungsrate steigt.

Das bedeutet nicht, dass es sinnvoll wäre, jetzt Ausgaben zusammenzustreichen und die Zinsen schnell zu erhöhen. Denn dann würde die Inflationsrate wahrscheinlich ein wenig zurückgehen, weil die Unternehmen wegen des Ausfalls an Nachfrage ihre Produkte nicht mehr losbekämen und die Preise senken müssten. Das gilt auch für Öl und Gas. Wenn die Wirtschaft stillsteht, wird schließlich auch weniger Energie benötigt. Aber dieser Rückgang der Teuerungsrate wäre mit einer schweren Rezession erkaufte worden. Es gäbe zwar weniger Inflation, dafür aber sehr viel mehr Arbeitslose. Man könnte sagen: Es wäre ein wenig wie aus Angst vor dem Tod Suizid zu begehen.

Was aber klar ist: Die wirtschaftspolitische Krisenbekämpfung wird durch die hohen Inflationsraten erheblich komplizierter. Im Prinzip ist die Lage ähnlich wie während der Ölkrisen der Siebzigerjahre. Damals wurde Öl teuer, die Inflationsrate stieg, die Gewerkschaften forderten mehr Lohn und die Unternehmen erhöhten die Preise, um die gestiegenen Lohnkosten auszugleichen. Die Zentralbanken reagierten auf diese Lohn-Preis-Spiralen mit scharfen Zinserhöhungen, die die Wirtschaft in eine Rezession stürzten. In den USA hob der damalige Notenbankchef Paul Volcker den Leitzins auf mehr als 20 Prozent an, Unternehmen meldeten Konkurs an, Millionen Amerikaner verloren ihren Job. Danach kam Ronald Reagan an die Macht und der Neoliberalismus wurde in den Ländern des Westens zur dominanten wirtschaftspolitischen Ideologie.

Der ökonomische Grundfehler jener Jahre bestand darin, den Anstieg der Energiepreise nicht als das verstanden zu haben, was er ist: ein Transfer von Wohlstand. Und zwar von den ölimportierenden Ländern zu den ölexportierenden Ländern. Einfacher formuliert: von Deutschland, Frankreich oder Großbritannien nach Saudi-Arabien, Iran oder Venezuela. Dieser Wohlstandsverlust lässt sich durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zumindest kurzfristig nicht ausgleichen. Man kann allenfalls versuchen, dass seine Folgen einigermaßen produktivitätsschonend und sozialverträglich und abgedeckt werden. Im Prinzip würde das auf eine Umverteilung der Verluste hinauslaufen.

Genau darum muss sich die Regierung jetzt kümmern. Es wäre beispielsweise wenig sinnvoll, den Kaufkraftverlust durch die Inflation durch sehr hohe Lohnabschlüsse wieder hereinzuholen (weil dann wieder eine Lohn-Preis-Spirale droht). Oder einfach für viel Geld den Spritpreis pauschal herunterzusubventionieren (weil sich dann an der Abhängigkeit vom Öl nichts ändern würde). Was dagegen helfen würde: Energieeinsparungen zum Beispiel durch ein Tempolimit. Gezielte Entlastungen für die Betriebe und Haushalte, die sonst nicht über die Runden kommen. Staatliche Hilfsmaßnahmen wie das Kurzarbeitergeld, die Arbeitsplätze sichern, bis der Krieg vorbei ist beziehungsweise bis alternative Energiequellen erschlossen sind. Eine Steuerpolitik, die für eine gerechte Finanzierung der notwendigen Ausgaben sorgt.

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht traditionell darin, den Wohlstand des Landes zu mehren. In den kommenden Monaten dürfte es vor allem darum gehen, Wohlstandsverluste in den Griff zu bekommen. Einfach wird das nicht.

Cyber-Sicherheit, das Thema des Jahrzehnts

taz.de

Christoph Heidler

08.02.2022

Das abgelaufene Jahr lieferte einmal mehr den Beleg, dass Cyber-Sicherheit zum dominierenden Thema der Dekade in der IT & Digitalisierung avanciert ist. Ransomware-Lösegeldforderungen erhielten durch Double Extortion noch mehr Nachdruck und potenzierten darüber hinaus ihr Schadpotenzial durch Angriffe auf die Lieferkette. Technische Altlasten in Unternehmensnetzen, die Komplexität der Verwaltung verschiedener Hardware- und Cloud-basierter Umgebungen und nicht geschlossene Sicherheitslücken bieten potenzielle Angriffsflächen auf Unternehmen. Cyberkriminelle nutzen die ihnen gebotenen Chancen und werden auch im Jahr 2022 alle Möglichkeiten zur Monetarisierung von Schwachstellen ausschöpfen. Um dem Gefahrenpotenzial entgegenzuwirken, gehört Cyber-Sicherheit zwingend zu Digitalisierungsbestrebungen und in die Unternehmensstrategie. Der Malware-Einzelakteur der Vergangenheit ist schon lange durch ein hochprofessionalisiertes Geschäftsmodell der Cyberkriminalität abgelöst worden, dem Unternehmen mit adäquaten Strategien zur Risikominimierung gegenüberreten müssen. Mit höchstem Spezialisierungsgrad werden hocheffiziente Angriffe von Cyberkriminellen kreiert, die mit größerem Schadpotenzial für Unternehmen einhergehen. Anstelle des Gießkannen-Prinzips der Vergangenheit sind zielgerichtete Attacken getreten, bei denen einzelne Organisationen ins Visier genommen werden. Malware-Akteure operieren dafür auf Basis eines Criminal-to-Criminal Geschäftsmodells mit einer Rollenaufteilung unter Spezialisten. Auch staatlich gestützte Angriffe sind bekannt. Neben dem Ausspähen von Lücken zum Eindringen in ein Netzwerk durch einen Akteur übernehmen andere Spezialisten die Programmierung von Ransomware Code und bieten diesen per Ransomware-as-a-Service an. Weitere Kriminelle untersuchen das Netzwerk nach wertvollen Daten, die sie vor der Verschlüsselung extrahieren. Für die Geldwäsche nach erfolgter Lösegeldzahlung ist die nächste Abteilung zuständig. Jeder einzelnen Funktion der Angreifer gilt es mit Hilfe eines mehrschichtigen Sicherheitsansatzes entgegenzutreten. Die Gefahr für Unternehmen kommt aus verschiedenen Richtungen und einige Angriffsflächen sind dabei "hausgemacht". Einerseits werden bekannte Schlupflöcher in Hardware-Infrastrukturen schneller von Angreifern ausgenutzt, als Unternehmen mit Patch-Management einen Riegel verschieben können; teilweise wurden aber auch zum Bereitstellen der notwendigen Mitarbeiter-Konnektivität bei der Verlagerung ins Homeoffice Sicherheitsvorkehrungen vernachlässigt. Neben dem schnell eingerichteten Zugang auf Anwendungen und in das Rechenzentrum für ein "Working from Anywhere" wurde auch das Cloud-Angebot rasch ausgeweitet. Schnell implementierten Workarounds wurde nicht immer und zeitnah die nötige Aufmerksamkeit in punkto Sicherheit geschenkt. Eine gefährliche Mischung aus schnellem Handeln, Ressourcen-Mangel an IT-Experten und Vernachlässigung der Modernisierung der Sicherheitsinfrastruktur vergrößern die Angriffsflächen von Unternehmen. IT-Teams müssen sich also durch kontinuierliches Assessment den Überblick zurückerobern, wie es um ihren Schutzschirm steht. Gelingt Angreifern das Eindringen in ein Netzwerk über eine Schwachstelle, stellt deren laterale Bewegung durch die Infrastruktur das größte Problem dar, wenn keine ausreichende Segmentierung vorhanden ist. Unternehmen müssen demnach Strategien entwickeln, wie sie ihre Infrastrukturen angesichts des gesteigerten Gefahrenpotenzials besser schützen können und gleichzeitig zukunftsorientiert aufstellen. Mit dem Schritt in die Cloud und zur weitergefassten Digitalisierung ist auch die Neuausrichtung der IT-Sicherheit erforderlich. Haben Daten und Mitarbeiter das abgesicherte Netzwerk verlassen, greift am Perimeter angesiedelte Sicherheitsinfrastruktur ins Leere. Hinzu kommen IoT-Umgebungen im Produktionsumfeld, die Remote-Zugriff für die Wartung benötigen und Edge Computing tritt mit ganz neuen Anwendungsbereichen an. Dort ist Innovation in Punkto IT-Sicherheit gefragt, die mit der Agilität neuer Geschäftsmodelle und digitalisierter Infrastrukturen mithalten kann.

Denn die nächste Revolution der Infrastruktur klopft mit 5G bereits an die Pforten: Der neue Funkstandard hebt mit seinem Geschwindigkeitsvorteil und seiner Performanz klassische Netzwerkanbindungen aus den Angeln. 5G erlaubt ein der Cloud vorgeschaltetes, Laufzeit-optimiertes, lokales Application Delivery Model auf Basis von Edge Computing.

Somit wird durch den neuen Funkstandard die nächste Phase der Transformation eingeläutet, einhergehend mit fundamentalen Änderungen in der Netzwerk-, Applikations- und damit zwingend auch der Security-Infrastruktur. Angesichts dieses Innovationspotenzials ist Sicherheit erforderlich, die unabhängig vom Standort des Anwenders, des eingesetzten Geräts oder des Netzwerks den Datenverkehr lückenlos kontrolliert.

An die Gewehre: Warum immer mehr Frauen jagen

berliner-zeitung.de

Susanne Dübber und Jens Blankennagel

09.01.2022

In diesem Waldstück ist es absolut still, und es riecht intensiv nach Harz. Es sind Kiefern, die diesen Wald im Osten von Brandenburg dominieren. Die Ruhe im Stadforst von Fürstenwalde wird nur von Vanessa Löhmann gestört. Ein bisschen.

Unter ihren Schritten knacken leise ein paar Äste. Sie trägt einen schweren quadratischen Stein. Es ist ihr Geschenk für die Rehe dieses Waldes. Sie werden daran lecken und sich somit lebenswichtigen Mineralien versorgen.

Stabil und nährend zugleich ist dieser Stein. Und so will auch die Jägerschaft gern gesehen werden: als größte Naturschutzorganisation Deutschlands, ein Verbund von Menschen, die die Hege und Pflege der Natur, der Wälder und des Wildes zu ihrer Hauptaufgabe erklärt haben. Auch Vanessa Löhmann, 33 Jahre alt, sieht sich als Freundin der Tiere. Obwohl sie Jägerin ist, obwohl sie ein Gewehr bei sich trägt und obwohl sie damit Tiere tötet.

Im antiken Griechenland war Diana die Göttin der Jagd. Doch über Jahrtausende war das Jagen selbst eine Männersache. Lange galt die Jagd als Hobby jüngerer und vor allem älterer Herren, die oft gesellschaftlich höhergestellt waren, reich oder mächtig oder beides. Doch die Männerbastion wird gestürmt. Der Jagdverband meldet: „Die Jagd wird weiblicher.“ Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich der Frauenanteil von 20 auf 28 Prozent erhöht.

Das Jagen gehört zu den ältesten Berufen des Menschen, und doch ist die Jagd heutzutage eine umstrittene Angelegenheit. Denn das zentrale Motiv bleibt das vorsätzliche Töten von Lebewesen – und da kochen die Emotionen schnell hoch. Den meisten Menschen ist das Töten fremd geworden, im Alltag schlachtet kaum noch jemand zu Hause ein Schwein. Die meisten kaufen Schnitzel im Supermarkt – meist, ohne darüber nachzudenken, wie mit den Tieren umgegangen wurde.

Um überleben zu können, muss in Deutschland niemand jagen gehen, trotzdem tun es viele. Und es werden immer mehr. Menschen, die noch nie bei einer Jagd dabei waren, strömen in die Jagdschulen. 2021 besaßen 403.420 Bundesbürger einen Jagdschein, das sind 6.006 mehr als im Jahr davor. Und der Trend ist ungebrochen. Innerhalb eines Jahrzehnts stieg die Zahl um 51.000. Es sind Prominente wie Bundesfinanzminister Christian Lindner, der 2018 seine Jagdprüfung absolviert hat. Im vergangenen Jahr war auch Vanessa Löhmann aus Ostbrandenburg unter den erfolgreichen Prüflingen.

Ihr Selbstbewusstsein als Jägerin zeigt sie schon äußerlich. Sie trägt Braun und Dunkelgrün, das ist im Wald üblich. Und sie ist dabei perfekt gestylt, vor allem, wenn sie sich den großen Hut auf den Kopf setzt. Im dunkelbraunen rückenlangen Haar ist ein kleines, sorgfältig gesetztes Detail zu sehen: ein Satinband, selbstverständlich in Moosgrün.

Für die hauptberufliche Beamtin steht bei der Jagd nicht das Schießen an erster Stelle, sondern die Zeit, die sie in der Natur verbringt. So wie nun auf dieser Lichtung. Dort setzt sie den Leckstein auf einen Baumstamm, der in einem Meter Höhe abgesägt ist – die ideale Höhe für die Tiere. Die schwache Wintersonne lässt das Weiß des Steins hell erstrahlen. Einige Meter entfernt steht ein auffälliger Baum, dessen Rinde im unteren Teil großflächig abgeschabt ist. „Da haben wir einen Malbaum hergerichtet“, sagt Vanessa Löhmann. Wildschweine oder Hirsche scheuern gern ihr Fell an Bäumen. „So werden gefährliche Parasiten aus den Haaren entfernt.“ Am benachbarten Baum hängt an einem Nagel ein Pinsel. „Wir tauchen ihn in Buchenholzteer und bestreichen den Malbaum damit.“

Der Stein und der Malbaum sind keine selbstlosen Gaben der Jäger. Sie sind mit einem eigennützigem Nehmen verwoben. Die Jäger wissen, wie gern die Tiere zu dem Stein oder dem Baum kommen. Listig! Der Trick treibt ihnen das Wild vor die Flinte. Beim Jagen geht es nun mal ums Töten, sagt Thomas Weber, der Stadforstdirektor von Fürstenwalde, der bei der Pirsch dabei ist. „Der Jäger will Beute machen. Das muss man nicht schönreden.“

Die Jagd polarisiert. Bei Umfragen in Deutschland lehnen immer wieder zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten die Jagd ab. Die aktiven Gegner bezeichnen sie als „Massenmord in den Wäldern“. Die Jägerschaft habe sich mit ihrer eigenen Fachsprache und ihren Ritualen einen gesellschaftlich legitimierte Rahmen geben, um ungestraft ihren „niederen Instinkten“ nachgehen zu können: Beute-Machen, Jagd-Fieber, Macht-Ausübung. Bereits 1988 schrieb Karin Huber in dem Buch „Ein Reh hat Augen wie ein sechzehnjähriges Mädchen“ einen Satz, den viele Jagdgegner zitieren: „Der Jäger liebt die Natur wie der Vergewaltiger sein Opfer.“

Armut in Deutschland: Gute Bildung ist immer noch etwas für Besserverdienende

rp-online.de (Rheinische Post)

Julia Rathcke

07.02.2022

Kinderarmut bedingt Bildungsarmut – das ist in Europa nirgends so deutlich wie in Deutschland. Auch die neue Bundesregierung will sich des Themas annehmen. Und es gibt einige kluge Ideen, Ärmere besser zu bilden.

Um die Jahrtausendwende war die Erschütterung groß. 2001, bei der ersten internationalen Schulleistungsstudie Pisa (Programme for International Student Assessment), die seitdem alle drei Jahre veröffentlicht wird, landete die Deutschland je nach Kompetenzbereich auf Rang 21 bis 25 – von 32 untersuchten Ländern. Der Pisa-Schock saß tief. Besonders beachtlich: Wie stark gute Ergebnisse dabei mit der sozialen Herkunft zusammenhängen. Daran hat sich bis heute wenig geändert, auch wenn Deutschland sich bei der jüngsten, Ende 2019 veröffentlichten Studie deutlich verbessert hat im Ranking und in den drei Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften jeweils etwas über dem OECD-Durchschnitt liegt.

Doch leider zeigte Pisa 2018 beim Schwerpunkt Lesen: Die Abhängigkeit der Lesekompetenz vom sozioökonomischen Hintergrund der Eltern wächst. Schülerinnen und Schüler mit besonders privilegierter sozialer Herkunft liegen 113 Punkte vor ihren Altersgenossen aus besonders ungünstigen sozialen Lagen. Nur in drei OECD-Ländern ist der Abstand zwischen den Herkunftsgruppen größer. Geht man von schulischer Bildung als Grundstein der beruflichen Bildung und des Erfolgs im Erwerbsleben aus, hinken deutsche Kinder in Sachen Chancengleichheit nicht nur weit hinterher, sie haben auch kaum Chancen, den Teufelskreis zu durchbrechen: Wer arm aufwächst, bleibt arm.

Doch wo liegt die Ursache? Erreicht Bildung die Ärmere nicht? Oder erreichen Ärmere die Bildung nicht? Schließlich sitzen Kinder aus gut situierten Familien mit Kindern aus ungünstigen Soziallagen in der gleichen Schulklasse zusammen.

Fakt ist: Frühkindliche Förderung, besondere Hobbies und die Anbindung an Vereine ist eine Frage des Geldbeutels. Familien mit wenig Einkommen können Kindern weniger ermöglichen. Es ist aber nicht nur eine Frage von Äußerlichkeiten, sondern auch eine der inneren Herangehensweise. Geldnot macht unfrei, in der konkreten Lebensweise, aber auch in der Denkweise. „think Big!“, denke groß, ist mit einem kleinen Verdienst der Eltern eben schlicht nicht möglich, oder nur als Träumerei. Das gilt für die Schulzeit, in der Motivation und Zielstrebigkeit bei Heranwachsenden variieren können. Im Besonderen gilt dies aber in der entscheidenden Übergangsphase: dem Berufseinstieg.

Ein Problem, das viel abstrakter anfängt: Die Forschung zeige, dass junge Menschen häufig die Folgen ihrer Entscheidungen nicht absehen können, etwa was den Schulabschluss betreffe, sagt Professorin Ute Klammer, Direktorin des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. „Im Grunde müssten schon in der Schule finanzielle Bildung oder ökonomische Lebensführung auf dem Lehrplan stehen. Menschen stehen heute viel stärker in der Pflicht, ihre Lebensläufe eigenständig zu gestalten – sind aber oft nicht gut vorbereitet“, so die Expertin.

Auch der Zugang zu höherer Bildung sei insgesamt immer noch stark von der Herkunft abhängig – vor allem Hochschulbildung mit der Aussicht auf besser bezahlte Jobs. „Wir arbeiten seit Jahren daran – mit Scouting-Programmen für Schüler und Schülerinnen aus Nicht-Akademiker-Haushalten, Mentoring-Programmen, speziellen Beratungsangeboten und Alternativen zu Auslandsprojekten, wenn etwa das Geld für ein Auslandsaufenthalt fehlt“, erklärt Klammer. „Es gibt sehr viele Initiativen, das Problem wurde erkannt, aber vieles ist noch zu undurchlässig.“

Tatsächlich heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Regierung wörtlich, man wolle „die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbessern“, die Ausbildung im Handwerk „gezielt fördern“ und „eine Begabtenförderung in der beruflichen Bildung einführen“. Vieles bleibt unklar, etwa in puncto Handwerk und Fachkräftemangel: So soll die duale Ausbildung „gestärkt werden“, Menschen mit Migrationsgeschichte mit einer Förderinitiative ebenfalls „gestärkt“ werden genauso wie Frauen im Handwerk. Dass die Regierung die Kosten von Meisterkursen für die Teilnehmer deutlich senken will, ist ein Anfang. Was ansonsten konkret umgesetzt wird, um für Chancengleichheit unabhängig vom Sozialstatus zu sorgen, bleibt abzuwarten.

Dubai oder Drehstuhl

zeit.de

Kerstin Bund und Thomas Fischermann

21.03.2022

Im Frühjahr 2020 begann in Deutschland ein gewaltiges soziales Experiment: Millionen von Beschäftigten wechselten ins Homeoffice. Mobiles Arbeiten war jetzt nicht mehr bloß einer Avantgarde in Technologie- und Kreativbranchen vorbehalten. Während der Pandemie hielt es in alle Wirtschaftsbereiche Einzug, weil die Homeoffice-Pflicht galt: Wo sich die Arbeit vor einem Rechner erledigen lässt, sollten Unternehmen das auch anbieten. Nun läuft diese Pflicht aus. Heißt es jetzt: alle zurück ins Büro? Hier streiten sich eine digitale Nomadin beim Reisekonzern TUI, die Chefin des Karrierenetzwerks Xing und der Inhaber des mittelständischen Betriebs Ingenieure Wüst über die Zukunft der Arbeitswelt.

DIE ZEIT: Frau Pollmann, Sie haben sich heute aus Dubai zugeschaltet. Bei TUI verantworten Sie Personalthemen im Bereich der IT und machen dort eine "Workation". Was ist das denn?

Lisa Pollmann: Eine Kombination aus Arbeit mit anschließendem Urlaub. Bei TUI dürfen alle Mitarbeiter, sofern es ihre Tätigkeit zulässt, bis zu dreißig Tage im Jahr im Ausland arbeiten, an einem Ort ihrer Wahl. Hauptsache, es gibt dort WLAN. Bei unseren Piloten ist das natürlich schwer umzusetzen, aber bei mir im Human-Ressources-Bereich geht es problemlos. Das Programm heißt TUI Workwide. Seit dem ersten Lockdown im März 2020 war ich nur zweimal im Büro in Hannover. Ich arbeite komplett von zu Hause oder eben an Orten, wo andere Urlaub machen. Zuletzt war ich zwei Wochen in Griechenland, jetzt bin ich für einen Monat in Dubai. Bei 30 Grad lässt es sich hier gut aushalten.

ZEIT: Davon können wir hier im deutschen Winter nur träumen. Ihre Kolleginnen und Kollegen zu Hause vermissen Sie nicht?

Pollmann: Ich kommuniziere ja den ganzen Tag in Chats und Video-Calls mit ihnen. Ich finde es super bereichernd, dass ich vor und nach der Arbeit so ein bisschen in eine andere Kultur eintauchen kann.

ZEIT: Herr Wüst, Sie waren seit Beginn der Pandemie quasi jeden Tag im Büro. Sie sind der Inhaber und Geschäftsführer eines Ingenieurbüros mit 50 Beschäftigten. Würden Sie eine Arbeitsnomadin wie Frau Pollman einstellen?

Stefan Wüst: Wir haben keine HR-Abteilung, deswegen stellt sich die Frage nicht. Aber ich brauche Mitarbeiter, die eine hohe Selbstdisziplin und Arbeitsmoral haben. Wichtig ist auch, dass ich die Leistung meiner Mitarbeiter messen kann. Und deshalb würde ich mich schwertun, wenn jemand für uns aus Griechenland oder Dubai oder von sonst wo arbeiten würde.

ZEIT: Was hat das eine mit dem anderen zu tun?

Wüst: Bei uns sind die Produktionsprozesse sehr eng verzahnt, da greift ein Rad ins andere. Da braucht es Führung und Anleitung der Mitarbeiter, was bei uns immer noch am besten vor Ort und persönlich funktioniert. Als wir im ersten Lockdown ins Homeoffice gezwungen wurden, haben sich leider die Low-Performer geoutet, die irgendwo im Team noch mitschwimmen konnten, aber deren Leistung zu Hause dann praktisch gegen null gegangen ist.

ZEIT: Untersuchungen wie die des Stanford-Professors Nicholas Bloom zeigen das Gegenteil: Beschäftigte im Homeoffice sind häufig produktiver als im Büro.

Wüst: Bei unseren Projektleitern hat das Homeoffice gut funktioniert. Einige Mitarbeiter waren aber morgens um zehn Uhr noch nicht erreichbar und haben den ganzen Tag vielleicht drei Striche gezeichnet. Die haben in einer Woche geschafft, was unser Praktikant am ersten Tag hinbekommt, und Homeoffice mit Urlaub gleichgesetzt. Einmal habe ich einen unserer Studenten, der bei uns eine betriebliche Ausbildung macht, um elf Uhr mit dem Kinderwagen über den Marktplatz spazieren gesehen. Da kommt man schon ins Grübeln.

Brexit-Folgen so schlimm wie befürchtet

stern.de

(ohne Autorenangabe)

01.04.2022

Seit Januar 2021 ist Großbritannien nicht mehr Mitglied von EU-Zollunion und Binnenmarkt. Ihre Brexit-Ziele hat die Regierung nicht erreicht. Ein Bericht legt zudem erschreckende Tendenzen nahe.

Angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine fordern deutsche Wirtschaftsvertreter eine Nachverhandlung des Brexit-Vertrags.

«Angestrebt werden sollte ein noch stärker integriertes Europa inklusive Großbritannien, und das sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sicherheitspolitischen Erwägungen», sagte der Bereichsvorstand der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Andreas Glunz. «Daher muss jetzt auch eine Neuverhandlung des Handelsabkommens zwischen EU und Vereinigtem Königreich auf den Tisch und nicht nur eines transatlantischen Handelsabkommens «TTIP 2.0»», sagte Glunz mit Blick auf Bemühungen eines Vertrags mit den USA.

Folgen des Brexits

Ein Grund für die Forderungen sind die enormen Folgen des Brexits. Der britische EU-Austritt hat den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erheblich geschadet, wie ein aktueller Bericht von KPMG und der Britischen Handelskammer in Deutschland (BCCG) zeigt. «Der Brexit hat im Jahr 2021 - wie befürchtet - zu signifikant höheren Kosten für Verwaltung, Logistik, Zölle, Finanzierung und IT-Anpassungen bei gleichzeitig gesunkenen Umsatzerlösen geführt», schreiben Glunz und BCCG-Präsident Michael Schmidt in dem Papier, das der Deutschen Presse-Agentur in einer Vorabfassung vorlag.

Seit dem 1. Januar 2021 ist Großbritannien nicht mehr Mitglied der EU-Zollunion und des Binnenmarkts. Zwar sorgt ein in letzter Minute vereinbarter Vertrag weiterhin für weitgehend zollfreien Handel. Dennoch sind Handelshemmnisse entstanden, der Bürokratieaufwand ist groß.

Die Zahlen sind ernüchternd

Das Volumen des deutsch-britischen Außenhandels sank 2021 erstmals auf unter 100 Milliarden Euro, deutsche Exporte nach Großbritannien fielen seit 2015 um 27 Prozent. Im Gegensatz dazu legten weltweite Ausfuhren um 15 Prozent zu. An der Umfrage von BCCG und KPMG zum German-British Business Outlook, die vor dem russischen Angriff durchgeführt wurde, beteiligten sich zwar nur 69 Unternehmen. Tendenzen lassen sich dennoch erkennen.

So nimmt die Bedeutung des britischen Markts ab. Immer weniger Unternehmen erwirtschaften zwischen 20 und 50 Prozent ihres globalen Handelsvolumens in Großbritannien. Zudem erwartet mehr als die Hälfte der befragten Firmen, dass die britische Wirtschaft in fünf Jahren geschrumpft sein wird - für die EU und Deutschland erwartet dies hingegen nur ein Zehntel.

«Das zeigt, wie sehr der Brexit der britischen Reputation in der Wirtschaft geschadet hat», kommentierte der Außenhandelsexperte Marc Lehnfeld von der bundeseigenen Gesellschaft Germany Trade and Invest (GTAI). Handelsbarrieren verlangsamten und verteuerten in der Tat den Warenaustausch. Die britische Wirtschaft wachse wegen des Brexits zwar langsamer, eine Schrumpfung erwartet Lehnfeld aber nicht. Es gebe weiterhin Absatzchancen, etwa bei Wasserstoff- und Offshorevorhaben oder bei Gigafactory-Projekten in der Autoindustrie.

Klar ist aber auch, dass die Brexit-Ziele, mit denen die konservative Regierung den EU-Austritt beworben hat, beileibe noch nicht erreicht sind, wie KPMG-Bereichsvorstand Glunz feststellt. Dazu zählen stärkere Autonomie, weniger Verwaltung, geringere Steuern und bessere bilaterale Handelsabkommen. «Auch das Vereinigte Königreich müsste ein großes Interesse an der Neuverhandlung eines echten Handelsabkommens mit ihrem immer noch größten Handelspartner EU haben», sagte er. Eine Änderung der aktuellen britischen Regierungsposition ist nach Ansicht von Experten aber nicht in Sicht. Im Gegenteil: Im Streit um Brexit-Regeln für Nordirland verhärten sich derzeit die Fronten zwischen London und Brüssel.

Andere Länder, volle Regale: Nur die Deutschen hamstern

faz.de

F.A.Z. Korrespondenten

17.03.2022

Leere Regale? Vor diesem Schreckensanblick scheinen viele Deutsche gerade im Supermarkt zu stehen. Und wie sieht es in anderen europäischen Ländern aus? Wir haben unsere Korrespondenten gefragt.

Die Kriegspsychose hielt in Italien so plötzlich Einzug in die Supermärkte, wie sie wieder verschwand. Nur wenige Tage gab es Anfang März leere Regale in manchen Supermärkten, weil die Leute Mehl und Nudeln, Tomaten und Dosenfisch hamsterten. Doch längst ist alles wieder aufgefüllt, es gibt keine Engpässe. Freilich wird alles spürbar teurer, von Brot und Teigwaren über Fleisch und Fisch bis zu Strom und Benzin. Hamsterkäufe von Toilettenpapier gab es in Italien aber weder jetzt wegen des Ukrainekriegs noch vor zwei Jahren beim Pandemie-Lockdown. Denn jedes Badezimmer hier verfügt über ein Bidet.

Es gibt kein französisches Wort für Hamsterkäufe, vielleicht bleibt es auch deshalb ruhig in den Supermärkten in Frankreich: keine leeren Regale. Das Vertrauen in die eigene Landwirtschaft scheint groß zu sein, ohnehin lagert der Franzose lieber Wein, Cognac und Foie-gras-Konserven auf Vorrat, als seinen Keller mit Klopapier zu füllen. An den Tankstellen sind nur Schlangen, wenn Anbieter wie die Supermarktkette E. Leclerc Treibstoff zum Selbstkaufpreis anbietet. Es gibt Energie- und Inflationszuschüsse für 38 Millionen Franzosen, am 1. April (kein Aprilscherz) senkt die Regierung für vier Monate den Treibstoffpreis pro Liter um pauschal 15 Cent.

In Spanien deckten sich die Menschen vor zwei Jahren mit Toilettenpapier ein. Jetzt leerten sie vor allem die Regale mit Sonnenblumenöl, das zumeist aus der Ukraine stammt. Auch Mehl, Haferflocken und Hülsenfrüchte wurden teils knapp. Eigentlich müssten sich die Spanier keine Sorgen um Öl machen. Aus dem Land stammt fast die Hälfte des Olivenöls auf der Welt. Es ist jedoch teurer als Sonnenblumenöl.

In Schweden bildeten sich schon in der Pandemie nur Schlangen, um Abstand zu halten. Jetzt ist man vor allem wegen der Energiepreise besorgt. In Finnland werden viele Jod-Tabletten verkauft, aus Angst vor einer nuklearen Katastrophe.

Leere Regale nur wegen Sachspenden

Anders als zu Beginn der Corona-Pandemie, als schon mal ganze Paletten an Klopapier und Regale an Nudeln leergekauft waren, hat man in Österreich jetzt noch nichts über Hamsterkäufe gehört. Allenfalls konnte man in der Hauptstadt Wien beobachten, dass ein Drogeriemarkt von Windeln und Hygieneartikeln entblößt war, nachdem die örtliche Pfarrjugend entsprechende Produkte als Sachspenden für einen Transport in die Ukraine gesammelt hatte.

Ungarn gibt es noch keine Neigung, bestimmte Lebensmittel massenhaft aufzukaufen. Allerdings sind viele Tankstellen vor allem auf dem Land dazu übergegangen, die Menge an abgegebenen Treibstoff zu begrenzen, etwa auf einen Höchstpreis von 25.000 Forint, das reicht ungefähr für eine normale Tankfüllung. Hintergrund ist, dass die Regierung einen Spritpreis von 480 Forint (1,29 Euro) pro Liter Diesel wie auch Benzin festgelegt hat.

In Großbritannien hält man sich bislang an die Regel: „Keep calm and carry on.“ Vereinzelt wird über ein erhöhtes Aufkommen an Tankstellen berichtet, weil die Preise fast täglich steigen, aber die Situation ist weit entfernt vom vergangenen Herbst, als ein Ansturm auf die Zapfsäulen zu Zusammenbrüchen der Versorgungskette führte. Damals hatte es viele Berichte über Lieferengpässe infolge des Brexits gegeben.

In Polen ist das große deutsche Thema kein großes Thema: Hamsterkäufe gibt es nicht, obwohl das Land so nah am Kriegsgeschehen ist. Wo es an länger haltbaren Lebensmitteln oder Hygieneartikeln mangelt, liegt es an den eingereisten Ukrainern – Stand Donnerstag waren es etwa zwei Millionen Menschen. Supermarktketten melden ein Umsatzplus. Nicht nur die Flüchtlinge kaufen ein, sondern auch die Organisationen, die im Nachbarland mit Sachspenden helfen wollen.

Traumjob Influencer: So wirst du bekannt

jolie.de

(ohne Autorenangabe)

15.12.2021

Früher wollten junge Menschen häufig Schauspieler werden, heute gilt der Beruf des Influencers als der absolute Traumjob. Influencer wie Lisa und Lena, Bibi und Julenco, Dagi Bee, Pia Wurtzbach oder Shirin David gelten als große Vorbilder für viele Jugendliche und haben einen immensen Einfluss auf deren Leben.

Die Follower der Influencer schauen sich nicht nur täglich deren Content an, sondern imitieren die Looks der Vorbilder, lassen sich Sport- und Ernährungstipps geben oder kaufen empfohlene Produkte. Viele Influencer können von ihrer Tätigkeit sehr gut leben, verdienen mehrere hundert oder sogar mehrere tausend Euro pro Post. Die erfolgreichsten Internet-Stars sind Millionäre.

Wer selbst als Influencer durchstarten möchte, muss dafür einige Kriterien erfüllen und jede Menge Zeit in harte Arbeit investieren. Die wichtigste Tugend, um als Influencer erfolgreich zu werden, ist Disziplin. Influencer müssen jeden Tag neuen Content liefern und teilen fast jede Lebenssituation mit ihrer Community. Auch im Urlaub sind sie aktiv und lassen ihre Fans daran teilhaben.

Am Anfang steht für jeden neuen Influencer die Frage, auf welchem Social-Media-Kanal man aktiv werden möchte. Die bekanntesten sind Instagram, Facebook, YouTube und Tiktok. Die mit Abstand beliebteste Plattform bei jungen Menschen ist Instagram, die enorme Zugriffsraten vorweisen kann. Und das jeden Tag. Influencer können dort ganz einfach Fotos, Videos und kurze Texte veröffentlichen. Einige Influencer sind auch auf mehreren Kanälen tätig, generell ist es aber besser sich, auf eine Plattform zu konzentrieren.

Im nächsten Schritt gilt es, sich Gedanken über die Inhalte zu machen. Es ergibt wenig Sinn, heute über dieses Thema zu berichten, morgen über jenes. Influencer sollten für sich eine Nische entscheiden und ein Thema wählen, mit dem sie sich wirklich auskennen und sich darin auch stetig weiterbilden wollen. Die Themenauswahl ist vielfältig. Sehr beliebt sind Mode, Ernährung und Sport. Doch in diesen Bereichen ist die Konkurrenz groß. Ratsam ist es daher, das Thema zu verfeinern. Wer etwa über Ernährungstrends berichten möchte, kann sich beispielsweise auf leckere Suppenkreationen oder auf Rezeptideen für viel beschäftigte Männer spezialisieren. Wenn es um Mode geht, kann man sich beispielsweise mit nachhaltig produzierter Kleidung auseinandersetzen oder extravagante Party-Outfits vorstellen. In jedem Fall sollte das Thema nicht zu weit gefasst werden. Sind diese Fragen geklärt, gilt es, Content zu produzieren und zu veröffentlichen. Unter Content versteht man ansprechende Fotos, kleine Textbeschreibungen und Videos. Jetzt muss nur noch die Zielgruppe aufgebaut und echte Instagram-Follower gewonnen werden. Echt bedeutet, dass man über spezielle Anbieter auch Follower kaufen kann. Dies wird gelegentlich gemacht, um potenzielle Werbepartner zu beeindrucken. Der Nachteil ist, dass schlecht gekaufte Follower kein wirkliches Interesse zeigen und wenig mit dem Influencer interagieren. Professionelle Werbepartner finden schnell heraus, ob bei den Follower-Zahlen getrickst wurde und engagieren sich mit ihren Werbeaktivitäten entsprechend. Jeder Influencer sollte seine Follower-Zahl daher langsam und organisch aufbauen. Dies geht vor allem über authentische und gut gemachte Beiträge. Ferner sollten die Posts einen Mehrwert bieten, also wertvolle Informationen liefern und im Idealfall gleichzeitig unterhaltsam sein. Nicht zuletzt sollten sich neue Influencer mit etablierten Kolleginnen und Kollegen vernetzen. Zunächst sollten sie diesen selbst folgen, sie vielleicht in einem eigenen Beitrag erwähnen und dann ebenfalls um Unterstützung bitten. Nicht zuletzt gilt es, die richtigen Hashtags zu setzen. Auch das ist ein nicht zu unterschätzender Reichweitenfaktor, denn oft suchen viele Instagram- oder Youtube-Nutzer nicht nach Personen, sondern nach bestimmten Themen. Influencer müssen - wie erwähnt - sehr diszipliniert sein und jeden Tag neuen Content liefern. Sie müssen kreativ sein, um ihre Follower immer wieder mit neuen Dingen zu unterhalten und zu überraschen. Sie müssen wissen, wann sie ihre Zielgruppe am besten erreichen und mit ihr interagieren. Es gilt, auf Kommentare oder E-Mails zu reagieren. Um Geld zu verdienen, müssen sie Werbepartner gewinnen und deren Wünsche und Vorstellungen umsetzen. Die großen Influencer besitzen ein eigenes Management oder arbeiten mit einem professionellen Netzwerk zusammen, welches ihnen Unterstützung für die vielfältigen Aufgaben bietet. Die Zusammenarbeit mit einem Netzwerk oder Management ist allerdings erst sinnvoll, wenn die Einnahmen so hoch sind, sodass die anfallenden Kosten bezahlt werden können.

Mehr als nur schnell rechnen

taz.de

Alexander Diel

27.04.2022

Kunst, das kommt von Künstlicher Intelligenz: Hanno Rauterberg über den Traum von kreativen Maschinen. An einem Tisch steht ein Roboter, der aussieht wie eine Frau mit langen schwarzen Haaren.

taz: Herr Rauterberg, inspiriert vom Untertitel Ihres Buches: Wer träumt den „Traum von der kreativen Maschine“?

Hanno Rauterberg: Es gibt erstaunlich viele Künstlerinnen und Künstler, die sich, seitdem es Computer gibt, von der Idee leiten lassen, damit etwas anzufangen. Das kann am Ende ein Gemälde abgeben oder ein Gedicht. Diese Begeisterung für die Technik hat sich noch mal verstärkt seit ungefähr zehn Jahren, als „Big Data“ zu einem Phänomen wurde und die Computer noch mal intelligenter geworden zu sein scheinen. Seither gibt es eben nicht nur Künstlerinnen und Künstler, die sich damit befassen, sondern vor allem auch große Unternehmen, die viel Geld investieren, und Programmierer, die sehr viel Zeit und Energie daran setzen, dass die Maschinen endlich auch kreativ werden.

taz: Bei landläufig bekannt gewordenen Anwendungen von künstlicher Intelligenz (KI) geht es um Zeitersparnis und darum, dass sie weniger Fehler mache als der Mensch. Ist das hier auch so?

Hanno Rauterberg: Es gibt diese Idee der Rationalisierung, was Design angeht, auch in der Architektur; bei Gebrauchskunst im weiteren Sinne: Wenn es darum geht, Fahrstuhlmusik zu komponieren oder einen Trailer für einen Kinofilm zusammen zu schneiden, wird KI eingesetzt – weil es Zeit und Geld spart.

taz: Und wenn wir von einem freieren Kunstbegriff ausgehen?

Hanno Rauterberg: Dann kann man diese Frage natürlich stellen: Wo soll am Ende der Gewinn liegen? Ich glaube, nicht auf materieller Seite. Eher darin, zu beweisen, dass Computer mehr können als nur schnell rechnen und gut Schach spielen.

taz: Nämlich?

Hanno Rauterberg: Dass sie auch in der Lage sind, etwas von unseren geistigen Bedürfnissen zu begreifen und möglicherweise zu reproduzieren. Ich sage das mit großer Vorsicht, weil es sich dabei auch um ein ideologisches Projekt handelt. Am Ende geht es darum, dass wir in den Maschinen etwas anderes erblicken als nur den Apparat, dass wir der Maschine und auch den Programmen etwas zutrauen, von dem wir lange glaubten, dass es nicht möglich ist: dass die Maschine ein Gespür für Dinge entwickeln kann, die wir Kunst nennen – letztlich, weil wir dafür keinen besseren Begriff haben. Es geht also um das Metaphysische, um das Schöne, um Dinge, die nicht bezifferbar sind.

taz: Sie schreiben, dass „regelhafte Anteile eines kreativen Prozesses“ sich schon recht erfolgreich sozusagen outsourcen lassen an KI.

Hanno Rauterberg: Was KI derzeit beherrscht, sind sogenannte schwach kreative Prozesse, die Rekombination bestimmter Muster. Sie kann etwa erkennen, wie ein Bach-Choral aufgebaut ist und kann diese Elemente dann nach Belieben kombinieren, sodass auch die Bach-Fachwelt staunt und denkt: Da ist ein neuer Choral aufgetaucht. Wenn wir aber von einem starken, hohen kreativen Begriff ausgehen, wenn wir erwarten, dass uns eine kreative Maschine so verblüfft, wie es beispielsweise Marcel Duchamp gelungen ist, als er seinen Flaschentrockner ins Museum trug und sagte: „Das ist jetzt Kunst“, darauf müssen wir, glaube ich, noch sehr lange warten.

Digitale Nomaden sorgen für neues Leben auf dem Land

derstandard.at

Claudia Rinke

13.02.2022

Auch auf dem Land werden Coworking-Spaces immer beliebter. Damit sollen nicht nur alte Gebäude, sondern ganze Ortschaften neu belebt werden.

Zu sagen, Andreas Jaritz hat sich wenig vorgenommen, wäre eine Untertreibung. Im beschaulichen Ort Hieflau im obersteirischen Nationalpark Gesäuse lässt er gerade ein ganzes Dorf für die mobile digitale Arbeitswelt der Zukunft bauen. An der Steirischen Eisenstraße inmitten atemberaubender Berglandschaften entsteht ein Haupthaus mit Coworking-Space, Gemeinschaftsküche und Lounges. Übernachtet wird in umliegenden Tiny Houses und Mini-Studios. Im Frühsommer 2022 will das Start-up Emma Wanderer dort den Campus Austrian Alps eröffnen – und sucht bereits nach weiteren interessierten Gemeinden für Standorte zum Arbeiten in der Natur. Jaritz war bereits vor mehr als 13 Jahren als digitaler Nomade unterwegs, als er eine Surfer-Doku für das Kino aus einem Van heraus produzierte. "Damals hätten wir gerne eine Homebase wie unsere Campusse gehabt", sagt er rückblickend. Später arbeitete er in einem Technologieunternehmen in San Francisco. Während des Corona-Lockdowns, als viele auf Homeoffice und Remote Work umstellten, hatte er schließlich die Idee für Emma Wanderer. "Mir war schnell klar: Das wird jetzt Mainstream", sagt er.

Mainstream sind hippe Coworking-Spaces in Städten schon lange, auf dem Land musste man sie bisher noch suchen. Doch seit mit Corona Arbeit für viele so flexibel wie nie wurde, könnte die gewonnene Freiheit Arbeitende in Scharen aufs Land treiben. Zu diesem Schluss kommt zumindest eine Studie, die die Bertelsmann-Stiftung zusammen mit der Genossenschaft Coworkland durchgeführt hat. Das "Allein-zusammen-Arbeiten", das in Städten schon längst gang und gäbe ist, könnte nun auch auf dem Land Standard werden. Tobias Kremkau ist als Berater für Coworkland tätig und zieht gerade selbst mit seiner jungen Familie vom pulsierenden Berlin ins beschauliche Städtchen Stendal in Sachsen-Anhalt. Mit diesem Wunsch ist er nicht allein. Das Bedürfnis, die Stadt zu verlassen, nimmt laut der Studie stetig weiter zu. "Ich finde Coworking auf dem Land beinahe noch sinnvoller als in der Stadt", sagt Kremkau. Die geteilten Arbeitsplätze auf dem Land würden Menschen das Arbeiten erlauben, für die das sonst vielleicht kaum möglich wäre. Einige Coworking-Spaces auf dem Land bieten etwa bereits Kinderbetreuung an oder kooperieren mit Kitas in der Nachbarschaft, um Beruf und Familie besser vereinen zu können. Außerdem entfällt das Pendeln in die Stadt, was Umwelt schont und Lebenszeit spart. Die Genossenschaft unterstützt bereits in Deutschland Gründer und Betreiber von Coworking-Spaces auf dem Land. Mit einem neuen Büro in Oberösterreich will Coworkland nun auch in Österreich ein Netzwerk für das neue Arbeiten auf dem Land schaffen. Und es tut sich was: In Österreich entstehen gerade vielerorts kleine und größere ländliche Coworking-Spaces in ehemaligen Bankfilialen, Gasthöfen oder Schulen. In Dornbirn gibt es mit dem Campus V ein besonders ambitioniertes Projekt. Hier sollen die Sägehallen neu bespielt werden, die bis in die 70er-Jahre von der größten Buntweberei Österreichs genutzt wurden. Auf 12.000 Quadratmetern soll hier ein Ort der Innovation und Begegnung für Kreativschaffende entstehen. Das Konzept zur Nachnutzung sieht Räume für Coworking, Pioniere, Kreative, Studierende, Ateliers, Werkstätten und nachhaltige Läden vor. Der Campus V orientiert sich dabei an Projekten wie der Tabakfabrik in Linz und dem Impact Hub Zürich, die sich als erfolgreiche Kreativ-Hotspots positioniert haben. "Kreative sind der Rohstoff der Zukunft", ist sich Bettina Steindl von Campus V sicher. Ihr Ziel: Dornbirn zu einem Standort mit internationaler Strahlkraft entwickeln und Vorarlberg auf die europäische Landkarte bringen. Digitale Nomaden leben den Work-from-anywhere-Lifestyle schon lange, nun ist er für fast jeden möglich. Flexibles Arbeiten und Coworking können nicht nur am Wohnort, sondern überall stattfinden. Sogenannte Workations – ein Kofferwort aus work und vacation – sind daher stark im Kommen. Dabei geht es weniger um Arbeiten im Urlaub, sondern um Arbeit, die sich wie Urlaub anfühlt. Home- und Remote-Arbeit haben aber auch ihre Grenzen.

Die Zukunft Glonns

merkur.de

Kees Van Dam

21.10.2022

„Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen“: Glonner wollen an der Weiterentwicklung ihres Ortes beteiligt werden.

Ein Jahr später als geplant fand vergangenen Dienstag das erste Ortsgespräch für ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) in Glonn statt. Ein Bürgerdialog, an dem gut 50 Glonner und Glonnerinnen teilnahmen. „Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen,“ fasste ein Zuhörer den Vortrag der von der Gemeinde beauftragten Stadtentwicklerin Barbara Hummel zusammen. Die stellte einen möglichen Ansatz zur Entwicklung der Marktgemeinde vor, der von den Antworten aus einem Fragebogen, den ihr Stadtplanungsbüro an die Glonner verteilt hatte, gespeist war.

Es geht um die Entwicklung der Ortsstruktur, um die Gestaltung des Zentrums, um die Entwicklung der Ortsränder, um Freiräume im Öffentlichen Raum, um das Bauen in der Zukunft, den Verkehr und andere Formen der Mobilität, den Hochwasserschutz, um Tourismus und Gastronomie, um Wirtschaft, Nahversorgung und soziale Strukturen, um die Frage, wie das Wohnen in der Zukunft aussehen soll. Bei all diesen Überlegungen sollen die Bürger eingebunden werden, weshalb man zu diesem ersten Ortsgespräch geladen hatte. Die Ansätze der Stadtplaner, stützend auf der Fragebogenauswertung: Weniger Verkehr, vor allem weniger Durchgangsverkehr, bessere Wege für Fußgänger und Radfahrer, eine aufgewertete Ortsmitte, verbesserte Spielplatzstrukturen, bezahlbarer Wohnraum, ein besseres Angebot für junge Menschen, eine neue große Sporthalle, ein neues Gemeindehaus, kleine Läden, bayerische Gastronomie und eine neu zu erarbeitende Parkplatzsituation.

Dabei gelte es, den Glonner Charakter zu erhalten, die vorhandene Baukultur fortzuschreiben, das Leben auf die Straße zu bringen, Mobilität neu zu denken und klimagerecht zu sein. Die ergänzenden Ausführungen der Verkehrsplaner Christoph Hessel und Michael Kurz klangen ähnlich verheißungsvoll: der Durchgangsverkehr müsste begrenzt, die Geschwindigkeit reduziert, der ruhende Verkehr neu geordnet und etwas für die Vermeidung von Parksuchverkehr unternommen werden. Außerdem sollte mehr für Fußgänger, Radfahrer, Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderung getan werden. All diese Ideen fanden bei den anwesenden Glonnern großes Wohlwollen.

Es geht darum, den Glonner Charakter zu erhalten und das Leben auf die Straßen zu bringen.

Glonns Bürgermeister Josef Oswald hatte allerdings bereits vor der Einführung ins Thema darauf hingewiesen, dass man sehen müsse, ob die Vorschläge auch realisiert werden können, schließlich müsse alles auch bezahlt werden. „Man muss es sich halt leisten können,“ so der Rathauschef. Mitunter gäbe es aber auch andere Hürden, etwa fehlende Grundstücke für ein Vorhaben oder Protest von Anwohnern. Nicht von ungefähr kam aus dem Publikum die Anmerkung, dass die Marktplatzumgestaltung bereits seit Jahrzehnten ein Thema sei und dass seit den 70er Jahren über eine neue Turnhalle diskutiert würde. Deshalb, so die Sicht der Stadtplaner, sollte man Schritt für Schritt agieren. Mit der Marktplatzumgestaltung sollte begonnen werden, auch weil das die beste Signalwirkung habe. Wie geht es weiter?

Das Stadtplanungsbüro wird seine Ansätze konkretisieren. Die Bürger sollen weiter eingebunden werden. Man plant ein zweites Ortsgespräch und will zudem einen zwölfköpfigen Bürgerbeirat ins Leben rufen, der das Entwicklungskonzept begleiten soll. Wer diesem Gremium angehören soll, wird das Los entscheiden. Derzeit haben immerhin bereits 120 Glonner Interesse, dem Beirat anzugehören, der „einen repräsentativen Querschnitt der Glonner abbilden soll“, wie Hummel erklärte. Das Fazit des Abends: es besteht großes Interesse in der Glonner Bürgerschaft. Deutlich wurde zudem, dass man sich wünscht, dass mehr für die Jugend getan wird und dass der geplante Turm des neuen Feuerwehrhauses manchem ein Dorn im Auge ist.

Mehr als nur Shopping

tagesschau.de

Daniel Hoh

03.10.2021

Corona hat den stationären Einzelhandel stark getroffen. Doch Händler und Branchenexperten hoffen auf neue Konzepte. Was soll künftig in den Innenstädten passieren?

Wenn Markus Pfeffer durch die Stockwerke geistert, dann müsste er eigentlich schlechte Laune bekommen. Denn der Gebäudekomplex in Gießen ist komplett leergeräumt. Tausende Quadratmeter am Anfang der Haupteinkaufsstraße Seltersweg - und innen ist es stockdunkel. Im rechten Teil war früher ein Textilhändler untergebracht, im linken Teil eine Schuhkette, die im Dezember 2020 aber Insolvenz anmelden musste. Trotzdem ist Pfeffer alles andere als missmutig: "Das ist ein Konzept der Zukunft, das ist die Zukunft der Fußgängerzone". Der 54-Jährige bezieht sich auf das, was kommen wird: ein Umbau mit neuen Mietern. Die Lokalpresse spricht von einem visionären Projekt.

Mischnutzung statt Konsumtempel

Pfeffer ist Geschäftsführer des BID Seltersweg, einem Zusammenschluss von Eigentümern, deren Häuser an der Einkaufsstraße liegen. Er erzählt, wie das Gebäude in Zukunft genutzt werden wird: "Im Erdgeschoss entsteht ein Lebensmitteleinzelhandel, in die weiteren Geschosse kommen große Arztpraxen, aber auch eine Kindertagesstätte." Zusätzlich seien Wohnungen geplant, und der Keller, wo früher Kleidung verkauft wurde, werde zu einer Tiefgarage umgewandelt. "Ich war überrascht, als der Architekt sagte, wir können da auch Parkplätze draus machen." Der Investor, eine örtliche Baufirma, plant für 2023 die Fertigstellung. Aus einem reinen Konsumtempel wird so eine Immobilie mit Mischnutzung. "Der Einzelhandel muss sich anpassen. Wir werden eine Veränderung der gesamten Flächensituation haben, weg von den ganz großen Flächen", prognostiziert Pfeffer die Entwicklung in Deutschland. Er ist mit dieser Einschätzung nicht allein. "Das sehen wir schon seit Jahren, dass die Flächen kleiner werden", sagt Andrea Back-Ihrig, Partnerin beim Immobilienspezialisten bulwiengesa. Die Entwicklung habe schon vor Corona eingesetzt. Als Beispiel nennt sie Mediamarkt-Saturn. Der Elektronik-Konzern richte in den Innenstädten inzwischen eher kleinere Filialen ein. "Die Flächen rücken auch mehr ins Erdgeschoss, das heißt wir werden weniger Verkaufsflächen sehen, die im Untergeschoss oder zweiten, dritten Obergeschoss liegen", so Back-Ihrig. Dahinter steckt unter anderem der Gedanke, den stationären Handel immer stärker mit dem boomenden Online-Geschäft zu verzahnen. Künftig also weniger Artikel im Laden, dafür die Möglichkeit, direkt vor Ort aus dem gesamten Internet-Sortiment bestellen zu können. Die Filiale mutiert zum Showroom.

Wer zieht künftig in die Gebäude, in denen früher Einzelhändler waren?

Eine Antwort darauf hat zum Beispiel Albert Sahle parat, Geschäftsführer der Wohnbaugesellschaft Sahle Wohnen aus dem nordrhein-westfälischen Greven. Seinem Unternehmen gehört unter anderem das riesige Karstadt-Gebäude auf der Frankfurter Zeil. Der Warenhauskonzern zieht Ende 2025 aus. "Spätestens ab dem zweiten Obergeschoss werden es dann andere Nutzungen sein", weiß Sahle. Er plant für die Zeit nach Karstadt einen Neubau mit unterschiedlichen Mietern. Im Untergeschoss würden ein Supermarkt und eine Drogerie-Kette einziehen, auch im Erdgeschoss und in der ersten Etage werde es noch Einzelhandel geben. Darüber könne er sich aber Wohnungen, Gastronomie oder eine Hotel-Kette vorstellen. Der Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger liegt auf der Hand: Die Einkaufsstraßen in den Innenstädten würden mit den vielen unterschiedlichen Mietern bunter und vielfältiger - statt nur Shopping-Meilen zusätzlich auch mal Hotels, Wohnungen, Kultureinrichtungen, Fitness-Studios, Gastronomie dazwischen. Diese Vorteile sieht auch Back-Ihrig: "Das ist auf jeden Fall eine positive Entwicklung, weil wir es ja oft so hatten, dass dann nach Geschäftsschluss niemand mehr in der Innenstadt war."

Freisinger Top-Projekt: Mehr Grün im Kampf gegen Klimawandel

merkur.de

(ohne Autorenangabe)

05.11.2021

Wie kann man Städte zukunftsfit machen? Das TUM-Projekt „Grüne Stadt der Zukunft“ zeigt Lösungen. Dafür könnte es einen Preis geben. Städte und städtische Lebensstile sind eine wesentliche Ursache des Klimawandels, gleichzeitig sind Städte aber zunehmend von den Folgen des Klimawandels und damit auch von Extremereignissen wie Hitzewellen und Starkregen betroffen. Das Projekt „Grüne Stadt der Zukunft“ – koordiniert vom Weihenstephaner Lehrstuhl für Strategie und Management der Landschaftsentwicklung an der Technischen Universität München (TUM) – präsentiert Lösungsansätze zum Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels und der baulichen Verdichtung in wachsenden Städten. Dafür wurde es nun von der Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises unter die diesjährigen drei Finalisten im Bereich Forschung gewählt. Stadtplanerin Simone Linke vom TUM-Lehrstuhl für energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen erklärt im Interview, was es mit dem Projekt auf sich hat.

Frau Linke, warum brauchen wir klimaresiliente Stadtquartiere?

Die grüne Infrastruktur der öffentlichen und privaten Freiräume und Gebäude – zum Beispiel Parks, Bäume und Dachbegrünungen – kann wesentlich zur Anpassung von Städten an den Klimawandel durch die Bereitstellung von Ökosystemleistungen wie Verdunstungskühlung, Verschattung und Regenwasserversickerung beitragen. Zu ihrer Planung und Integration in die Stadtentwicklung sind konkrete Hinweise zur erforderlichen Quantität und Qualität erforderlich.

Vor welcher Herausforderung stehen Städte?

Aufgrund der Urbanisierung, der Zunahme des individuellen Wohnraumverbrauchs und der Reglementierung des täglichen Flächenverbrauchs stehen wachsende deutsche Städte vor dem Zielkonflikt, Grünflächen für Klimaschutz und Klimaanpassung von Versiegelungen freizuhalten und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Innerstädtische Nachverdichtung bietet Potenziale, beiden Ansprüchen gerecht zu werden – wenn sie gleichzeitig die innerstädtische grüne Infrastruktur erhält oder sogar gemäß dem Ziel der doppelten Innenentwicklung verbessert. Parallel sollten bauliche Maßnahmen stets die Ressourcenschonung, die Senkung der Treibhausgasemissionen und die Verbesserung der Wohnqualität berücksichtigen. Wir beschäftigen uns aber nicht nur mit der doppelten Innenentwicklung, bei der neben der baulichen Nachverdichtung auch die Sicherung und Weiterentwicklung von Grün eine große Rolle spielt. Wichtige Themen sind darüber hinaus auch die sozialen Bedürfnisse im Quartier, die besser berücksichtigt werden müssen.

Sie haben im Projekt verschiedene Stadtteile in München – zum Beispiel Moosach oder Riem – in den Blick genommen. Welche Potenziale hat der Münchner Grüngürtel für die klimaresiliente Stadtentwicklung?

München ist wie viele andere Städte von einem Grüngürtel am Stadtrand umgeben. Dort finden sich überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen, aber auch Wälder, Heiden und beliebte Ausflugsziele wie Badeseen. Im fortschreitenden Klimawandel hat der Grüngürtel eine zunehmende Bedeutung.

Wie lassen sich grüne, lebenswerte Stadtquartiere aufbauen?

Grünmaßnahmen können über die öffentliche Hand geplant, über Planungsinstrumente eingefordert und finanziert werden. Jedoch gewinnt auch die Finanzierung über Akteurinnen und Akteure außerhalb der Verwaltung zusehends an Bedeutung. Es gibt diverse Finanzierungsoptionen, die Grünmaßnahmen in der wachsenden Stadt im Klimawandel ermöglichen – von der Einrichtung eines ‚Housing Improving District‘ bis hin zu Initiierung von ‚Crowdfunding‘-Aktionen.

Wie engagieren sich auch Unternehmen bei der Gestaltung von Stadtgrün?

Unternehmen können durch standortbezogene Grünmaßnahmen direkt einen Beitrag zur Klimaanpassung und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Quartier leisten, sich darüber hinaus aber auch stadtweit für ein Mehr an Grün engagieren. Unternehmerisches Engagement für wertvolles Stadtgrün funktioniert besonders gut in Kooperation mit Stadtgrün-Expertinnen und -Experten. Unternehmen profitieren auch selbst durch eine erhöhte Standortqualität.

Fuck-ups: „Wer keine Fehler macht, macht einen großen Fehler“

t3n.de

Andreas Weck

20.04.2022

Christoph Seckler forscht zu Fehlerkultur und Fehlermanagement. Er kennt die heilsame Wirkung sogenannter Fuck-up-Stories und das Geheimnis erfolgreicher Teamarbeit.

Fuck-up? Sowas sagt man doch nicht, oder etwa doch?

Geht es nach Christoph Seckler, dann ist diese Wortwahl in manchen Situationen durchaus angebracht. Der Hauptstädter leitet den Lehrstuhl für Entrepreneurial Strategy an der ESCP Business School in Berlin und forscht dort speziell zum Lernen aus Fehlern und zur Fehlermanagementkultur. Als „Fuck-ups“ bezeichnet er eben jene Fehler, die sich hier und da im Arbeitsalltag ergeben, und über die – obwohl auch das durchaus manchmal angebracht wäre – meist nicht geredet wird. „In vielen Unternehmen haben Team-Mitglieder leider Angst, über Fehler zu sprechen. Man kehrt sie unter den Teppich“, erklärt der Professor gegenüber t3n.

Das Verschweigen bewirkt jedoch häufig einen Dominoeffekt, der zu einem großen Scheitern führen kann. „Einzelne führen fast nie zum Scheitern, es ist fast immer die Verkettung von vielen kleineren Fehlern“, sagt Seckler gegenüber t3n. „Ich habe gerade den Zug verpasst und verpasse deswegen jetzt einen wichtigen Termin, davor hatte ich aufgrund eines Missverständnisses mit meiner Frau einen Terminkonflikt für den Nachmittag ausgelöst“, sagt er. „Welcher dieser Fehler größer war und welche Kreise sie ziehen, lässt sich gerade leider noch nicht sicher sagen.“ Fakt ist aber: Dieses Problem muss gelöst werden und das passiert nur, wenn der Fehler transparent gemacht wird.

Seckler plädiert deshalb für einen offenen Umgang und meint damit nicht nur, dass der Patzer transparent gemacht wird, sondern dass er auch als Beispiel ruhig immer und immer wieder herangezogen werden kann – im Rahmen von sogenannten „Fuck-up-Stories“. Führungskräfte können stark beeinflussen, wie sich kleine Fehler auswirken, in dem eine Kultur vorgelebt wird, in der über sie gesprochen wird. Bereits kleine Äußerungen wie „Ich weiß es nicht“ oder „Ich brauche Hilfe“ haben einen großen Effekt auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie deuten an, dass Fehler normal sind und über sie gesprochen werden kann. Das können Führungskräfte auch bewusst anekdotisch ins Zentrum stellen.

Fuck-up-Stories sind kurze, oft lustig erzählte Geschichten von eigenen Fehlern. In einer Studie, an der er mitgewirkt hat, hat er mit anderen Forschenden die Auswirkungen dieser Erzählungen untersucht und geschaut, wie erfahrene Führungskräfte über eigene Fauxpas sprechen. Eine einprägsame Geschichte habe eine Managerin erzählt, die einst als junge Wirtschaftsprüferin zur Inventur eines Mandanten sollte. „Inventuren finden meist nur einmal im Jahr statt, weswegen auch möglichst alles glatt laufen soll“, erklärt Christoph Seckler. „Da es ihre erste Inventur war, war sie aufgeregt, habe nichts falsch machen wollen und hatte sich entsprechend vorbereitet.“

Manchmal läuft es aber anders als gedacht. „Sie fuhr also an jenem Tag zur Prüfung, doch bei der Ankunft stellte sie fest, dass es dort gar kein Unternehmen gab. Warum? Sie hatte zwar den korrekten Straßennamen ins Navigationssystem eingegeben, doch den Ortsnamen gab es in Deutschland zweimal – und sie war in die falsche Stadt gefahren“, erzählt Seckler. Die meisten Menschen würden diesen Fehler nicht an die große Glocke hängen. Sie tue es aber ganz bewusst und signalisiert ihrem heutigen Team damit, dass selbst umsichtige Führungskräfte auch Fehler machen. „Das nimmt Mitarbeitenden die Angst vor eigenen Missgeschicken und gibt Sicherheit, offen darüber zu sprechen.“

Für gutes Arbeiten: Eine Anleitung zum Wütendsein

t3n.de

Jennifer Rosenberg

19.04.2022

Wut hat einen schlechten Ruf – zu Unrecht. Wut ist gut! Sie ist ein kraftvolles Instrument der Transformation. Sie hilft, Missstände zu entdecken, zu verstehen und sogar zu beheben.

Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie viel Wut sie in sich tragen. Spoiler: Es ist in der Regel deutlich mehr, als wir glauben. Diese Ignoranz zieht je nach Charakter einen Rattenschwanz an schlechten Verhaltensweisen nach sich: Wir essen zu viel, schreien unsere Mitmenschen an oder hassen uns selbst, um nur einige Beispiele zu nennen. Das schadet uns – insbesondere im Arbeitskontext, wo wir den Situationen oft nicht aus dem Weg gehen können, die uns wütend machen.

Dabei ist Wut eigentlich etwas Gutes! Sie zeigt uns, dass wir uns instinktiv vor etwas schützen wollen. Sie gibt uns Energie. Sie hat die Kraft, wichtige Veränderungen anzustoßen. Doch statt sie dafür zu nutzen, kennen die meisten von uns nur einen Modus, abhängig von unserem Charakter. Den extravertiert Wütenden platzt der Kragen und sie entladen ihre Wut dort, wo sie sie gerade überkommt. Die introvertiert Wütenden fressen ihre Gefühle so lange in sich hinein, bis sie dort alle Energie und gute Laune binden und langsam zersetzen.

Was also tun? Der erste Schritt ist, zu erkennen, zu welcher Sorte Wütender wir gehören. Der offensichtlichere Typ ist auch der seltenere. Die extravertiert Wütenden lassen uns sofort wissen, wenn sie etwas stört. Das Gute daran: Hier kommen alle Probleme sofort auf den Tisch. Das Schlechte daran: Die Wut trifft oft die Falschen und ist wenig zielgerichtet. Wer zu den extravertiert Wütenden gehört, sollte sich klarmachen: Ihr habt die Kraft, mit eurer Wut notwendige Veränderungen anstoßen – aber im Moment des Ausbruchs der Wut fehlt euch meist die Richtung. Was genau löst eure Gefühle aus und wie ließen sich diese Probleme beheben? Um diese Fragen zu beantworten, braucht es Ruhe und Reflexion. Und die wiederum gibt es nur, wenn die Gefühle gerade nicht brodeln. Schafft euch also ruhige Momente, in denen ihr eure Wut kartografiert. Findet konstruktive Bahnen, in die ihr den nächsten Ausbruch lenken könnt. Und dann nutzt diese Bahnen, um den nächsten Wutausbruch besser zu kanalisieren. Ähnliches gilt für Führungskräfte, die mit diesem Wut-Typ zu tun haben. Mitten in einem emotionalen Moment wird es kaum möglich sein, zu ihnen durchzudringen. Bremst eure extravertierten Angestellten in einem solchen Moment, sollte das nötig sein – und gebt ihnen aber anschließend die Möglichkeit, zu reflektieren. Fragt nach den Gründen für den Wutausbruch. Gebt den Betroffenen Zeit, ihre eigene Motivation zu verstehen.

Der zweite Wut-Typ ist häufiger weiblich als der erste – und braucht trotz seines deutlich subtileren Auftretens nicht weniger Aufmerksamkeit. Die introvertiert Wütenden sind deutlich leiser als ihr extrovertierter Gegenpart und werden deshalb gerade im Arbeitskontext oft ignoriert. Auf Dauer ist das eine Katastrophe nicht nur für sie selbst, sondern auch für alle Kolleg:innen und das Unternehmen. Wer dauerhaft Wut in sich hinein frisst, trägt weniger zum Team bei, verliert Energie und steuert sich selbst im schlimmsten Fall in den Burn-out. Introvertiert Wütende sollten sich klarmachen: In ihrer Wut liegt ein riesiger Wissensschatz, den sie viel zu selten teilen. Wenn die extravertiert Wütenden zu viel Energie und zu wenig Richtung haben, ist es bei ihnen genau umgekehrt. Leise Wütende wissen nämlich in der Regel ganz genau, warum sie wütend sind. Über Wochen, Monate, manchmal Jahre kartografieren sie ihre Wut, wissen was sie auslöst und in der Regel auch, wie sich das beheben ließe. Nur: Sie teilen diesen Wissensschatz oft nicht, sondern richten die aufgestaute Energie lieber gegen sich selbst. Introvertiert Wütende sollten ihre Wutlandkarte als die Ressource wahrnehmen, die sie ist – und in ruhigen Momenten üben, wie sie sie in emotionalen Momenten mitteilen könnten. Für Führungskräfte gilt im Umgang mit diesem Wut-Typ: Gebt euren Angestellten den Raum, über ihre Wutlandkarte zu sprechen. Ihr könnt davon ausgehen, dass diese Landkarte schon seit längerem in eurem Gegenüber schlummert. Anstatt wie bei den extravertiert Wütenden zu bremsen und zur Reflexion zu animieren, könnt ihr hier gleich in die Analyse einsteigen.

Repair-Bewegung: Reparieren statt wegwerfen

sueddeutsche.de

Barbara Hordych

01.11.2021

Wolfgang Heckl, der Generaldirektor des Deutschen Museums, ist nicht nur privat ein Bastler. Mit seinem Buch "Die Kultur der Reparatur" wurde der Professor für Experimentalphysik zu einem der geistigen Väter der Repair-Bewegung in München.

SZ: Herr Heckl, was haben Sie zuletzt repariert?

Wolfgang Heckl: Oh, ich bin ganz stolz darauf, gerade ein Schellack-Grammophon-Möbel von 1927 repariert zu haben.

Sind das die Gegenstände, mit denen Menschen ein Repair-Cafe aufsuchen? Meiner Erfahrung nach kommen dort Menschen mit Lieblingsschätzen hin, in denen viel Emotionalität steckt. Ich habe neulich im Verkehrszentrum im Deutschen Museum, in dem auch unsere Reparateure arbeiten, ein älteres Ehepaar erlebt. Das kam mit einem Zeitungsständer aus Holz, bei dem ein Bein gebrochen war.

Es ist ja nicht so, dass ein neuer Zeitungsständer eine teure Angelegenheit wäre. Natürlich nicht. Aber das Ehepaar erklärte, sie würden an dem Zeitungsständer hängen, weil es ein Hochzeitsgeschenk des Mannes für seine Frau war, vor fünfzig Jahren. Wenn so ein Gegenstand einen ein Leben lang begleitet hat, will man ihn auch behalten. Die Repair-Bewegung ist eine Szene, in der man sich gut kennt. Es sind Menschen, die sich bewusst gegen die Wegwerfgesellschaft entscheiden. Die sich die Frage stellen, wie sie, wie wir alle in Zukunft leben wollen. Und da ist es ganz entscheidend, wie wir mit unseren Ressourcen umgehen.

Es geht also nicht darum, für kleines Geld eine Reparatur zu ergattern? Nein. Natürlich kann ich auch Geld sparen, wenn ich meinen Staubsauger, meinen Mixer oder meinen Toaster repariere, anstatt ihn wegzuworfen. Ich selbst habe das einmal erlebt, als ich den verkalkten Spülkasten unserer Toilette reparieren wollte. ***Was ist passiert?*** Als ich dann in einem Sanitär Laden das nötige Ersatzteil kaufen wollte, hieß es, das gäbe es nicht mehr. Ich solle besser den ganzen Kasten herausreißen ...

Aber dabei gehen die Fliesen kaputt? Das sagte ich dem Verkäufer auch. Das sei doch ein guter Grund, das Bad neu zu fliesen, sagte er. Ich habe mich darüber so geärgert, dass ich das Ersatzteil im Internet gesucht und bestellt habe. Ein Gefühl großer Befriedigung! Es geht ja auch darum, das Ding zu verstehen, das ich vor mir habe, hier zum Beispiel das Archimedische Auftriebsprinzip, das den Schwimmer steuert.

Warum ist das aber eine Fertigkeit, die verloren gegangen ist? Sehen Sie, als ich mir vor 45 Jahren mein erstes Auto, einen Fiat 127, kaufte, war es für mich selbstverständlich, das Buch "Jetzt helfe ich mir selbst" dazu zu kaufen. Das war damals eine ganze Buchreihe. Es ist natürlich heute alles viel komplizierter geworden, aber es hat auch damit zu tun, dass die Hersteller von elektronischen Geräten nicht mehr automatisch den "Schaltplan" beim Kauf dazulegen, wie früher bei Radios etwa. Das war bis in die 60er-Jahre hinein ganz selbstverständlich, das war der Kern einer Reparaturanleitung. Heute bekommen sie, wenn überhaupt, nur noch die Bedienungsanleitung, manchmal ziemlich unverständlich maschinell ins Deutsche übersetzt.

Sie meinen, es würden sich mehr Menschen dafür interessieren, wenn sie mehr Informationen hätten? Ganz sicher. Ich habe neulich erst zwei junge Türkinnen erlebt, die mit einem Bügeleisen in die Werkstatt kamen. Sie haben bei der Reparatur zugeschaut und wollten ganz genau verstehen, wie das vor sich geht. Sie wollten es beim nächsten Mal selbst reparieren können.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft? Dass die jungen Menschen der Fridays-for-Future-Bewegung erkennen, wie wichtig der Beitrag der Repair-Bewegung in der Ressourcen-Krise ist. Es ist nichts Vorgestriges. Das denkt man ja leicht, weil man vielleicht nur noch die alten Menschen vor Augen hat, die sich die Mühe machen, etwas zu reparieren. Dabei müssen wir lernen, es so zu machen wie die Natur. Sie schafft es, alles am Ende eines Lebenszyklus molekular zu zerlegen - und zu recyceln. Das Problem ist, dass wir Menschen das nicht machen.

Ein zweites Leben für Batterien

fr.de (Frankfurter Rundschau)

Felix Spies

30.08.2021

Doch je mehr E-Autos auf den deutschen Straßen unterwegs sind, desto lauter werden auch die Forderungen, die für die Elektromobilität nötigen Batteriemodule klimafreundlicher zu produzieren. Große Hoffnungen setzen viele auf Lithium-Ionen-Batterien, die schon jetzt in nahezu allen Elektrofahrzeugen zu finden sind. Henning Lorrmann leitet das Fraunhofer Forschungs- und Entwicklungszentrum (FuE-Zentrum) für Elektromobilität in Bayern. Er sagt: „Die Lithium-Ionen-Batterie ist aus technologischer Sicht der Zehnkämpfer in der Batterietechnologie.“ Sie sei in allen Disziplinen wie Energie- und Leistungsdichte, Lebensdauer, Zuverlässigkeit und Kosten gut aufgestellt. Der große Nachteil: das Recycling der Batterien innerhalb der Wertschöpfungskette. Um die Mobilität der Zukunft so klimafreundlich wie möglich zu gestalten, müssen Forschung und Industrie daher an neuen Batterie-Lösungen arbeiten und ihren Produktkreislauf verbessern. Das Team um Lorrmann ist Teil des EU-Projekts Battery2030+. Sie forschen daran, die gesamte Wertschöpfungskette einer Batteriezelle klimafreundlicher zu gestalten – angefangen vom Material bis hin zur finalen Batterie. Lorrmann erklärt: „Wir testen das Material, bauen Kleinserien auf und können so Prototypenzellen zusammenbauen.“ Dabei spielen sie verschiedene Szenarien durch und zyklisieren die Batterien. Unter der Zyklisierung eines Batteriemoduls versteht man den Auf- und Entladevorgang eines Moduls. Wie eine Batterie sich auf- und entlädt, beeinflusst, wie sie altert – sprich wie lange sie wie gut genutzt werden kann. Die Forschenden öffnen anschließend die zyklisierten Zellen und versuchen, mithilfe chemischer Verfahren mögliche Schwachstellen der Batterie zu entschlüsseln. Die dabei gewonnenen Daten nutzen Lorrmann und sein Team dann für weitere Forschungen. Das Unternehmen Twice mit Sitz in München sammelt ebenfalls große Datenmengen, um Batterien für E-Fahrzeughersteller und Energieunternehmen zu optimieren. Die gesammelten Daten führt Twice in sogenannten Big-Data-Anwendungen zusammen. Unter dem Begriff Big Data versteht man besonders große Datenmengen, die wegen ihrer Größe und der fehlenden Struktur nur mittels Algorithmen geordnet und dadurch verwendbar gemacht werden können. Über diese können Batterie-Ingenieure wie Jan Singer Rückschlüsse darüber ziehen, wie die Batterien altern und sich über die Zeit verhalten. Vor allem eine längere Anwendungszeit und die Nutzung in sogenannten Second-Life-Anwendungen seien wichtige Faktoren bei seiner Arbeit, sagt Singer. Beispielsweise lassen sich gebrauchte Lithium-Ionen-Batterien aus mobilen Anwendungen wie Fahrzeugen oft noch gut in stationäre Energiespeicher integrieren. „Die gebrauchten Batterien haben oftmals noch 80 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Im stationären Energiebereich kann man einen Kapazitätsverlust zwischen 30 und 40 Prozent locker hinnehmen, um das System noch sicher und zuverlässig zu betreiben“, erklärt Singer. Die Batterien werden so wiederverwendet und bekommen ein zweites Leben. Auch Henning Lorrmann vom FuE-Zentrum für Elektromobilität in Bayern ist der Ansicht, dass eine längere Anwendungszeit und die Nutzung in Second-Life-Konzepten wichtig seien. Um Batteriemodule auf Dauer klimafreundlicher herzustellen und zu nutzen, müssten die Komponenten aber aus erneuerbaren Energiequellen stammen und mit maximaler Effizienz genutzt werden. Daher sei auch die Substitution innerhalb der Batterien ein Thema. Es befinde sich beispielsweise immer noch Kobalt in den Batterie-Kathoden. „Da gibt es fortgeschrittene Ansätze, Kathoden auch kobaltfrei herzustellen, wie beispielsweise mit einer Mischung aus Nickel und Mangan“, sagt Lorrmann. Gleiches könne auch für Lithium der Fall sein: Es gebe Ansätze, Lithium in Zukunft beispielsweise durch Natrium zu ersetzen. Allerdings liege die Leistungsfähigkeit der Natrium-Ionen noch deutlich hinter denen der Lithium-Ionen. Dass Lithium für Mensch und Natur jedoch ein problematischer Bestandteil von Batterien ist, zeigt sich im sogenannten Lithiumdreieck. Mit mehr als 60 Prozent der Gesamtmenge befinden sich die größten Lithiumvorkommen an der Grenze von Argentinien, Bolivien und Chile. Da die Förderung von Lithium sehr wasserintensiv ist, sinkt in den betroffenen Regionen der Grundwasserspiegel drastisch. Darunter leidet nicht nur die Vegetation: Auch die Menschen kämpfen immer stärker mit den Folgen des Lithium-Abbaus, wie aus einem Report von Brot für die Welt hervorgeht. Die EU-Kommission hat sich in einer Pressemitteilung im Dezember 2020 dafür ausgesprochen, den Lebenszyklus von Batterien kreislaufforientierter und klimafreundlicher zu gestalten. Darin heißt es: „Batterien, die in der EU in Verkehr gebracht werden, sollten über ihren gesamten Lebenszyklus nachhaltig, leistungsfähig und sicher sein.“ Laut Singer muss deshalb der Schritt hin zu einer Produktion mit erneuerbaren Energien, einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft und einer Verlängerung der Lebensdauer gemacht werden. Auch wenn neue und effizientere Module entwickelt werden, die die Lebensdauer von Batterien verlängern: Jedes Modul wird trotzdem recycelt werden müssen. Aus diesem Grund müsse man ebenfalls die Recyclingverfahren verbessern, ist Lorrmann überzeugt. Damit Batterien jedoch in Zukunft in einem ständigen Kreislauf geführt werden könnten, seien nicht nur Forschung und Industrie gefragt. Lorrmann fügt hinzu: „Am Ende ist das auch ein gesellschaftspolitisches Thema

Welchen Stellenwert hat die Kultur?

heute.de

Hannah Kristina Friedrich

17.09.2021

Einer der größten Corona-Verlierer ist die Kultur. Theater, Museen, Festivals sind eben nicht "systemrelevant". Wie stellen sich Parteien Kulturpolitik nach der Wahl vor? Auf Kultur glaubte die Politik während der Corona-Pandemie verzichten zu können. Zugesperrt waren die Theatersäle und Museumshallen auch dann noch, als viele längst wieder ins Büro gingen. Ohne Auftrag und Einkommen waren Tausende Kulturschaffende, viele ihrer Lebensgrundlage beraubt, ohne jede soziale Absicherung. Auch die enormen Summen, die die Bundesregierung als Kompensation für Freischaffende bereitgestellt hat, können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Kultur hat an Bedeutung verloren. Plötzlich Restkarten überall, trotz gelockerter Hygiene-Maßnahmen. Welche Bedeutung also hat die Kultur zukünftig nach der Bundestagswahl in dem Land, das sich so gerne als "Kulturnation" bezeichnet? Das fragten wir die verantwortlichen Spitzenpolitiker dreier Parteien: den SPD-Kanzlerkandidaten und Finanzminister Olaf Scholz, die Beauftragte für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU), und den Co-Bundenvorsitzenden der Grünen, Robert Habeck. Habeck war Schriftsteller, bevor er Politiker wurde. Spielt Kulturpolitik für ihn und seine Partei also eine besondere Rolle? "Ehrliche Antwort: Die Kulturpolitik als Sparte neben Finanz-, Sozial-, Wirtschafts- und Klimapolitik, muss ich sagen, ist eher ein nachgeordneter Bereich. Bei allen Parteien. Aber, wir wissen es eigentlich besser." So fordern die Grünen zwar ein eigenes Kulturministerium, "um den Stellenwert der Kultur aufzuwerten", sagte Habeck. Aber "weil es sonst zu klein wäre, eingebaut in einem anderen Ministerium", denn Kultur sei vor allem Ländersache.

Grütters für Kulturministerium, die CDU nicht: Für ein eigenes Bundesministerium spricht sich die aktuelle Beauftragte für Kultur und Medien, die CDU-Politikerin Monika Grütters, schon lange aus. Allein, ihre Partei will ihr darin nicht folgen. Kein Wort dazu im Wahlprogramm. Dennoch hadere sie nicht mit ihrer Partei, denn immerhin "am Kabinettsstisch sitze ich ja schon", betont Grütters.

SPD will Kultur als Staatsziel im Grundgesetz: "Der Staat schützt und fördert die Kultur", soll es zukünftig im Grundgesetz heißen, auch wenn es nach der SPD geht, laut Wahlprogramm will sie die "Kultur als Staatsziel verankern". Erst unter Gerhard Schröder ist das Amt des Kulturstaatsministers überhaupt erst eingeführt worden, da überrascht es nicht, dass sich auch Kanzlerkandidat Olaf Scholz deutlich zur Kultur bekennt. Der Komiker Helge Schneider sei es gewesen, der ihm als Finanzminister in einem Brief beschrieben hätte, wie Corona-Hilfen zu bemessen seien, damit sie den Künstlern und Künstlerinnen tatsächlich helfen, so Scholz.

Absicherung für Künstler neu verhandeln: "Wir müssen Wege finden, wie wir den selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern eine Absicherung auch in der Arbeitslosenversicherung möglich machen", sagte Scholz. Und darin sind sich alle Parteien einig. Die Pandemie hat nicht nur gezeigt, unter welchen prekären Umständen viele Künstler und Künstlerinnen arbeiten, sondern offengelegt, dass ihre Absicherung neu verhandelt werden muss. Die Grünen wollen die "staatlichen Zuwendungen" aller Institutionen neu verteilen: "partizipativ, inklusiv und geschlechtergerecht und gleiche Rahmenbedingungen für alle Kulturformen und freie Szene". Das dürfte so manchen Intendanten beunruhigen, der jetzt durch Kurzarbeitergeld seine Institution gut durch die Pandemie manövriert hat.

Kultur als "zweitgrößte Wirtschaftsbranche": Die Grünen wären aber nicht die Grünen, würden sie nicht auch von der Kultur Klimaneutralität einfordern. "Die Klimakrise kann ja auch zu einer Kulturkrise werden. Große Kulturinstitutionen haben natürlich auch einen CO2-Fußabdruck", erklärte Habeck. Deshalb wollen sie den "Green Culture Desk", der die staatlichen Fördergelder verteilt. "Und wenn man dann z.B. keine CO2-freien Mobilitätskonzepte hat, dann wird man bitter bestraft werden vom Markt oder vom Ordnungsrecht", so Habeck. Monika Grütters zitierte das CDU-Wahlprogramm, das so beginnt: "Die Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor." Die Kultur sei die "zweitgrößte Wirtschaftsbranche in Deutschland nach der Automobilindustrie und vor der Finanzwirtschaft", so Grütters. Und sie argumentierte: Es gehen zehnmal so viele Menschen in die Museen wie in alle Bundesligaspiele zusammen.

Klammern Kommunen helfen: Im Wahljahr tun alle Parteien so, als sei ihnen nichts wichtiger als die Kultur und betonen, wie viel Geld sie gegeben haben. Wenn aber die Kommunen klamm sind, müssen Theater und Museen nicht mit Abstrichen rechnen? "Ich möchte gerade für die hochverschuldeten Kommunen eine neue Stunde Null schaffen, damit das nicht passiert", bekräftigte Scholz. Man wird ihn daran messen müssen. Dass Kultur so lange nicht ermöglicht wurde in Zeiten, in denen die Menschen sie vielleicht mehr denn je brauchten, wird noch lange nachwirken.

Soziales Erdbeben

rubikon.news

Christian Kreiß

08.01.2022

Zahlreiche neuere Studien, die sich mit den sozialen Auswirkungen der internationalen Coronapolitik beschäftigen, lieferten ein verheerendes Ergebnis. Die sozialen Luntten brennen. Pulverfässer mit gesellschaftlichem Sprengstoff stehen auf allen Kontinenten. Die Corona-Maßnahmen haben zu einer historisch beispiellosen Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt. Der auch so schon obszöne Reichtum der Reichsten hat sich in bisher unvorstellbarem Ausmaß vermehrt. Der regelrecht explodierende Welthunger legt ein größeres Leichentuch über die Welt, als es Corona je könnte. Und all das geschieht in einer Phase, in welcher die Finanzmärkte in etwa so stabil sind wie ein Kartenhaus bei Sturmböen. Die ganze Welt tanzt am Rande eines aktiven Vulkans.

Zunehmende Ungleichverteilung: Der alle zwei Jahre erscheinende World Inequality Report stellte am 7. Dezember 2021 fest, dass die weltweite Ungleichverteilung durch die Lockdowns dramatisch zugenommen habe und heute wieder auf dem sehr hohen Niveau von Anfang des 20. Jahrhunderts, „dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus“ sei. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Seit 1995 hat der Vermögensanteil, der auf Milliardäre entfällt, von 1 auf über 3 Prozent zugenommen. Diese Zunahme wurde während der Covid-Pandemie verschärft. In der Tat war 2020 der stärkste Vermögensanstieg von Milliardärsvermögen in der Geschichte“. Die untere Hälfte der Erdbevölkerung besitzt demnach 2 Prozent des globalen Vermögens, die oberen 10 Prozent 76 Prozent. Nach Zahlen der Allianz-Versicherung gehören 41 Prozent der Netto-Finanzvermögen den obersten 1 Prozent, den obersten 10 Prozent 84 Prozent. Die Covid-Politik hat demnach zu einer einzigartigen Zunahme der ökonomischen Macht bei einer ganz kleinen Elite der Erdbevölkerung geführt.

Erhöhung der Lebensmittelpreise: Am 2. Dezember 2021 veröffentlichte die FAO, die Food and Agricultural Organization der Vereinten Nationen in ihrem monatlich erscheinenden Bericht über die weltweiten Preisentwicklungen der Lebensmittel, dass die Lebensmittel im November 2021 um 27 Prozent teurer waren als im November 2020. Verglichen mit den durchschnittlichen Lebensmittelpreisen der sechs Jahre 2015 bis 2020 (Indexstand 95,3) waren die Lebensmittel im November 2021 (Indexstand 134,4) um 41 Prozent teurer als in den sechs Jahren zuvor. 41 Prozent sind viel Geld für die ärmeren Schichten der Bevölkerung, vor allem in den Entwicklungsländern, aber durchaus auch für die Unterschichten in den Industrieländern. Die Lockdown-Politik hat also zu sprunghaft steigenden Lebensmittelpreisen geführt, was unmittelbar und massiv die Unterschichten benachteiligt. Grundnahrungsmittel sind heute nominal und real so teuer wie fast noch nie in der Nachkriegszeit.

Anstieg der Unterernährung: Im Oktober 2021 erschien der Welthunger-Index 2021. Demnach stieg 2020 „nach Jahrzehnten des Rückgangs“ erstmals wieder die weltweite Verbreitung von Unterernährung stark an, und zwar von etwa 8 Prozent der Weltbevölkerung 2019 beziehungsweise 640 Millionen Menschen auf ungefähr 10 Prozent oder 800 Millionen Menschen 2020, also ein Anstieg um etwa ein Fünftel oder fast 160 Millionen Menschen. Bis November 2021 sind die Preise für Grundnahrungsmittel gegenüber dem Durchschnittspreis 2020 um 37 Prozent gestiegen. Das verheißt auch für 2021 nichts Gutes, auch 2021 dürften Unterernährung und Hunger weiter zugenommen haben. Bereits in einem im Januar 2021 erschienenen Bericht schätzte Oxfam, dass durch Corona beziehungsweise die politischen Maßnahmen dazu Ende 2020 mindestens 6.000 Menschen zusätzlich pro Tag an Hunger sterben würden. Viele davon dürften Kinder sein. Im September 2020 sagte der damalige Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU): „An den Folgen der Lockdowns werden weit mehr Menschen sterben als am Virus“. Ein wahres Wort. 2021 dürfte es angesichts der stark gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel und der zunehmenden Armut in Unterschichten nicht besser geworden sein.

Was kommt auf uns zu? Möglicherweise drohen 2022 hungerbedingte Unruhen wie 2007 während der Tortilla-Krise in Mexiko oder Aufstände wie der Arabische Frühling ab 2010, der durch Zorn über stark gestiegene Grundnahrungsmittelpreise mitausgelöst wurde. Diese besorgniserregenden sozialen Entwicklungen treffen auf einen historisch einzigartig hohen Schuldenberg. Der IWF berichtete am 15. Dezember 2021, dass die weltweiten Schulden 2020 dramatisch angestiegen seien und mit 226 Billionen US-Dollar beziehungsweise 256 Prozent des Weltsozialprodukts einen neuen Rekord aufgestellt hätten. Das heißt, die Lasten der von den Regierungen ergriffenen Corona-Maßnahmen wurden stark in die Zukunft verschoben, es wurde zu Lasten der nächsten Generation gelebt, die unsere Schulden eines Tages zurückzahlen soll. Falls aufgrund der weltweit zunehmenden Ungleichverteilung, steigender Lebensmittelpreise und wachsenden Hungers 2022 Unruhen, Proteste und Aufstände in größerem Umfang stattfinden, könnte dies schnell Rückwirkungen auf die internationalen Finanzmärkte haben und auch bei uns eine Finanz- und Wirtschaftskrise auslösen

Wo geht es hier zum Metaverse?

zeit.de

Jakob von Lindern

20.03.2022

Mark Zuckerberg schwärmt für das Internet der Zukunft: das Metaverse. Was er dabei zu erwähnen vergisst: Facebooks heutige Probleme könnten sich dort wiederholen. Es gibt viele Dinge, die Facebook angehen könnte: Desinformation, Gewalt und Hass auf der eigenen Plattform, Radikalisierung, intransparente Algorithmen.

Und Mark Zuckerberg? Redet lieber über das Metaverse. Auf der Techkonferenz South by Southwest (SXSW) durfte der Facebook-Gründer 50 Minuten lang von dieser Idee des Internet+, das die digitale und analoge Welt verschmelzen soll, schwärmen. Und damit fast nebenbei durchgängig für die neue Vision seines Unternehmens Meta, formerly known as Facebook, werben. "Ich glaube, bevor wir die neue Marke eingeführt haben, haben die Leute das als einen sehr sekundären Teil von dem gesehen, was wir getan haben, verglichen mit dem ganzen Social-Media-Zeug", sagte Zuckerberg bei seinem Auftritt auf der SXSW. "Aber bei der Meta-Vision geht es darum, eine Flagge in den Boden zu stecken und das, was wir tun, noch weiter in die Zukunft zu schieben und zu sagen: Ok, wir werden uns nicht in Trippelschritten in Richtung Metaverse bewegen." Das Metaverse ist das, was den Unternehmen aus dem Silicon Valley derzeit neue Hoffnung verleiht. Auf der SXSW, einem der wichtigsten Branchentreffen überhaupt, gibt es Dutzende Vorträge, die davon handeln, dass im Metaverse die Zukunft der Mode, der Arbeit, der Kunst, des Gamings, ja der Gesellschaft liegt. Mark Zuckerberg möchte offenbar als einer der Gründerväter dieser neuen virtuellen Welt – oder Welten – in die Geschichte eingehen. Er hat den Begriff des Metaverse zwar nicht erfunden, aber mit der Umbenennung seines Unternehmens sehr zu dessen Bekanntheit beigetragen. Dabei bleibt vieles an der Idee Metaversum nach wie vor vage. Es gehe darum, "sich wirklich präsent zu fühlen" in digitalen Umgebungen, sagte Zuckerberg. Heute blicke man auf das Internet, "in der Zukunft wirst du drin sein". Hologramme, virtuelle Besprechungsräume, Augmented-Reality-Brillen, die eine digitale Informationsschicht auf die analoge Welt legen. Das gehört irgendwie alles zum Metaverse. Oder zu den Metaversen. Es herrscht keine Einigkeit darüber, ob eigentlich alle zusammen ein Metaversum erschaffen oder ob es verschiedene Metaversen geben soll. Bisher sieht Zuckerbergs Metaverse nach Die Sims in VR aus. Das Produkt, mit dem man das Meta-eigene Metaverse betreten kann, heißt Horizon Worlds und ist eine bunte, comic-hafte virtuelle Realität, durch die man sich auf dem unternehmenseigenen VR-Headset Oculus manövrieren kann. In Zukunft, sagt Zuckerberg, sehe er das Metaverse als neue Version des Internets: als Infrastruktur, auf der jeder alles Mögliche aufbauen kann.

Er und sein Unternehmen Meta wollen die grundlegenden Technologien zur Verfügung stellen. So erklären Techvordenker auch gerne, warum es ein wenig schwierig ist, ein klares Bild vom Metaverse der Zukunft zu zeichnen. In den Neunzigerjahren fragten sich schließlich auch viele Menschen, was man denn nun eigentlich anfangen sollte mit diesem weltweiten Netz. Neue Welten sind auch und vor allem, daraus macht Zuckerberg gar keinen Hehl, neue Märkte. "Das wird eine neue Wirtschaft schaffen, die hoffentlich viele Millionen Arbeitsplätze schaffen wird", sagte er. Dass Meta einen Weg findet, daran mitzuverdienen, darf man durchaus vermuten. Die einzelnen Anwendungen, Spiele, Unterhaltung oder Produktivitätstools, sollen aber auch andere, die creators, produzieren. Dazu gehöre auch Mode, schließlich sei es Menschen wichtig, sich persönlich auszudrücken. Modemarken könnten also in Zukunft digitale Kleidung oder Accessoires designen und für Geld verkaufen. Einige Firmen wie Hugo Boss oder Balenciaga experimentieren bereits mit solchen Anwendungen. Das ist auch der Punkt, an dem das Metaverse mit dem Web3 verknüpft ist. Per Blockchain-Technologie kann festgeschrieben werden, dass ein digitales Gut einer bestimmten Person gehört. Somit sollen Nutzerinnen und Nutzer ihre virtuellen Kleider oder andere Güter nicht nur innerhalb einer Anwendung besitzen, wie das schon heute etwa in Spielen möglich ist, in denen man für echtes Geld sogenannte Skins kaufen kann, mit denen die Spielfigur ihr Aussehen verändert. Stattdessen sollen die Metaverse-Verkleidungen von einer Anwendung in die nächste mitgenommen werden können. Interoperabilität sei sehr wichtig, sagt Zuckerberg.

Ob das dann nur für unterschiedliche Anwendungen innerhalb des Meta-Metaverse gilt oder ob man seine digitalen Klamotten zum Beispiel auch im Metaverse eines anderen Konzerns anziehen kann, ist unklar. Zuckerberg ist nicht der Einzige, der aufs Metaverse setzt. Auch Microsoft verschreibt sich voll dieser neuen Vision. Durch die Umbenennung seiner Firma hat Zuckerberg es aber geschafft, dass praktisch immer, wenn über das Metaverse gesprochen wird, sein Name fällt. Nicht selten allerdings mit einem spöttischen Unterton.

Customer Experience 2022: Diese Trends sollten Onlinehändler im Blick haben

internetworld.de

Judith Oberdorf

21.12.2022

Customer Experience entwickelt sich für Unternehmen immer mehr von der Kür zur Pflicht, um im digitalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. zenloop nennt drei Trends, auf die sich Marketers hinsichtlich Customer Experience im Jahr 2022 einstellen sollten. In Zeiten, in denen das nächste Angebot für Konsument:innen nur einen Mausklick entfernt ist, entwickelt sich das Thema Customer Experience für Unternehmen immer mehr von der Kür zur Pflicht, um im digitalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Die Corona-Pandemie, die uns seit nun knapp zwei Jahren beschäftigt, hat diesen Wandel durch sich rasant veränderndes Kaufverhalten der Kund:innen noch einmal beschleunigt. Wie sehen also die Entwicklungen aus, auf die sich Marketers hinsichtlich Customer Experience im Jahr 2022 einstellen sollten?

1. Customer Centricity: Vom Buzzword zur kundenzentrierten Organisation: Wie schon viele Trends im Marketing zuvor - denken wir beispielsweise an Agile Marketing oder Artificial Intelligence -, können wir beobachten, dass auch das Thema Kundenzentrierung immer mehr von seiner eigentlichen Bedeutung zur sinnentleerten Worthülse verkommt. Unternehmen werben mit ihrer kundenzentrierten Ausrichtung, ohne Prozesse implementiert zu haben, die Kund:innen wirklich in den Mittelpunkt stellen. Ein Trend im kommenden Jahr wird es sein, genau diesen Wandel tatsächlich umzusetzen. Ein Weg, der sich in der Praxis etabliert hat, ist die Ernennung eines CX Steering Committees. Dabei handelt es sich um ein abteilungsübergreifendes, interdisziplinäres CX-Team - beispielsweise bestehend aus Team Leads -, welches mit der Aufgabe betraut ist, die Voice of the Customer in die einzelnen Departments zu tragen und greifbare Projekte anzustoßen, um die Customer Experience zu verbessern. Damit diese Projekte nicht als Nice-to-haves versanden, gilt es darüber hinaus, Customer-Experience-Kennzahlen auf Managementebene der Organisation - beispielsweise in den strategischen Company-OKRs - zu verankern und so auch das C-Level mit in die Verantwortung zu ziehen, CX die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Ein interessanter Use Case, mit dem der E-Commercler expando Erfolge bei der Kundenzentrierung verzeichnen konnte, sind zwei auf Kundenbedürfnisse ausgerichtete interne Meeting-Formate: Leader's Muse sowie Customer Universe. Bei der Initiative Leader's Muse kommen einmal pro Monat alle Mitglieder des Leadership-Teams zusammen und telefonieren mit Kund:innen. Die Quintessenz der Kundentelefonate wird in Folge in konkrete Action Items überführt und Projekt-Ownern aus dem Leadership-Team zugeordnet. Das Ziel dieses qualitativen Formats: Ein Gefühl für die konkreten Bedürfnisse der Kund:innen erlangen und gleichzeitig Bewusstsein auf Leadership-Ebene für das Thema Kundenzufriedenheit schaffen. Beim Meeting-Format Customer Universe, welches ebenfalls auf Leadership-Level stattfindet, geht das Team einen datenbasierten Weg und analysiert verschiedene BI- und zenloop-Reports mit kundenorientierten Metriken. So hat beispielsweise jeder Touchpoint - zu den wichtigsten für expando zählen nach dem Checkout, nach der Lieferung sowie nach Produktnutzung - ein NPS-Ziel. Wird der Benchmark an einem Touchpoint nicht erreicht, werden in Folge Verantwortlichkeiten festgelegt, um die Ursachen im jeweiligen Team und Fallstricke entlang der Customer Journey zu beheben.

2. Kundenzufriedenheit nicht nur messen, sondern schnell darauf reagieren: Eine Studie, die zenloop gemeinsam mit der Handelshochschule Leipzig durchgeführt hat, kam zum Ergebnis, dass Unternehmen zwar häufig bereits gut darin sind, Kundenzufriedenheit zu messen, aber die gewonnenen Daten dabei nicht optimal genutzt werden. Während beispielsweise zwei Drittel Kundenfeedback nutzen, um Verbesserungen bei den Produkten bzw. im Service anzustoßen, verwendet nur ein Drittel das Feedback, um unzufriedene Kund:innen zu identifizieren - und das, obwohl hier das größte Potenzial bei der Customer Retention läge. Auf begeisterte Kund:innen, die für die Weiterempfehlung des eigenen Unternehmens genutzt werden können, greifen nur 24 Prozent zurück und knapp jedes zehnte Unternehmen nutzt das gewonnene Kundenfeedback überhaupt nicht. Ein Trend in 2022 wird es sein, mit den gewonnen Einblicken nicht nur langfristige Verbesserungen am eigenen Produkt oder Service in die Wege zu leiten, sondern schnell und individualisiert auf Feedback einzelner Kund:innen zu reagieren und sie am Abwandern zu hindern beziehungsweise für Word of Mouth nutzen. Gerade bei der Bindung von Kund:innen, die gerade ein negatives Erlebnis hatten, ist das Zeitfenster für eine Rückgewinnung klein und eine schnelle Reaktion das A und O. Schlüssel dessen ist Technologie, die ermöglicht, unzufriedene Kund:innen rechtzeitig zu erkennen und auf ihre Bedürfnisse zu reagieren - und das in Zukunft auch unabhängig vom Kanal, auf dem sie ihr Feedback hinterlassen. Das Credo lautet hier: Hol du deine Kund:innen da ab, wo sie sich aufhalten - nicht umgekehrt.

3. CX als Motivation für Mitarbeitende: Ein weiterer Trend für das kommende Jahr wird es sein, Mitarbeitenden Kundenfeedback sichtbar zu machen, um sie zu motivieren und incentivieren. Die Praxis zeigt, dass dies einen positiven Einfluss auf die Mitarbeitermotivation hat, da alle verstehen, "wie Kund:innen ticken" und welchen Einfluss ihre Arbeit hat.

Hohe Spritpreise: USA wollen große Mengen Öl abstoßen

stern.de

(ohne Autorenangabe)

31.03.2022

Die USA drehen den Ölhahn auf. Präsident Biden will rund 180 Millionen Barrel Rohöl freigeben. Damit soll dem Preisanstieg infolge des Kriegs in der Ukraine begegnet werden.

Angesichts hoher Benzinpreise infolge des Ukraine-Kriegs will die US-Regierung aus ihrer strategischen Reserve massive Mengen Rohöl verkaufen, um den Marktpreis zu drücken. Die Regierung werde für die nächsten sechs Monate jeden Tag durchschnittlich eine Million Barrel Rohöl freigeben, erklärte das Weiße Haus. Das entspräche einer Menge von rund 180 Millionen Barrel (je 159 Liter), was umgerechnet rund 29 Milliarden Liter wären. Es sei die «größte Freigabe der Ölreserven in der Geschichte», hieß es. Die Freigabe werde «sehr bald» beginnen, sagte ein Vertreter der Regierung. Die Ölpreise fielen schon nach der angekündigten Freigabe stark. Ein Barrel der Nordseesorte Brent kostete zuletzt 108,21 US-Dollar. Das waren 5,24 Dollar weniger als am Vortag.

Gleichzeitig kündigte die US-Regierung neue Maßnahmen an, um die heimische Ölproduktion anzukurbeln. «Diese Rekord-Freigabe wird eine historische Angebotsmenge liefern, die bis zum Jahresende als Brücke dienen wird, bis die heimische Produktion vergrößert wird», erklärte das Weiße Haus. Die Freigabe aus der Ölreserve sei mit internationalen Partnern abgesprochen worden. Das Weiße Haus rechnet bis zum Jahresende mit einer Erhöhung der heimischen Produktion um rund eine Million Barrel pro Tag.

Biden unter Druck

Biden steht angesichts der hohen Inflationsrate in den USA und den stark gestiegenen Benzinpreisen zunehmend unter Druck - und das rund sieben Monate vor den wichtigen Kongresswahlen, bei denen seine Demokraten ihre Mehrheit verteidigen wollen. Für den Anstieg der Benzinpreise macht das Weiße Haus nun direkt den russischen Präsidenten Wladimir Putin verantwortlich. «Die Amerikaner sehen an der Tankstelle wegen Putins Preiserhöhung steigende Preise», erklärte das Weiße Haus. Seit Beginn des Jahres sei der Preis pro Gallone (knapp 3,8 Liter) um rund einen US-Dollar auf derzeit durchschnittlich 4,20 Dollar gestiegen (3,80 Euro). Biden sei entschlossen, «alles in seiner Macht stehende zu tun, um Amerikas Familien zu helfen, die nun mehr zahlen müssen», hieß es weiter.

Bei der strategischen Erdölreserve handelt es sich um einen Notvorrat, der den Zugang zu Erdöl im Falle von Naturkatastrophen oder bei Krisen der nationalen Sicherheit gewähren soll. Die Reserve wird vom Energieministerium verwaltet und kann maximal bis zu 727 Millionen Barrel fassen. Zuletzt hatten die USA Anfang März angekündigt, in Absprache mit der Internationale Energieagentur (IEA) rund 30 Millionen Barrel aus der Reserve freizugeben. Auch nun soll es zusätzliche Ölfreigaben der Partner geben, hieß es. Nach Beginn des Kriegs in der Ukraine verboten die USA den Import von russischem Rohöl und Erdölprodukten, was das Angebot verknappte und Preise weiter steigen ließ. Bereits im November hatte die Regierung angesichts der hohen Inflationsrate und einer hohen Nachfrage bei global kaum steigendem Angebot die Freigabe von 50 Millionen Barrel aus der Reserve angekündigt, um Spritpreise zu senken. Ein Interesse an niedrigen Ölpreisen haben vor allem große Verbrauchsländer wie die USA, China und EU-Staaten. Große Förderländer wie Saudi-Arabien oder Russland haben hingegen ein vitales Interesse an höheren Ölpreisen.

Opec+ hält an vorsichtiger Förderstrategie fest

Die von den beiden Produzenten dominierte Ölallianz Opec+ erklärte denn auch am Donnerstag, die Förderung solle nur moderat erhöht werden. Die Produktion werde im Mai um weitere 432.000 Barrel täglich ausgeweitet, teilten die 20 Staaten des Öl-Kartells mit. Damit hält der Verbund trotz des Kriegs an dem Förderplus auf dem Niveau der vergangenen Monate fest. Es seien vor allem geopolitische Gründe und keine gestiegene Nachfrage für den zuletzt hohen Ölpreis verantwortlich, begründeten sie ihren Schritt. Damit sind kaum Auswirkungen auf den Preis für Heizöl und Benzin zu erwarten. Das Weiße Haus kündigte zudem an, Biden wollen seinen Plan beschleunigen, die USA unabhängig von ausländischen Energiequellen zu machen. Um den Bau von Batterien zu beschleunigen, will Biden demnach auch ein Gesetz anwenden, das die Produktion und Verarbeitung der dafür nötigen Rohstoffe wie etwa Lithium, Nickel und Kobalt in den USA beschleunigen und priorisieren würde.

Das Gesetz aus Kriegszeiten - das zuletzt im Rahmen der Pandemie zum Beispiel zur Sicherung von Rohstoffen für die Impfstoffproduktion angewendet worden war - könnte auch noch in weiteren Bereichen zum Einsatz kommen, um die Versorgungssicherheit zu garantieren, hieß es.

Bayer-Chef Baumann: Wir müssen sofort handeln, um eine Hungerkrise zu verhindern

faz.de

Werner Baumann

21.03.2022

Die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Nahrungsmittelkrise erfordert, dass wir unmittelbar reagieren. Sechs Punkte sind zentral. Während die Menschen in der Ukraine mit einem anhaltenden Albtraum konfrontiert sind, hat die russische Invasion eine globale Nahrungsmittelkrise in Gang gesetzt, die unser sofortiges Handeln erfordert. Schon zuvor musste das globale Ernährungssystem mit starken Rückschlägen zurechtkommen. Die Lage war wegen der Pandemie, Wetterphänomenen und relativ schwachen Ernten in Afrika und Lateinamerika schon zuvor angespannt. Rekordpreise für Lebensmittel in ärmeren Ländern oder steigende Kosten für Landwirte bei Energie und Dünger sind die Folge. Jetzt, mit dem verheerenden Krieg in der Ukraine, droht eine massive Unterbrechung der Versorgung – mit schwerwiegenden Folgen für Millionen von Menschen. Der Markt allein wird diese unmittelbaren Auswirkungen der russischen Aggression auf das globale Nahrungsmittelsystem nicht lösen. Wir brauchen so schnell wie möglich gemeinsame Sofortmaßnahmen, um eine humanitäre Krise zu verhindern. Nach Berechnungen des Welternährungsprogramms leiden derzeit 276 Millionen Menschen an Hunger, davon stehen 44 Millionen in 38 Ländern an der Schwelle zum Hungertod. Die Auswirkungen des Krieges könnten diese Zahlen verdoppeln. Die Ukraine gilt als Kornkammer der Welt, aber die Lage der Landwirtschaft vor Ort ist mehr als ungewiss: In weiten Teilen wird gekämpft. Die Infrastruktur ist beschädigt. Die Häfen sind blockiert. Niemand weiß, ob sich die Konfliktzonen auf die landwirtschaftlichen Gebiete ausweiten. Wenn die ukrainischen Landwirte jetzt nicht pflanzen können, wird die Ernte im Sommer deutlich geringer ausfallen und die Weltmarktpreise weiter in die Höhe treiben. Schon jetzt sehen wir, dass die ägyptische Regierung den Ankauf von Getreide abbricht, weil man sich die aktuellen Rekordpreise nicht leisten kann. Anhaltende Dürren in der Region verschärfen das Problem. Dazu kommt das aktuelle Wetterphänomen La Niña. Wenn es sich so wie vor zehn Jahren entwickelt, werden die Ernten noch schlechter ausfallen.

In dieser Situation müssen Unternehmen, Regierungen und internationale Organisationen entschlossen handeln: **1. Unterstützung der Ukraine:** Wir müssen bei der akuten Nahrungsversorgung der Menschen helfen. Zudem müssen wir die Arbeit der ukrainischen Landwirte so weit wie möglich unterstützen. März und April sind dort die wichtigsten Monate, um Saatgut auszubringen und Düngemittel zu verwenden. **2. Vorrang für die Nahrungsversorgung:** Auch Russland ist ein wichtiger Exporteur für die weltweite Nahrungsversorgung, was die internationale Gemeinschaft in ein fast unlösbares Dilemma zwingt: die Notwendigkeit strenger Sanktionen gegen Russland und gleichzeitig die Notwendigkeit, das Niveau der Nahrungsmittelproduktion aufrechtzuerhalten. Ich unterstütze strenge Sanktionen, fordere aber auch, unbeabsichtigte Folgen für die globale Versorgung zu vermeiden. **3. Internationale Zusammenarbeit:** Alle Akteure im Nahrungsmittelsektor sollten die globale Versorgung unterstützen und nicht nur auf eigene Interessen achten. Das ist etwa ein Appell an Regierungen, die über volle Getreidevorräte verfügen und diese auf den Markt bringen sollten. Es ist genauso ein Appell an globale Unternehmen, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und die Krise nicht auszunutzen. **4. Fokus auf Kleinbauern:** In Entwicklungsländern sorgen Subsistenzlandwirte für etwa 80 Prozent der verfügbaren Lebensmittel. Angesichts ihrer Bedeutung für die Welt müssen Regierungen und Unternehmen sicherstellen, dass Kleinbauern umfassende Unterstützung erhalten, um ihre landwirtschaftliche Produktion zu steigern. **5. Nachhaltige Intensivierung:** Ich halte nichts davon, den EU Green Deal infrage zu stellen. Die Klimakrise ist nicht weg, sondern trägt im Gegenteil entscheidend zur globalen Nahrungsmittelkrise bei. Deshalb ist es gerade jetzt an der Zeit, frei von Ideologien und Emotionen, faktenbasiert und entschlossen zu agieren. Die Lösung ist aus meiner Sicht klar: Wir brauchen eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft. Und wir müssen in Deutschland anfangen, größer zu denken. Beim Ziel der Nahrungssicherheit wie bei der Klimaneutralität geht es nicht um 80 Millionen Menschen, sondern um 8 Milliarden. **6. Biologische Alternativen beim Dünger vorantreiben:** Die aktuelle Knappheit von Dünger und die Abhängigkeit von Russland bei dessen Produktion gefährden die weltweite Versorgung. Stickstoffdünger ist die Basis für etwa 40 Prozent der globalen Nahrungsmittel, aber auch für etwa 4 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen. Deshalb muss klar sein: Die Landwirtschaft von heute braucht Kunstdünger, aber die Zukunft braucht biologische Alternativen. Wie bei der Energieproduktion ist es beim Dünger ein ökologisches, ökonomisches und nun auch geopolitisches Gebot, auf biologische Verfahren zu setzen. Die Uhr tickt. Mit jedem Tag, an dem der Krieg weitergeht, wird sich die Hungerkrise weiter verschärfen. Dies ist nicht der Moment für lange Diskussionen oder ideologische Vorbehalte, sondern für breit angelegte Maßnahmen, um eine Katastrophe zu verhindern.

Kampf der Kulturen

novo-argumente.com

Detlef Brendel

04.08.2021

Freie Gesellschaften leben von einer Diskussionskultur, deren Voraussetzung gegenseitiger Respekt ist. Cancel Culture und bevormundende Sprachpolitik kündigen dieses respektvolle Verhältnis auf. Es liegt im Wesen einer auf Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt basierenden demokratischen Gesellschaft, dass ihre Prinzipien verteidigt werden müssen, weil sie wegen eben dieser Vorzüge nie ungefährdet ist. Besorgt wird auf die politisch rechte Seite gesehen, ob von dort Gefahr droht. Ebenso argwöhnisch wird das politisch linke Spektrum beobachtet und analysiert. Zusätzlich gibt es, wo auch immer diese zu verorten sind, Verschwörungstheoretiker, Wutbürger und andere Unruhestifter mehr, die als mögliche Risiken verdächtigt werden können. Diese konventionellen Blickwinkel und Betrachtungen reichen heute nicht mehr aus, um die Bedrohungen des öffentlichen Diskurses zu erkennen, die sich unabhängig von der gewohnten Rechts-Links-Systematik entwickeln. Es sind nicht nur die offenen politischen Auseinandersetzungen, die durchaus legitim das Klima der Demokratie prägen, sondern die Art und Weise, wie sich die Praxis der Auseinandersetzungen in der Gesellschaft entwickelt hat. Der Diskurs beginnt der Agitation zu weichen. Dynamisch entwickelt sich hier eine Spaltung. Daher müssen wir auch Entwicklungen in Frage stellen, die aktuell als modern und fortschrittlich gelten. Die traditionelle Analyse versperrt den Blick auf signifikante Veränderungen in der Gesellschaft, die sich unabhängig von tatsächlichen oder gefühlten Parteizugehörigkeiten entwickeln. Die wirklichen Risiken entstehen nicht an den Rändern des politischen Spektrums, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Dort beobachten wir einen moralisch aufgeladenen Stellungskrieg, bei dem sich alle Seiten immer tiefer in ihren Schützengräben verschanzen. Diejenigen, die sich als die Guten fühlen, stehen den Bösen, die sich ebenfalls für Gute halten, gegenüber. Wer zu den Bösen gehört, wird jeweils von den Guten definiert. Themen werden zunehmend dadurch bestimmt, wer sich von wem benachteiligt, beleidigt, angefeindet, diskriminiert oder herabgesetzt fühlt. Emotionalität dominiert über Rationalität. Die Gefahr dieser Auseinandersetzungen liegt darin, dass sie so subjektiv sind. Individuelle Empfindungen, Meinungen oder Interpretationen einzelner dürfen nicht zu einer normierenden Beschränkung aller werden. Sonst wird ein Klima der Unsicherheit geschaffen, das die notwendige Freiheit der demokratischen Meinungsbildung und den rationalen gesellschaftlichen Diskurs behindert sowie eine weitreichende Zensur fördert. Die besondere Gefahr dieser mentalen Entwicklung besteht darin, dass die neuen Spielregeln auf den ersten Blick positiv und zustimmungsfähig erscheinen. Gendergerechte Sprache, politisch korrektes Verhalten, die Vermeidung von eventuell als Diskriminierung zu empfindenden Formulierungen – das dient doch hehren Zielen. Oder nicht? Wir müssen uns mit Political Correctness, mit Genderismus, der Umgestaltung und Überwachung von Sprache, den überall lauenden Fallen einer möglichen Diskriminierung und mit Phänomenen wie Cancel Culture beschäftigen, um die tatsächlichen Gefährdungen zu erkennen. Der Begriff Cancel Culture ist dabei falsch und irreführend. Er signalisiert, dass dieses Vorgehen etwas mit Kultur zu tun hat. Das Gegenteil ist der Fall. Cancel Culture ist eine brutale Einschränkung von Menschen und Kultur, die weit entfernt ist von Moral, Anstand und Sittlichkeit. Aber der Begriff Kultur ist dehnfähig. Ein Behältnis mit Seife und Zahnbürste gilt auch als Kulturbeutel. Verstehen wir Kultur als Summe menschlicher Leistungen, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft prägen, insbesondere auch Sprache und Kunst, ist die Agitation durch Diskriminierung, Blockade und Bedrohung keine Leistung, sondern pure Destruktion. Die Kommunikation in der spezifischen Form des Hineinpostens von Meinungen isoliert am Computer sitzender Individuen in die sozialen Medien, das anonyme Liken und die Bildung von Schwarmverhalten in virtuellen Netzen fördern die Verfestigung vorgefasster und in Häppchen dargebotener Meinungen und die Polarisierung. Diese Entwicklung den Online-Medien anzulasten, greift zu kurz. Diese Plattformen begünstigen das Verhalten. Verantwortlich für die Inhalte und die neue Form der Massenkommunikation sind und bleiben allerdings die Nutzer. Es sind deren Verhaltensweisen, die der Konfrontation den Vorzug gegenüber dem Dialog geben. Die zu einer Demokratie gehörende gesunde Streitkultur, der Schlagabtausch mit Argumenten statt mit Vorwürfen, wird pervertiert. Der Kulturkampf darüber, welche Wörter verwendet werden dürfen und ob in der Mitte eines Wortes der Doppelpunkt zu stehen hat, nimmt zu. Ein gutes Beispiel ist der vom Berliner Senat vorgelegte „Leitfaden für Mitarbeitende der Berliner Verwaltung zum diversitysensiblen Sprachgebrauch“. Dieses Diktat im Sinne einer kaum noch nachzuvollziehenden Political Correctness treibt seltsame Blüten. Der Begriff „Asylbewerber“, eigentlich eine sinnvolle Beschreibung des Status der betroffenen Menschen, soll künftig durch „Schutzbedürftige“ oder „geschützte Personen“ ersetzt werden. Geschützt sollte eigentlich jeder Bundesbürger sein. Auch „Ausländer“ wird es künftig nicht mehr geben. Wie feinsinnig doch die Vermutung einer möglichen Diskriminierung ist. Diese werden nun als „Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft“ bezeichnet. Eindrucksvoll dokumentiert diese Terminologie, dass bei der krampfhaften Suche nach nichtdiskriminierenden Begriffen der eigentliche Zweck, die verständliche Benennung, hinter eine zweite Absicht, das Signalisieren von Wertvorstellungen, zurücktritt.

Die junge Generation lässt sich nicht hinter die Fichte führen

sueddeutsche.de

Michael Bauchmüller

24.09.2021

Von denen, die an diesem Freitag friedlich für das Klima durch die Straßen ziehen, werden viele am Sonntag nicht wählen können. Und die, die es können, sind noch in der Minderheit: Auch bei dieser Bundestagswahl sind jene in der Mehrheit, die nichts oder nicht mehr viel zu verlieren haben - nicht jene, deren lebenswerte Zukunft auf dem Spiel steht.

Und doch haben die Fridays for Future in den knapp drei Jahren ihres Bestehens mehr für den Klimaschutz erreicht als alle Wähler zusammen. Sie haben die Koalition zu einem Klimaschutzgesetz gebracht, das die Union so nie wollte. Sie haben vor dem Bundesverfassungsgericht - auch als Kläger - die Rechte künftiger Generationen erstritten; mit einem Urteil, das alle künftigen Regierungen noch beschäftigen wird. Und sie haben dafür gesorgt, dass dieser Wahlkampf so sehr vom Kampf gegen die Klimakrise beherrscht war wie keiner zuvor.

Allerdings hat auch ebendieser Wahlkampf bewiesen, dass es damit nicht getan sein wird. Klimaschutz ist für die meisten Parteien, namentlich die beiden größten, immer noch ein moderat gestimmtes Wohlfühlprogramm, in dem entweder milliarden schwere Investitionen oder die grenzenlose Innovationskraft der Unternehmen die Wende bringen sollen. Nichts gegen Tüftler und Ingenieurinnen: Aber viele der Innovationen, die nun binnen 24 Jahren das Klima retten sollen, sind schon seit vielen Jahren bekannt. Durchgesetzt haben sie sich bisher trotzdem nicht.

Eine Klimapolitik, die außer höheren Preisen für CO₂ am täglichen Leben nichts verändert, die keine Vorgaben dafür macht, wie sich dieses Land in den kommenden zehn, zwanzig Jahren entwickeln soll - eine solche Klimapolitik kann nicht gelingen. Und wer das suggeriert, der will letztlich die Wählerinnen und Wähler hinter die Fichte führen - in der Hoffnung, dass sich das Thema nach der Wahl schon irgendwie erledigen wird.

Es wird noch viele solcher Freitage geben müssen, ganz gleich, wie die Wahl ausgeht und welche Koalition anschließend regiert. Jede neue Regierung wird weiter den Druck der Schülerinnen und Schüler brauchen, soll sie die Belange künftiger Generationen mitdenken: Sei es beim Ausbau erneuerbarer Energien; bei der Gestaltung einer klimafreundlichen Mobilität, die sachte auch die deutsche Autoindustrie in die postfossile Zukunft führt; beim Umbau der Landwirtschaft und der Wiederbelebung der Moore; und nicht zuletzt übrigens auch bei der Solidarität mit jenen, die für den Klimawandel am wenigsten können, aber am stärksten darunter zu leiden haben. In den Wahlprogrammen findet sich zu all dem einiges. Aber der Weg vom großen Wort zur großen Tat ist mitunter weit.

Wie weit, das hat auch dieser Wahlkampf gezeigt. Denn mit großer Leidenschaft wurde, auch in den Medien, über die Kosten des Klimaschutzes gestritten. Es sieht ganz so aus, als würden viele Eltern und Großeltern, die für ihre Kinder und Enkelkinder noch ihr letztes Hemd opfern würden, die Taschen zuhalten, wenn es um so etwas Abstraktes wie "künftige Chancen" geht. Die Katastrophen sind schließlich noch fern. Scheinbar fern, wie die Fluten dieses Sommers gezeigt haben.

"Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!" - das ist mehr als ein gut gereimter Demo-Spruch. Dieser Diebstahl ist leider die Wahrheit, doch diese Diebe brauchen auch dringend Hilfe: Es handelt sich um Kleptomanie. Ohne weiteren Druck kommen sie nicht davon los.

Diakonie fordert geschützte Bereiche für Frauen aus der Ukraine

sueddeutsche.de

Thomas Anlauf

31.03.2022

Sie haben die Hölle hinter sich - Bombeneinschläge in Wohnhäusern und in Kliniken, sie haben ihre Männer und Verwandte zurücklassen müssen im Krieg und sind nach Westen geflüchtet. Die Flucht aus der Ukraine und die Erinnerungen an ihre zerstörte Heimat haben viele traumatisiert.

In den vergangenen Wochen sind weit mehr als 23 000 Menschen aus den Kriegsgebieten in München angekommen, in der Fremde. Meist werden sie herzlich aufgenommen, Tausende ehrenamtliche Helfer, Hilfsorganisationen und Privatleute unterstützen die oftmals jungen Frauen und ihre Kinder.

Doch die Diakonie warnt nun eindringlich davor, dass sie in der vermeintlichen Sicherheit Opfer von Menschenhändlern, von Missbrauch, Ausbeutung und Zwangsprostitution werden können. "Frauen, die aus einer Krisensituation in ein fremdes Land kommen, sind oft hilflos und verzweifelt und deshalb besonders gefährdet", sagte am Mittwoch die sozialpolitische Vorständin der Diakonie Deutschland, Maria Loheide, bei einem Pressegespräch in München.

Sie fordert besonders in dieser akuten Situation, dass vor allem an den großen Ankunftsbahnhöfen für Geflüchtete wie München und Berlin gesonderte geschützte Bereiche für Frauen eingerichtet werden. In München gibt es bislang den AnkunftsBereich der Caritas, an dem sich die Geflüchteten zwar informieren, sich aber nicht ausruhen oder betreut werden können. "Es braucht hier eine spezialisierte Beratung", fordert Loheide. Auch eine hohe Polizeipräsenz gerade am Bahnhof sei wichtig, um die Ankommenden vor Menschenhändlern zu schützen. Dabei ist den Wohlfahrtsverbänden bewusst, dass Ausbeutung und Zwangsprostitution vor allem im privaten Raum stattfinden dürften. "Wir hoffen und erwarten deshalb, dass alle registriert werden, auch in privaten Unterkünften", sagt die Bundesvorständin der Caritas. In München werden die Ankommenden dazu aufgerufen, sich schnellstmöglich zu registrieren. Doch laut Isabel Schmidhuber vom Evangelischen Hilfswerk in München "müssen sie zum Teil noch immer lange anstehen", obwohl die Zahl der Geflüchteten, die hier Schutz suchen, seit Tagen rückläufig ist. Es sei aber auch wichtig, dass Menschen, die Wohnungen für Geflüchtete anbieten, ebenfalls registriert werden. Somit könnten Missbrauchsfällen besser vorgebeugt werden.

Da sich Geflüchtete aus der Ukraine die ersten 90 Tage nach ihrer Ankunft in Deutschland nicht registrieren lassen müssen, ist völlig unklar, wie viele Menschen aus dem Kriegsgebiet sich in München insgesamt aufhalten. Lediglich diejenigen, die mit Zügen am Hauptbahnhof ankommen, könne man zählen, sagt Schmidhuber. Dazu kommen aber viele, die mit dem eigenen Auto oder mit Bussen oder privaten Hilfsorganisationen in die Stadt kommen.

Wie viele Geflüchtete aus der Ukraine seit Ausbruch des Krieges bereits Opfer von Ausbeutung oder Zwangsprostitution geworden sind, ist nicht bekannt. Die Fachberatungsstelle Jadwiga in München sowie die auf Prostitution spezialisierten Beratungsstellen Mimikry und Marikas befürchten jedoch, dass die Zahl der Frauen aus der Ukraine, die ausgebeutet werden oder in ihrer Not zwangsweise der Prostitution nachgehen, in den kommenden Wochen stark steigen könnte. Jadwiga hat kürzlich eine Informationsbroschüre auch auf Ukrainisch herausgegeben, worin wichtige Sicherheitshinweise speziell für Frauen aufgelistet sind, die private Unterkünfte suchen: Darin rät die Beratungsstelle zum Beispiel, das Autokennzeichen des Anbieters zu fotografieren, bevor man einsteigt - und das Bild an eine Vertrauensperson zu schicken. Wer eine Wohnung oder ein Zimmer angeboten bekommt, solle sich den Ausweis zeigen lassen und sich Name und Adresse aufschreiben. Schließlich hätten die ukrainischen Geflüchteten das Recht, sich unter dieser Adresse anzumelden und dann von der Stadt auch finanzielle Hilfe zu erhalten.

Veggie-Schnitzel und Soja-Wurst: Das Fleisch der Zukunft?

zdf.de

Theresia Grunwad

24.10.2021

Veggie-Schnitzel, vegane Burger oder Pflanzenwurst: Fleischersatz ist mittlerweile fester Bestandteil im Supermarkt. Neue Varianten und Technologien stehen in den Startlöchern. Würstchen lassen sich mit pflanzlichen Zutaten inzwischen gut nachahmen. Ein Stück Steak dagegen ist immer noch eine Herausforderung. Pflanzliches Fleisch erlebt in der westlichen Welt einen Boom. Allein in Deutschland hat sich das Produktionsvolumen innerhalb eines Jahres laut Statistischem Bundesamt um fast 40 Prozent erhöht.

Fleischersatz wird vor allem von Flexitariern konsumiert: Menschen, die grundsätzlich gerne Fleisch essen, ihren Konsum jedoch reduzieren möchten. Das fällt leichter, je authentischer das Pflanzenfleisch schmeckt. Prof. Guido Ritter, Ökotrophologe und Leiter des "food labs" in Münster, beschäftigt sich intensiv mit dieser Entwicklung. Ritters Analyse des gegenwärtigen Trends:

Wir sind jetzt seit 30, 40 Jahren an Fleischkonsum in den westlichen Industrieländern gewöhnt. Wir brauchen diese Art von Produkten als Übergangsprodukte. Richtige Konsistenz und authentischer Geschmack sind jedoch noch immer große Herausforderungen. Zahlreiche Produkte sind hochverarbeitet und benötigen viele Zutaten, um das zu erreichen. Mediziner warnen mitunter vor hochverarbeiteten Ersatzprodukten und plädieren für natürlichere Varianten. Wissenschaft und Industrie forschen daher mit Hochdruck an neuartigen Technologien und Herstellungsmethoden, die den Einsatz von Zusatzstoffen minimieren sollen.

Neue Technologien für gesündere Produkte

Deria Entemeier und Kai Dobbertin, ehemalige Mitarbeiter von Guido Ritter an der FH Münster, haben inzwischen ihr eigenes Food-Start-Up gegründet. Die erste Produktentwicklung: Veganer Speck. "Das größte Problem ist, dass wenige Proteine von sich aus einen Bindeeffekt mit sich bringen. Bei den meisten Proteinen muss man Bindemittel dazugeben, wie Methylcellulose oder Carrageen" schildert Entemeier die Probleme beim Produktionsprozess. Mit ihrer patentierten Reifetechnologie haben sie es mittlerweile geschafft, die Zutaten ganz ohne Bindemittel in eine feste Konsistenz zu bringen. Weizen- und Erbsenprotein sorgen dabei für Nährstoffe und Struktur; Tomatenmark, Gewürze und natürliche Farbstoffe bringen Farbe und Geschmack dazu. Bei der Reifung entwickelt der Speck die typisch feste und faserige Konsistenz. Kurzfasrige Produkte wie Burger-Buletten oder Würste sind allerdings inzwischen gut nachzuahmen. Ein ganzes Stück Steak oder Filet nachzubilden, stellt die Forschung hingegen nach wie vor vor Herausforderungen. Deria Entemeier erklärt: Es ist die eine Sache, ein verarbeitetes Stück Pflanzenfleisch herzustellen, worin man viel verstecken kann, oder ob wir ein komplettes Stück Muskelfleisch imitieren. Das ist aber ganz wichtig, um Vielfalt zu schaffen.

"Wir müssen zurück zum Sonntagsbraten" fordert indes Prof. Guido Ritter von der Fachhochschule Münster. Er sieht in der Ernährung einen riesigen Hebel für den ökologischen Fußabdruck jedes Einzelnen. Wer öfter pflanzliches Protein anstatt Fleisch konsumiert, spart nachweislich massiv Treibhausgase, Wasser und Fläche ein.

Unsere Art zu essen verschlingt weltweit riesige Ackerflächen. Das meiste davon geht in die Fütterung der Tiere. Wie können wir den Flächenverbrauch reduzieren? Für Ritter steht fest: Die Menschheit muss wieder mehr zur pflanzlichen Ernährung zurückkehren – wie früher. Alte und lokale Pflanzen wie die Ackerbohne oder Lupine sind Nahrungsmittel der Zukunft. Am besten ohne Verarbeitung. "Die Ernährung der Zukunft wird keine Astronautennahrung sein - im Gegenteil. Wir werden uns zurückbesinnen auf Produkte und Pflanzen, die wir schon von vor 1950 kennen", prognostiziert Ritter unsere Ernährung von morgen.

Hohe Energiepreise Inflationsrate springt auf 7,3 Prozent

tagesschau.de

(ohne Autorenangabe)

30.03.2022

Die Inflationsrate ist in Deutschland im März auf den höchsten Stand seit rund 40 Jahren emporgeschneilt. Hintergrund des sprunghaften Anstiegs sind die starken Preiserhöhungen für Energieprodukte.

Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik sind laut einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen und damit so stark wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Ähnlich hoch wie im März war die Inflationsrate in den alten Bundesländern zuletzt im Herbst 1981, als infolge der Auswirkungen des Ersten Golfkrieges die Mineralölpreise ebenfalls deutlich geklettert waren.

Wie außergewöhnlich ein derart kräftiger Preisanstieg ist, zeigt ein Blick in die Geschichte: Selbst im früheren Bundesgebiet hatten Teuerungsraten von mehr als sieben Prozent Seltenheitswert und waren nur zu Beginn der 1980er, 1970er und 1950er Jahre zu finden, wie Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer unterstreicht.

Wie die Inflation die Einkommen aufzehrt

Doch was bedeutet die historisch hohe Inflation für die Menschen in Deutschland? Hohe Inflationsraten schmälern die Kaufkraft von Verbrauchern, weil sie sich für einen Euro dann weniger leisten können. "Die Doppelkrise aus Corona und Ukraine-Krieg kostet ganz handfest Wohlstand", betont denn auch LBBW-Ökonom Jens-Oliver Niklasch. Die Kaufkraft von Renten und Einkommen schrumpfte erheblich, Ersparnisse seien aufgrund der Mini-Zinsen ebenfalls nicht gegen Realwertverlust gesichert.

"Die nüchterne Zahl eines Preisanstiegs von über sieben Prozent bedeutet eine massive reale Entwertung der Einkommen in der deutschen Volkswirtschaft - der Arbeitseinkommen, der Renten und Transfers, der Unternehmer- und Kapitaleinkommen", so Michael Heise, Chefvolkswirt von HQ Trust.

Steigende Preise für Heizöl und Benzin

Einmal mehr waren die Energiepreise die zentralen Treiber der Teuerung. "Dass die Inflation im März auf 7,3 Prozent gestiegen ist, liegt vor allem am Ukraine-Krieg, der die Preise für Heizöl und Benzin in die Höhe schießen ließ", betont Krämer. Aber auch jenseits der Energie seien die Preise auf breiter Front gestiegen.

Nach den vorläufigen Daten der Statistiker mussten die Menschen in Deutschland im März 39,5 Prozent mehr für Haushaltsenergie und Kraftstoffe ausgeben als im Vorjahresmonat. Nahrungsmittel verteuerten sich innerhalb eines Jahres um 6,2 Prozent.

Vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise hatten zuletzt auch mehrere Institute ihre Prognosen für die Jahresinflationsrate nach oben geschraubt. So rechnet etwa der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit einer Inflationsrate von 6,1 Prozent für 2022. Das Münchner ifo-Institut stellte für das laufende Jahr einen Anstieg der Verbraucherpreise von 5,1 bis 6,1 Prozent in Aussicht.

Hohe Inflation setzt EZB unter Zugzwang

Die hohe Inflation in der größten Volkswirtschaft der Eurozone lässt die Erwartungen an die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) steigen. "Wir werden auf kurze Sicht mit höherer Inflation und niedrigerem Wachstum konfrontiert sein", warnte EZB-Präsidentin Christine Lagarde heute in Nikosia.

Während sich die EZB-Chefin mit Hinweisen auf eine bevorstehende Zinswende bislang eher bedeckt hält, kamen aus den Mitgliedsländern zuletzt überaus deutliche Handlungsaufforderungen: So hält Österreichs Notenbankchef Robert Holzmann eine Zinserhöhung der EZB bereits im Spätsommer für möglich. "Wenn es im Juli keine neuen Wertpapierkäufe mehr geben wird, könnte man im September den ersten Zinsschritt setzen", sagte Holzmann heute in Wien. Wenn die Inflation steige, sei es die Aufgabe der Zentralbank, die Zinsen zu erhöhen. Der niederländische Zentralbankchef Klaas Knot hatte unlängst zwei Zinserhöhungen im laufenden Jahr nicht ausgeschlossen.

Wohnen als Lebensstil

berliner-kurier.de

Jörg Semsch

12.03.2022

Tiny Houses versprechen individuelles Wohnen zum kleinen Preis – doch wer zufrieden sein will, muss mehr tun als ein paar Möbel entsorgen.

Seit einigen Jahren wächst die Beliebtheit sogenannter Tiny Houses. Frei nach dem Motto „Weniger ist mehr“ entscheiden sich immer mehr Menschen für ein Zuhause, das in seiner Gesamtheit oftmals die gleiche Größe hat wie das ehemalige Wohnzimmer. Überwiegend zwischen 15 und 45 Quadratmeter groß, erfordern sie einen radikalen Wechsel des Lebensstils. Dennoch bieten Minihäuser alles, was man zum Leben braucht. Ob diese Bewegung, die in amerikanischen Mobile Homes ihren Anfang nahm, hierzulande zu einem langanhaltenden Trend wird, muss sich allerdings noch herausstellen.

Downsizing als Lebensstil: Tiny Houses oder kleine Modulhäuser verkörpern neue Werte. Naturnähe, ökologische Nachhaltigkeit, Achtsamkeit und die Rückbesinnung auf Geborgenheit in den eigenen vier Wänden stehen hoch im Kurs. Damit einher geht eine Abkehr von der Anhäufung von Dingen, die keinen Zweck mehr erfüllen, aber dafür geputzt, untergebracht, verwaltet und für neue Dinge beiseitegeschoben werden müssen. Tiny Homes zwingen ihre Bewohner dazu, sich nur mit dem Nötigsten zu begnügen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Dazu zählt auch die Natur: Teil des Konzepts vieler Mini-Häuser ist eine Terrasse als Verlängerung des Wohnzimmers in den Gartenbereich. Das macht den Traum vom Häuschen im Grünen erst möglich. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Flexibilität. Wer ein entsprechend kleines Haus besitzt, kann damit per Anhänger problemlos umziehen. Insgesamt gilt: Tiny Houses stehen für ein neues Lebensgefühl, das Freiheit, Individualität und Ungebundenheit verspricht.

Wohlfühlen auf engstem Raum: Zu den größten Vorteilen von Tiny Houses zählen die vergleichsweise niedrigen Kosten. Wer handwerklich erfahren ist und beim Eigenausbau mit anpacken kann, wird äußerst günstig zu seinen eigenen vier Wänden kommen. So bietet die Kleiner Nomade Tiny House Manufaktur sogar komplette Bausätze ab 9.900 Euro an – allerdings dürfte das Objekt „Pure“ wohl eher als Ferienunterkunft geeignet sein. Im Mittel sollte man sich auf Preise von circa 60.000 Euro für 30 Quadratmeter einstellen. Wer jedoch auf Top-Ausstattung und ausgesuchtes Design Wert legt, ist wohl mit dem 35 Quadratmeter großen Minihaus Cabin Black des Herstellers Cabin Spacey aus Berlin gut bedient. Weitere Pluspunkte ergeben sich aus dem Nachhaltigkeitsgedanken. Sowohl der Bau als auch der Unterhalt verursachen einen relativ geringen CO₂-Ausstoß. Insgesamt führt die Beschränkung des Raums zu einem sorgsamem Umgang mit Ressourcen. So wird zum Beispiel nur wenig Bodenfläche versiegelt, auch die laufenden Unterhaltskosten für Strom oder Heizung verringern sich. Und wer auf überbordendes Küchenequipment, üppig volle Kleiderschränke und große Wohnlandschaften verzichtet, hilft der Umwelt. Ein toller Nebeneffekt: Die Reinigung der Wohnung ist so schnell erledigt wie nie zuvor!

Minimalismus, der gepflegt werden will: Ein Leben im Tiny House ist allerdings auch gewöhnungsbedürftig. Aufgrund der Beschränktheit des Wohnraums, heißt es, sich von Vielem zu trennen. Platzsparen gilt aber auch in Küche und Bad. Kühlschrank, Herd, Waschmaschine, Trockner, Staubsauger – all das sollte möglichst im Kleinformat angeschafft werden. Insgesamt gilt, für intelligenten Stauraum zu sorgen und bei der Planung genau zu überlegen, wie die Fläche optimal ausgenutzt werden kann. Das gilt insbesondere, wenn Paare erstmals auf so engem Raum zusammenleben. Denn schnell herrscht Chaos, wenn nicht konsequent für Ordnung gesorgt wird. Gewöhnungsbedürftig ist auch der Verlust von Intimsphäre. Manche nehmen dieses Manko jedoch mit Humor und verweisen auf Kopfhörer als bewährtes Mittel, um Zeit für sich zu gewinnen.

Baulandmangel als Hemmnis: Die Suche nach einem geeigneten Standort kann viel Zeit in Anspruch nehmen. Das liegt zum einen an einem echten Mangel an Bauplätzen. „Ein spezielles Förderprogramm für Häuser mit kleinem Grundriss würden wir sehr begrüßen“ so Sarah Kricke, Pressesprecherin von Cabin Spacey. „Schließlich werden so weniger Ressourcen verwendet und weniger Fläche versiegelt“. Aber auch die Preise für Bauland haben enorm angezogen. So wurden 2020 in Berlin 931 Euro/Quadratmeter veranschlagt. Wer bereits ein entsprechendes Gelände besitzt, sollte sich vorab eine Baugenehmigung besorgen, denn Tiny Houses gelten als Gebäude, die den normalen Standards für Steinhäuser entsprechen müssen. Ganz anders auf dem Land. Hier finden sich immer mehr Tiny House-Siedlungen in schönster Landschaft, unter anderem in Kloster Lehnin südwestlich von Berlin.

Das ist die Zukunft des Gamings - VR, Cloud Gaming und Co.

myofb.de

Mathias Grunwald

19.10.2021

In der Wirtschaft kennt man den Begriff Disruptive Technologien. Dabei handelt es sich um eine Innovation, die bereits bestehende Produkte oder Technologien vollständig ersetzt und vom Markt verdrängt. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Wandel nicht langsam, sondern fast schlagartig vollzieht.

Eine ähnliche Entwicklung erleben gerade die TV-Sender dieser Welt. Mit dem Einstieg des ehemaligen Video-Versandhändlers Netflix in die Welt des Streamings entwickelten sich die Streaming-Sender, die kurz davor sind, die herkömmlichen Fernsehsender gewaltig unter Druck zu setzen. Doch Netflix hat damit offenbar noch lange nicht sein Ziel erreicht. Die gesamte Branche befindet sich in einem beständigen Wandel, dessen weitere Entwicklungen und Ende noch nicht vollständig absehbar sind. Schon seit einigen Jahren kursiert in der Gaming-Branche die Vorstellung, dass es bald auch so etwas wie ein Netflix der Spiele geben könnte. Schließlich sind die meisten Games längst vor allem als Download begehrt. Die Gamer bevorzugen diese seit langem gemeinsam mit klassischen Online-Games. Nicht umsonst haben Anbieter wie Blizzard Entertainment mit World of Warcraft und 888 Online Poker ein weltweites Publikum für ihre Spiele erobert. Das Spiel Poker ist ein gutes Beispiel dafür, welche Märkte durch das Aufkommen neuer Technologien erschlossen werden können. Das wollen zahlreiche Hersteller für sich nutzen. Da will man beim ersten großen Streaming-Dienst scheinbar nicht nachstehen. Offenbar ist man bei Netflix nicht gewillt ein Netflix der Spiele entstehen zu lassen. Warum das eigene Geschäftsmodell einem Konkurrenten überlassen, wenn man es selbst auch beim Gaming umsetzen könnte? Da hat man sich bei Netflix gedacht und zuletzt die seit einiger Zeit kursierenden Gerüchte bestätigt.

Doch zunächst wird sich der Streaming-Gigant auf Mobile-Games beschränken. Das Unternehmen möchte bereits demnächst Games streamen und das ohne Kosten für seine Kunden. Dies wurde nun im Rahmen der Präsentation eines Finanzberichts konkretisiert. Damit können Microsoft Game Pass, Google Stadia und Amazon Luna vorerst aufatmen. Der Einstieg mit Mobile-Games ergibt durchaus Sinn. Schließlich kann Netflix diese günstig produzieren lassen. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass sie auf allen Endgeräten flüssig laufen. Doch das soll erst der Anfang sein. In weiterer Folge plant man auch größere Konsolen-Titel zu veröffentlichen. Die ganz großen Blockbuster werden aber aller Voraussicht nicht darunter sein. Experten gehen davon aus, dass der Fokus der Games auf dem Storytelling liegen wird, und weniger auf Rollenspielen und Shootern.

Ein Thema, das die Branche bereits seit vielen Jahren beschäftigt, ist Virtual Reality. Doch der anfangs ausgelöste Hype ist etwas zum Erliegen gekommen. Der von vielen Seiten immer wieder prognostizierte Durchbruch in den Massenmarkt ist bisher ausgeblieben. Das ist durchaus überraschend, schließlich bietet die Technologie alles, was sich die Gamer wünschen. Es krankt allerdings weiter an der Umsetzung. Das erscheint wenig nachvollziehbar, schließlich pumpen zahlreiche Tech-Giganten jede Menge Geld in die Technologie. Doch das reichte bisher nicht aus, um Virtual Reality im Mainstream zu etablieren. Noch sind die Entwicklungskosten für Virtual Reality in den Gaming-Blockbustern zu hoch. Solange wenig Aussicht besteht, diese wieder einzuspielen, werden sich die großen Spiele-Entwickler weiter nicht an das Thema heranwagen. Doch in wenigen Jahren könnte der Trend neuen Aufschwung erfahren, wenn der Markt weiterentwickelt ist.

Das Ende der Konsolen?

Dafür könnte das Thema Cloud Gaming sorgen. Bereits die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Befreiung von physischen Fesseln dem Gaming guttut. Das Internet hat Gaming in alle Wohnzimmer und auf jede nur erdenkliche Form von Endgeräten gebracht. Ein Fortschreiben dieser Entwicklung könnte auch neuen Technologien wie Virtual Reality den endgültigen Durchbruch verschaffen. Diese wird allerdings, wenn es nach Ansicht einiger Experten geht, auch ein prominentes Opfer fordern. Die bevorstehende 5G-Revolution im Mobilfunk wird die mobilen Bandbreiten in nie zuvor gekannte Höhen schießen. Das sollte dem Cloud-Gaming zum endgültigen Durchbruch bei Smartphones verhelfen. Dies in Kombination mit Abo-Modellen, wie wir sie bereits von Streaming-Anbietern wie Netflix kennen, könnte das Ende von PlayStation und Co bedeuten.

Die meisten Menschen besitzen bereits ein Smartphone und könnten sich so zukünftig die Anschaffung einer Konsole ersparen. Es ist also gut möglich, dass die aktuellen Next-Gen-Konsolen die letzten ihrer Art sein werden. Die Gamer stehen jedenfalls vor spannenden Zeiten.

Nach zwei Jahren Corona: Bahn-Fahrgäste kehren zurück

zeit.de

(ohne Autorenangabe)

31.03.2022

In ICE und Intercity steigen wieder so viele Menschen wie vor der Pandemie. Die Bahn erklärt, wie pünktlich sie dieses Jahr sein will. Und was die hohen Energiekosten für die Fahrpreise bedeuten.

Wer zu Ostern Zug fährt, wird es merken: Es sind wieder mehr Menschen mit der Bahn unterwegs. Trotz hoher Corona-Infektionszahlen kehren die Fahrgäste zurück.

Im März saßen erstmals in einem Monat mehr Fahrgäste in den Fernzügen als vor Corona, wie Bahnchef Richard Lutz sagte. Zu Ostern sind Sonderzüge im Einsatz. Dieses Jahr rechnet er mit 130 Millionen Fahrgästen in den ICE und Intercitys - nach 82 Millionen im Jahr 2021.

«Die Menschen wollen Bahn fahren», sagt Lutz bei jeder Gelegenheit, so auch bei der Bilanzvorlage am Donnerstag. Denn der Staatskonzern braucht die Fahrgäste, damit er finanziell wieder auf die Beine kommt. Höhere Fahrpreise zum Jahresende sind allerdings nicht ausgeschlossen.

Engstellen im Netz

Auch Verspätungen nicht: Knapp jeder vierte Fernzug kam vergangenes Jahr zu spät. Dieses Jahr soll es nur noch jeder fünfte sein. Doch schon das ist eine Herausforderung. Denn es fahren so viele Züge wie nie, allein 360 ICE sind es am Jahresende, knapp 100 mehr als noch vor fünf Jahren. Und das Netz hat viele Engstellen. Die Bahn baut auf Rekordniveau - mit Folgen.

«Wachsen auf knapper und weitgehend konstanter Kapazität erzeugt Wachstumsschmerzen, die sich auf Qualität und Pünktlichkeit auswirken», sagt Lutz. «Wir arbeiten mit Hochdruck daran, den Spagat zwischen Fahren und Bauen zu bewältigen.» Industrie und Konkurrenten hatten im Winter Zweifel am Baustellenmanagement erkennen lassen.

Menschen und Güter in Deutschland von A nach B zu bringen - das ist das Kerngeschäft des Bahn-Konzerns. Doch auch 2021 hat sie damit kein Geld verdient. Fernverkehr, Regionalverkehr und die Gütersparte, alle drei Konzernsparten führen im laufenden Geschäft deutliche Verluste ein.

Konzern bleibt in den roten Zahlen

Während das Kerngeschäft unter Corona litt, glänzte die internationale Logistiksparte DB Schenker, denn stabile Lieferketten sind gefragt. Weder Schenker noch Corona-Hilfen des Bundes konnten den Konzern insgesamt aber aus den roten Zahlen hieven. Unterm Strich stand ein Verlust von 911 Millionen Euro bei einem Rekordumsatz von rund 47 Milliarden Euro.

Das ist besser als im ersten Corona-Jahr 2020, als es bei 40 Milliarden Euro Umsatz 5,7 Milliarden Euro Verlust gab. Dieses Jahr soll sogar ein kleiner Gewinn vor Zinsen und Steuern drin sein. Wann das Jahresergebnis unterm Strich positiv ist - dazu wollten sich Lutz und sein Finanzchef Levin Holle aber nicht festlegen.

Offen blieb auch, ob die hohen Energiepreise Bahnfahren für die Kunden am Jahresende teurer machen. Für 80 Prozent seines Energiebedarfs hat die Bahn voriges Jahr die Preise gesichert, wie Holle erklärte. Der Druck folge zeitversetzt. Dieses Jahr komme man gut klar, ergänzte Lutz. Die Fahrpreise werde man sich im Laufe des Jahres ansehen.

Schulden von 29,1 Milliarden Euro lasten auf dem Staatskonzern, dazu kommen Pensionsverpflichtungen. Bis zu einer halbe Milliarde Euro Zinsen zahlt die Bahn im Jahr. Sie könnte Schenker versilbern. Ein milliardenschwerer Verkaufserlös würde die Schulden spürbar senken, es gibt solche Forderungen von FDP und Grünen. Die SPD als größter Partner in der Bundesregierung ist aber skeptisch. Und die Bahnspitze betont immer wieder, wie froh sie sei, Schenker jetzt zu haben.

Verkauft werden soll ab 2024 die europäische Bus- und Bahntochter Arriva, wie Holle bekräftigte. Sie machte vergangenes Jahr jedoch Verlust. 2022 werde es «einen gewissen Anstieg» der Konzernschulden geben, deutete Holle an. Grund seien hohen Investitionen, bei denen auch stark gestiegene Baukosten eine Rolle spielen. Wann sinken die Schulden? «Wenn wir voll aus Corona raus sind.»

Engagiert und naturverbunden: Studie analysiert Jugend auf dem Land

agrarheute.com

Viktoria Hoffmann

12.03.2022

Was wünschen sich Jugendliche? Was sind ihre Hobbies? Was wollen sie später werden? Gefällt es ihnen dort, wo sie wohnen? Bisher gab es keine Studie, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Zwei Jahre hat die Jugendstiftung Baden-Württemberg Jugendliche befragt. Nun liegen die Ergebnisse der Studie „Jugend im Ländlichen Raum Baden-Württembergs“ vor.

Die Studie zeigt, dass eine gemeinsame jugendliche Lebenswelt in Stadt und Land existiert. Familie, Gesundheit und Freunde – das sind universelle Werte von Jugendlichen, ganz gleich, wo sie wohnen. Freundschaften sind fast allen Jugendlichen in Stadt und Land (97 %) wichtig. Offenbar gibt es ein spezifisches Lebensgefühl auf dem Land. Die Jugend dort ist engagierter, politisch interessierter und naturverbundener als die Befragten in der Stadt. Anscheinend bietet der ländliche Raum den Jugendlichen mehr Freiräume durch attraktive Landschaften und Abenteuerorte für ihre Freizeit ebenso wie soziale Freiräume durch Mitgestaltungsoptionen.

Lebensqualität am Wohnort: Wie wollen Jugendliche leben?

Ob Jugendliche ihren Wohnort als Heimat wahrnehmen, ist einer der Hauptfaktoren dafür, ob Jugendliche in ihrem Wohnort bleiben oder diesen später verlassen möchten. 91 Prozent der Jugendlichen in Baden-Württemberg fühlen sich an ihrem jetzigen Wohnort wohl. Die Mehrheit der befragten Jugendlichen schätzen Faktoren wie die Natur, die Ruhe oder die Gemeinschaft untereinander. Freizeitangebote und Treffpunkte fehlen Jugendlichen auf dem Land ebenso wie in der Stadt. Junge Menschen in ländlichen Regionen wünschen sich mehr Sportvereine.

Stadt oder Land: Wo wollen Jugendliche als Erwachsene wohnen?

40 Prozent aller Jugendlichen möchten später in einem Dorf leben. Jeder dritte Jugendliche, der in der Stadt wohnt, zieht später aufs Land. 42 Prozent der Jugendlichen aus dem ländlichen Raum möchten auch als Erwachsene in einem Dorf leben. Mehr Mädchen als Jungen möchten später lieber in einer Stadt oder einer Großstadt leben (Mädchen: 45 %; Jungen: 39 %). Auf dem Land nimmt der Wunsch, auch später in einem Dorf zu leben, bei den 17- bis 18-Jährigen zu. In der Stadt ist dieser Anteil rückläufig.

Mädels vom Land sind engagierter

Im ländlichen Raum engagieren sich mehr Jugendliche als in der Stadt (Land: 39 %; Stadt: 30 %). Dabei sind Mädchen engagierter als Jungen. Jugendliche wollen ihr Umfeld mitgestalten, sehen aber nicht immer die Möglichkeit dazu. Die Hälfte der Jugendlichen in Stadt und Land weiß nicht, ob sie sich mit Ideen und Vorschlägen an Zuständige in ihrem Wohnort wenden können. „Auf jeden Fall sind die Zeiten und auch die Beteiligungsmöglichkeiten, die es momentan gibt, kaum kompatibel mit der Lebensrealität von jungen Menschen. Wenn du drei Jahre an einem Thema rumarbeiten musst, bis sich irgendwas bewegt, hat jeder junge Mensch schon lange das Interesse daran verloren“, sagt die Studienteilnehmerin Johanna. Beim persönlichen Engagement sieht es zumindest auf dem Land anders aus: Vereine spielen auf dem Land eine größere Rolle als in der Stadt.

Mobilität: Bei Bus und Internet schneidet der ländliche Raum schlechter ab

Die Jugendlichen wurden nach den Wegen in ihrer Freizeit befragt. Auf dem Land nutzen 40% der jungen Menschen abends das Auto. 57 Prozent der Landjugend wünscht sich einen Ausbau des öffentlichen Netzes. Dazu zählen häufigere Fahrten, weniger Verspätungen oder auch eine bessere Erreichbarkeit. „Durch diese katastrophale Busverbindung ist es schon ein großer Freiheitseinschnitt, weil man immer auf die Eltern angewiesen ist“, sagt Studienteilnehmerin Anna von der Jugendfeuerwehr. Was die Digitalisierung angeht, finden junge Menschen, dass der ländliche Raum dem städtischen hinterherhinkt. Netz und Internetverbindung auf dem Land sind oft langsamer und schlechter ausgebaut als in der Stadt.

Ausbildung oder Studium? Job im Handwerk oder der IT?

25% der Jugendliche auf dem Land (25 %) möchten lieber eine Ausbildung machen als Gleichaltrige in den Städten (18 %). In der Stadt sind eher Berufe im Büro, in der Verwaltung oder im IT-Bereich beliebt. Der Anteil Jugendlicher, die ein Studium beginnen möchten, ist bei den Mädchen deutlich höher: Knapp die Hälfte aller Mädchen auf dem Land will nach der Schule studieren (Jungen: 33 %). In der Stadt ist der Anteil mit 52 Prozent (Jungen: 40 %) noch höher.

Sie retten Lieblingsstücke vor dem Müll

merkur.de

Lisa Fischer

08.11.2021

Das kaputte Armband wegwerfen, kam für Rita Stengl nicht in Frage. Beate Loser repariert das Schmuckstück. Ein Bügeleisen, das nicht mehr heiß wird, oder ein Stuhl mit lockeren Beinen: Defekte Gegenstände landen schnell auf dem Sperrmüll. Dass einiges noch gerettet werden kann, zeigen die Helfer im Repaircafé in Grafrath. Zum ersten Aktionstag kamen am Ende mehr Besucher als erwartet.

„Wir sind eine Wegwerf-Gesellschaft“, sagt Fritz Reischl, der im Pfarrsaal der katholischen Gemeinde Grafrath an einem Tisch steht. Darauf liegt ein schwarzer Staubsauger der Marke Bosch. Der Tisch von Reischl und weitere rund zehn Stück, die entlang der Raumseiten aufgereiht sind, dienen an diesem Tag als Werkbänke im Rahmen der Premiere des Repaircafés. „Reparieren statt wegwerfen“ lautet das Motto des Aktionsnachmittags. Für den Aktionstag hat der pensionierte Elektriker-Meister Reischl Werkzeugkisten und -koffer von zuhause mitgebracht. Heutzutage würden es die Hersteller erschweren, dass der Kunde die Geräte selbst reparieren kann, meint der pensionierte Kfz-Meister. „Man kauft dann lieber gleich ein neues Gerät und schmeißt das alte weg.“

Ganz ungefährlich ist das Reparieren auf eigene Faust aber nicht – vor allem bei Elektrogeräten, betont Reischl. Deshalb hat er ein Prüfgerät dabei, sagt er und zeigt auf ein handgroßes, viereckiges Gerät, auf dem Zeiger und Mess-Skala zu sehen sind. Ein rotes und ein schwarzes Kabel münden in eine Öffnung am unteren Ende. Das Messwerkzeug kommt zum Einsatz, nachdem ein defekter Gegenstand repariert wurde, sagt Reischl. Spannung und Widerstand müssten anschließend geprüft werden, „damit beim Anschließen an die Steckdose nichts passiert“. Zunächst müssen er und Kollege Dellinger jedoch herausfinden, was dem Staubsauger fehlt.

Während die Männer konzentriert an dem schwarzen Elektrogerät weiterarbeiten, blitzt und blinkt es rot, grün, blau, silber- und goldfarben vom Tisch von Beate Loser herüber. Auf der grauen Decke liegen zwischen Perlen und Draht Zangen herum, mit denen sie filigran arbeiten kann. Die Grafratherin repariert Schmuckstücke – wie das Armband von Repaircafé-Gast Rita Stengl. „Der Gummi ist über die Jahre ausgeleiert und gerissen“, sagt Beate Loser und prüft mit kritischem Blick das bunte Perlenarmband. „Ich würde eine Nylonschnur durchfädeln und einen silberfarbenen Verschluss anbringen“, sagt die Hobby-Schmuckdesignerin zu Rita Stengl und fügt hinzu: „Eigentlich arbeite ich bei der Bank.“ Dass sie sich mit Schmuck auskennt, sei eine Leidenschaft, die vor über zehn Jahren begonnen habe. „Angefangen hat es damit, dass ich Schmuck-Geschenke gebastelt habe. Mittlerweile verkaufe ich Ketten und Ähnliches auch auf dem Christkindlmarkt.“ Im Repaircafé kann sie mit ihrer Leidenschaft nun Gästen wie Rita Stengl helfen. „Den Schmuck hat mir mein Mann vor zehn Jahren geschenkt“, sagt die Grafratherin. Überglücklich nimmt sie das von Beate Loser reparierte Lieblingsstück und verstaut es vorsichtig in ihrer Tasche.

Über 20 Besucher kommen bis zum Ende des ersten Repaircafé-Tages vorbei. Angemeldet hatten sich nur sechs Personen, sagt Organisator Klaus Nerlich, der am Eingang des Pfarrsaals die Gäste registriert und auf einen 3G-Nachweis kontrolliert.

Durch die spontanen Besucher hätte der ein oder andere warten müssen – doch die Wartezeit habe man sich ja mit Kaffee und Kuchen versüßen können. Alles in allem sei die Resonanz erfreulich.

Jugendliche werden aus Politik rausgehalten

fr.de (Frankfurter Rundschau)

Judith Gratz

12.10.2021

Lena Sieling, 18 Jahre alt, besucht die Carl-Schurz-Schule in Sachsenhausen. Dort hat sie als Stadtteilbotschafterin politische Workshops gegeben. Stadtteil-Botschafterin Lena Sieling beweist, dass junge Menschen sich nicht nur für Partys interessieren. Sie hat sich an der Carl-Schurz-Schule mit Schülerinnen und Schülern intensiv mit politischen Themen auseinandergesetzt.

Frau Sieling, Sie plädieren dafür, dass das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wird. Warum?

Lena Sieling: Damit Jugendliche in der Politik präsenter werden und früher am politischen Geschehen mitwirken können. Wenn man sich die Zahlen der Wählerinnen und Wähler in Deutschland anschaut, so sind das eher Rentner. Junge Leute unter 30 sind nur zur Hälfte repräsentiert. Derzeit besteht für Jugendliche ohne Wahlrecht nur die Möglichkeit, demokratischen Einfluss zu nehmen, in dem sie auf Demos gehen, Petitionen aufsetzen oder Diskussionen mit Wahlberechtigten führen.

Und warum ist es Ihrer Meinung nach so wichtig, dass junge Leute früher in der Politik mitreden?

Wir sind die Generation, die am längsten auf diesem Planeten leben wird und der es am wenigsten egal sein kann, welche politischen Entscheidungen getroffen werden, die uns in 20 bis 80 Jahren prägen werden. Aber ich habe das Gefühl, dass Jugendliche aus der Politik rausgehalten werden, weil es heißt, sie würden sich nur für Partys und Spaß haben interessieren.

Dass dem nicht so ist, haben Sie jetzt als Stadtteilbotschafterin bewiesen. Sie haben an Ihrer Schule, der Carl-Schurz-Schule in Sachsenhausen, unter dem Motto „Youth for Politics“ Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 7 drei Tage lang politische Workshops angeboten. Was war Ihre Idee dahinter?

Ich wollte die Jugendlichen genau da abholen, wo sie sind, was sie beschäftigt und genau das in der Schule thematisieren. Denn ich finde es wichtig, Jugendlichen politisches Wissen so früh wie möglich zu vermitteln und sie zu stärken, damit sie sich früh eine Meinung bilden, mitdiskutieren und politisch Einfluss nehmen können.

Und für welche Themen interessieren sich Schülerinnen und Schüler der siebten Klasse?

Das ist nicht unbedingt die Politik, die im Schulbuch steht, sondern die wir mit Freunden und Familie diskutieren oder auf Demos, an denen wir teilnehmen. Für die Workshops entschieden sich die Schülerinnen und Schüler aus einer langen Vorschlagsliste für die Themen Klimawandel/ Nachhaltigkeit, Rassismus / Diskriminierung, Massentierhaltung sowie Verbrechen / Strafe.

Und wie haben Sie diese Themen in den Workshops umgesetzt?

Wir haben thematisch relevante Orte besucht, Diskussionen mit Experten geführt und Aktionen gemacht. So traf sich die Arbeitsgruppe Klimawandel mit dem Revierförster aus Oberrad, der erklärte, wie sich der Klimawandel im Stadtwald bemerkbar macht. Die Rassismusgruppe diskutierte mit der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, die sich nach dem Anschlag in Hanau gegründet hat. Und die Teilnehmer des Workshops Massentierhaltung besuchten die Sindlinger Glückswiese, einen Gnadenhof, um etwas über artgerechte Tierhaltung zu erfahren.

Wer hat Ihnen bei der Umsetzung geholfen?

Ich habe die Projektleitung gemeinsam mit Paul Linder, Schüler der Freiherr-vom-Stein-Schule, gemacht. Er war kein offizieller Stadtteilbotschafter, aber er hat mit mir gemeinsam das Projekt konzipiert, die Planung geleitet und durchgeführt. Zusätzlich hat mir ein Team aus Lehrer:innen und Schüler:innen geholfen.

Wie kam Ihr Projekt bei den Jugendlichen an?

Das Feedback war überwiegend positiv. Pro Einheit nahmen 30 Schülerinnen und Schüler teil. Besonders gut kamen die Runden mit den Experten und die Ausflüge an. Eine große Mehrheit kann sich vorstellen, sich längerfristig mit den Themen zu beschäftigen. Die Jugendlichen gaben an, sich jetzt besser in die Situation von Diskriminierten einfühlen zu können und die Ursache und Wirkung von Klimawandel besser zu verstehen. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden gab an, dass das Thema Massentierhaltung Einfluss auf ihren Konsum hatte.

Wie geht es mit Ihnen nach der Schule weiter?

Ich werde versuchen, mich bei politischen Organisationen zu bewerben, um an meinen Themen Nachhaltigkeit und Diskriminierung dranzubleiben.

Wird der Mindestlohn zum Jobkiller?

tagesschau.de

Lothar Gries

10.01.2022

Der Mindestlohn soll in diesem Jahr auf zwölf Euro steigen. Das hat die Ampelkoalition beschlossen. Kritiker befürchten das Ende der Tarifautonomie und sprechen von einem Jobkiller. Zu Recht?

Bis Jahresende soll der Mindestlohn auf 10,45 Euro steigen. So hat es die Mindestlohnkommission beschlossen, in der Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften sitzen. Doch die neue Ampelregierung will den Mindestlohn im laufenden Jahr außerplanmäßig auf zwölf Euro anheben. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat dazu in "einigen Tagen, Wochen" ein entsprechendes Gesetz angekündigt. Er betonte, dass die Anhebung noch 2022 umgesetzt werden soll. Arbeitgeber und wirtschaftsnahe Kritiker sind empört. Sie monieren einen aus ihrer Sicht unzulässigen Eingriff in die Tarifautonomie und fürchten den Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Kritiker befürchten, dass künftig nicht mehr Arbeitgeber und Gewerkschaften, sondern politische Parteien darüber streiten, welcher Mindestlohn angemessen wäre. "Die Zwölf-Euro-Festlegung ist ein Einschnitt, dem leicht ein politischer Überbietungswettbewerb folgen könnte", warnte kürzlich Holger Bonin vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Er befürchtet, dass dadurch rasch ein Niveau erreicht werden könne, ab dem es zu einem Jobabbau kommen werde. Besonders im Einzelhandel oder in der Gastronomie sei ein Anstieg des Mindestlohns derzeit kaum zu verkraften, weil sie wegen der Corona-Einschränkungen schwere Zeiten durchmachten, sagen einige Experten. Die erhöhten Kosten könnten deshalb nur eingeschränkt an die Kunden weitergegeben werden.

Derlei Argumente wischt Arbeitsminister Heil beiseite. Schon beim Start der Lohnuntergrenze 2015 habe es Warnungen vor schlimmen Folgen gegeben, die dann nicht eingetreten seien. Auch dieses Mal seien keinerlei Nachteile zu befürchten. Tatsächlich hatte die Deutsche Bank damals gewarnt, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro zum Verlust von bis zu einer Million Arbeitsplätze führen werde. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eine vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründete Lobbyorganisation, prognostizierte den Abbau von 570.000 Jobs. Dabei stützten sich die Experten auf die Argumente der neoklassischen Wirtschaftstheorie, wonach in einer Marktwirtschaft ein Arbeitnehmer einen Lohn erhält, der seiner Produktivität entspricht. Setzt nun der Staat den Lohn zwangsweise nach oben, kostet der Arbeitnehmer die Firma mehr als er einbringt. Die Folge sind Entlassungen. Tatsächlich ist es dazu nur in wenigen Fällen gekommen. Studien der Bundesagentur für Arbeit haben ergeben, dass die Einführung des Mindestlohns in Deutschland 2015 nur einige Zehntausend Stellen gekostet hat. Einen massenhaften Wegfall hat es nicht gegeben. Allerdings haben die Unternehmen die gestiegenen Personalkosten meist an die Kunden weitergegeben - in Form höherer Preise.

Auch der weitere Anstieg des Mindestlohns auf inzwischen 9,82 Euro hat nicht zu einem massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Im Gegenteil: Der deutsche Arbeitsmarkt ist leer gefegt. Viele Branchen suchen händeringend nach Arbeitskräften; nicht nur Fachpersonal, auch Geringqualifizierte sind rar geworden. Denn viele Arbeitnehmer, etwa in der Gastronomie oder in der Logistik, haben sich nach den Corona-Einschränkungen andere Arbeitsstellen gesucht und offenbar gefunden. Angesichts dieser Lage hat die Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro ihren anfänglichen Schrecken verloren. So rechnet etwa die Regionaldirektion Hessen der Arbeitsagentur für dieses Jahr mit einer weiteren Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Jobs wie auch mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahl.

Betroffen von der Maßnahme wären etwa neun bis zehn Millionen Beschäftigte. So hoch ist die Zahl derer, die derzeit weniger als zwölf Euro verdienen. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Verkäufer und Reinigungskräfte. Auch in der Gastronomie sind bis zu 90 Prozent der Beschäftigten Niedriglohnverdiener. Laut Bundesarbeitsministerium bekommen ein Fünftel aller Beschäftigten in Deutschland einen Stundenlohn, der keine zwei Drittel des mittleren Brutto-Stundenlohns beträgt. Damit steht Deutschland in Europa an sechster Stelle.

Durch die Einführung des Mindestlohns komme es nicht nur zu einer gerechteren Entlohnung, sondern auch zu einer Steigerung der Kaufkraft von Millionen Arbeitnehmern, so der Gewerkschaftler.

Radikale Energiewende

heise.de

Wolfgang Pomrehn

09.03.2022

Energie- und Klimawochenschau: Wie sehen die Alternativen zum russischen Erdgas aus? Von der verdrängten Klimakrise, von russischer Kohle und einem galoppierenden Ölpreis

Man sollte ja meinen, dass sich die Menschheit langsam mal um die sich vor ihr auftürmenden Krisen-Berge kümmern sollte. Doch stattdessen scheinen diesseits und jenseits der polnischen Ostgrenze alle nur an einer weiteren Eskalation der Konfrontation zu arbeiten. Dabei wären da zum Beispiel die neusten Nachrichten aus dem Regenwald im Amazonasbecken. Eine am Montag im Fachblatt Nature Climate Change veröffentlichte Studie kommt zu dem Schluss, dass der Wald sich einer kritischen Schwelle nähert, in dem er den schwerer ausfallenden Trockenzeiten und den zunehmenden Rodungen nicht mehr widerstehen kann. Seine Selbstheilungskräfte erschöpfen sich, und die ganze Landschaft könnte sich in eine Savanne verwandeln; drei Viertel des riesigen Urwaldes hätten in den letzten etwa 20 Jahren bereits ihre Widerstandskraft verloren. Die Folgen wären ein gewaltiger Verlust an Artenvielfalt. Unter anderem würden zahllose medizinisch verwendbare Pflanzen verloren gehen, von denen noch immer erst ein Bruchteil erforscht und bekannt ist. Außerdem würden Hunderttausende Menschen, die vom und im Wald leben, ihre Lebensgrundlage verlieren. Und nicht zuletzt würde das großflächige Absterben des Waldes große Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) freisetzen.

Aber wenden wir uns den energiepolitischen Problem zu, die dieser Tage die hiesige Debatte bestimmen: Brauchen wir das russische Gas? Soll der Gashahn zgedreht werden, um der russischen Regierung eine Einnahmequelle zu verstopfen? Sind die jüngsten Drohungen aus Moskau ernst zu nehmen, die Gaslieferungen über Nord Stream 1 zu stoppen? Sollte Deutschland Russland zuvorkommen, wie es aus der FDP-Fraktion gefordert wird? Solche und ähnliche Fragen geistern seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine vor nunmehr rund zwei Wochen durch die Öffentlichkeit. Verschiedene westlichen Energiekonzerne stoßen inzwischen ihre Beteiligungen in Russland ab und der britisch-niederländische Energiemulti Shell, der andernorts keine Probleme hat, mit blutigen Diktatoren zusammenzuarbeiten, verkündet, den kurzfristigen Kauf von Erdöl und Gas aus Russland einstellen zu wollen. Längerfristige Verträge würden nicht verlängert und die Shell-Tankstellen in Russland geschlossen, wie der Spiegel berichtet. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hält in ihrer am gestrigen Dienstag veröffentlichten "Ad-hoc-Stellungnahme zur sicheren Energieversorgung" den Verzicht auf russisches Gas für möglich.

Die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases wird aus Russland importiert. Um sich davon unabhängig zu machen, wird ein kurz-, mittel- und langfristiges Maßnahmenpaket vorgeschlagen.

Kurzfristig solle Flüssiggas (LNG) auf dem Weltmarkt, das Pipelinesystem stärker staatlich reguliert, die Gasspeicher gefüllt und im Stromsektor Gas durch Kohle ersetzt werden. Da dies die Energiekosten in die Höhe treibt, sollten Unternehmen bei den Energiesteuern entlastet und die "Belastungen der Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen sozial abgefedert (werden)".

Mittel- und langfristig wird unter anderem der Aufbau einer Wasserstoffversorgung und der Ausbau der erneuerbaren Energieträger angeregt. Einerseits werden neue LNG-Terminals gefordert, andererseits eine beschleunigte "Transformation zur Klimaneutralität gefordert". Doch wie passt das angesichts der Tatsache zusammen, dass das zurzeit auf dem Weltmarkt zusätzlich verfügbare Mengen an LNG oder Flüssiggas vor allem aus den USA stammen und dort mit dem besonders klimaschädlichen Fracking-Verfahren gewonnen wird? Der Kohleausstieg soll trotzdem bis 2030 geschafft werden. Immerhin kämen 50 Prozent der Steinkohleimporte aus Russland. Die Frage wird also sein, ob diese eingestellt und gegebenenfalls durch Einfuhren aus anderen Ländern ersetzt werden. Aber was dann? Werden die Braunkohlekraftwerke wieder mehr Strom liefern, jene Kraftwerke also, die den größten CO₂-Ausstoß pro erzeugter Kilowattstunde haben? Oder werden russische Importe durch Einfuhren aus Kolumbien ersetzt, wo der Abbau mit schweren Menschenrechtsverletzungen verbunden ist?

Und was passiert, wenn Russland längerfristig gänzlich von Westeuropa ökonomisch entkoppelt würde? Immerhin sind enge ökonomische Verflechtungen zwar kein Garant für friedfertige Kooperation, doch zumindest ein Hemmschuh für allzu aggressive Konfrontation. Ein wirtschaftlich destabilisiertes Russland würde hingegen mit oder ohne Putin einen erheblichen Unruheherd in unmittelbarer Nachbarschaft darstellen – ein Traum für alle, die Polizei und Militär weiter aufrüsten wollen, und ein Alptraum für jene, die an einem friedlichen Zusammenleben auf diesem Planeten interessiert sind.

Diversity: Warum eine weibliche Chefin allein nicht reicht

t3n.de

Alexandra Hanke

20.11.2021

Weiblich, modern und divers – so möchte jede:r Arbeitgeber:in aktuell gerne rüberkommen. Daran ist erstmal nichts falsch, doch in zu vielen Köpfen werden Themen wie Gleichstellung, Gleichberechtigung oder Frauenförderung mit Diversität gleichgesetzt.

Fakt ist: Diverse Teams sind erfolgreicher. Das belegen zahlreiche Studien. So hat McKinsey herausgefunden, dass Unternehmen ihre Produktivität um 33 Prozent steigern können, wenn ihre Belegschaft wirklich divers aufgestellt ist. Außerdem sind Unternehmen mit einer diversen Führung profitabler, innovativer und können ihre Mitarbeitenden länger halten. Und wer schon mal in einem wirklich diversen Team gearbeitet hat, kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Die Ergebnisse sind besser, nachhaltiger und von diversen Teams entwickelte Produkte und Dienstleistungen sind wesentlich inklusiver und sprechen eine breitere Zielgruppe an.

Klassisch denken Personaler:innen und auch viele von uns bei Diversität schnell an die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Und die kann schon viel bewirken: In einer Reihe von Erhebungen, die 2014, 2017 und 2019 durchgeführt wurden, untersuchte McKinsey die Gender-Diversität in C-Level-Teams verschiedener Unternehmen. Die Unternehmen, die im oberen Viertel der Gender-Diversität lagen, zeigten 15 Prozent, 21 Prozent und 25 Prozent bessere Leistung als die Unternehmen im unteren Viertel. Doch Diversität ist mehr als die Gleichberechtigung von zwei Geschlechtern.

Diversität ist Vielfältigkeit in allen Bereichen. Dazu gehören neben dem Geschlecht auch das Alter, die Ethnie, sexuelle Orientierung oder religiöse Überzeugung; weiterhin bringen auch Menschen mit Behinderungen eine ganz eigene Perspektive mit.

Warum ist Vielfalt in der IT wichtig?

Die Tatsache, dass die Technologiebranche eine relativ homogene Gruppe bildet, wirkt sich nachhaltig auf unsere Gesellschaft aus. So können etwa die meisten Gesichtserkennungsprogramme zum Beispiel weiße Gesichter fast perfekt identifizieren, Menschen mit dunkleren Hautfarben jedoch nicht immer. Das liegt daran, dass diese Algorithmen auf Daten trainiert werden, die hauptsächlich weiße Gesichter enthalten. Die Folgen dieser Voreingenommenheit können verheerend sein, wenn diese Systeme von Personalabteilungen, Versicherungsgesellschaften oder Polizeibehörden eingesetzt werden, um nur einige zu nennen, erklärte Joy Buolamwini, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MIT Media Lab, in einem Ted-Vortrag über die Voreingenommenheit in Gesichtserkennungsalgorithmen. Buolamwini ist der Überzeugung, dass die Beseitigung dieser Verzerrungen bei den Menschen beginnt, die den Code schreiben. „Was können wir dagegen tun? Nun, wir können anfangen, darüber nachzudenken, wie wir einen inklusiveren Code erstellen und inklusivere Codierungspraktiken anwenden. Es fängt wirklich bei den Menschen an.“ Sie empfiehlt, dass sich Teams aus verschiedenen Personen zusammensetzen, die sich gegenseitig auf ihre blinden Flecken hin überprüfen können. Sie ist auch der Meinung, dass Teams ihre Entwicklungspraktiken überprüfen sollten, um sicherzustellen, dass sie faire Systeme entwickeln.

Wie kann Diversität am Arbeitsplatz hergestellt werden?

In erster Linie geht es darum, dass die Belegschaft eines Unternehmens so viele Ansichten und Standpunkte wie möglich vereinen sollte. Und es geht beim Hiring los. Laut einem viel zitierten internen Report von Hewlett Packard kann die Art und Weise, wie eine Stellenbeschreibung verfasst ist, einen Einfluss darauf haben, wer sich bewerben wird. So neigen Frauen dazu, sich nur auf eine Stelle zu bewerben, wenn sie sich zu 100 Prozent qualifiziert fühlen. Wenn sie eine Stellenausschreibung sehen, in der sie nur 75 Prozent der Qualifikationen erfüllen, bewerben sie sich möglicherweise nicht auf die Stelle. Eine weitere Maßnahme, die Unternehmen ergreifen können, um ihre Einstellungspraktiken zu verbessern, besteht in der kontinuierlichen Fortbildung der Führungskräfte, aber auch des Teams, um mit möglichen Konflikten und Herausforderungen besser umgehen zu können.

Eine inklusive Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Man muss sie wollen, sie muss gelebt werden und es sie ist nicht immer bequem. Treffen viele Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und Hintergründen aufeinander, wird es zu Kommunikationsschwierigkeiten und Konflikten kommen. Doch diese Konflikte führen uns schließlich unsere eigenen blinden Flecken, Unzulänglichkeiten und zum Teil auch Fehler auf. Genau hierin liegt das schöpferische Potenzial der Vielfalt. Und genau diese Vielfalt brauchen wir auf allen Ebenen des Unternehmens, von der Geschäftsführung bis hin zum Nachwuchs, von der Unternehmenskultur bis hin zu den wertschöpfenden Prozessen.

Blockchain – So wird sie unsere Welt verändern

quarks.de

Lara Schwenner und Sebastian Sonntag

19.10.2021

Kryptowährungen wie Bitcoin sollen unser Geldsystem revolutionieren. Aber die Blockchain, die Technologie dahinter, ist viel mehr als das: Sie könnte Lieferketten transparenter und den globalen Handel sicherer machen, Korruption und Bürokratie abbauen – und dein Portemonnaie ersetzen. Doch wird die Technologie zu Recht so gehypt?

Satoshi Nakamoto hat im Jahr 2008 ein Paper mit der Überschrift „Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System“ veröffentlicht. Die Idee, die darin beschrieben wird: eine digitale Währung, die anonym versendet werden kann; ein Geldsystem, das nicht von einer staatlichen Autorität kontrolliert wird – wie es heute oft der Fall ist – sondern von einem großen öffentlichen Netzwerk. Damit war der Bitcoin geboren, eine Kryptowährung, die es möglich macht, digitales Geld direkt von Mensch zu Mensch zu versenden – ohne dass zentrale Instanzen wie Banken dazwischengeschaltet sind. Heute ist der Bitcoin, vor allem wegen der hohen Kurse, mehr Geldanlage als Zahlungsmittel, aber wohl immer noch die bekannteste Anwendung der Blockchain-Technologie. Grundsätzlich kann nämlich jede Art von Information auf einer Blockchain gespeichert und verwaltet werden, zum Beispiel Besitznachweise über Kunst, Musik oder Häuser, Frachtbücher, Nachweise über Zeugnisse, sogar Identitäten.

Auf einer Blockchain werden alle Informationen dezentral gespeichert. Die Informationen liegen also verteilt auf vielen, zum Teil Tausenden Computern, die das Blockchain-Netzwerk bilden. Die Blockchain also ein Werkzeug, mit dem sich Daten speichern und verwalten lassen – vergleichbar mit einem Buchhalter, der ein Register führt und täglich neue Einträge in seine Tabelle schreibt: So entsteht eine Liste von Daten, die immer länger wird (englisch: chain), und die zusammengefasst in Blöcken gespeichert werden (englisch: block), die Blockchain. Da jeder Computer im Blockchain-Netzwerk eine exakte Kopie aller gespeicherten Daten besitzt, übernehmen viele Computer – wenn man so will – gemeinsam die Rolle des Buchhalters.

Die Vorteile der Blockchain

Wenn auf einem Computer eine gespeicherte Information nachträglich verändert oder sogar gelöscht wird, fällt das sofort auf – da noch viele identische Kopien der Blockchain auf den anderen Computern im Netzwerk liegen. Was einmal in die Blockchain geschrieben wurde, kann nicht mehr überschrieben oder gelöscht werden. Das macht die Technologie quasi fälschungssicher. Jeder neue Block wird außerdem verschlüsselt. Dadurch lassen sich alle Aktionen, die auf einer Blockchain gespeichert sind – jeder Zeugnisnachweis, jede Besitzurkunde, jede Transaktion – exakt zurückverfolgen. Durch die verschlüsselte Speicherung von Daten auf vielen Computern erzeugt die Blockchain technisch Vertrauen, für das wir bisher Akteure brauchen, die als Mittler fungieren: Banken, die garantieren, dass ein Geldschein echt ist; Wahlbüros, die dafür sorgen, dass nur die Scheine von Wahlberechtigten in der Urne landen; Notar:innen, die beglaubigen, dass wir die Besitzer:innen eines Hauses sind. So könnte die Blockchain zentrale Akteure wie Banken, Behörden oder Notar:innen (theoretisch) ersetzen. Die Idee für einige Blockchain-Anwendungen geht sogar so weit, dass gar nicht Menschen neue Daten auf die Blockchain schreiben, sondern Maschinen. Daher bescheinigen Fachleute der Blockchain gerade in Industrieprozessen großes Potenzial. Der Einsatz von Blockchain-Anwendungen könnte immer dann Sinn machen, wenn viele Akteure involviert sind und ein vertrauenswürdiges System benötigen. Auch im Projekt „Digitale Identitäten“ der Bundesregierung setzt man auf die Blockchain-Technologie. Hier arbeiten Unternehmen an einer Art digitaler Brieftasche, die auf dem Handy gespeichert werden kann und alle Nachweise enthält, die wir heute in der normalen Brieftasche haben, vom Führerschein bis zum Personalausweis. So sollen wir uns leichter – und fälschungssicher – ausweisen können.

Die Grenzen der Blockchain

Was einmal in die Blockchain geschrieben wurde, ist zwar fälschungssicher – doch die Blockchain garantiert nicht, dass eine Information wahr ist. Theoretisch können also auch falsche Daten in einer Blockchain gespeichert werden, zum Beispiel eine falsche Note in ein digitales Zeugnis übertragen werden – und dennoch würde die Blockchain die Echtheit des Zeugnisses garantieren. Hinzu kommt: Manche Blockchain-Anwendungen wie Bitcoin verbrauchen Unmengen an Energie. Schätzungen der Cambridge University zufolge braucht es derzeit jährlich etwa so viel Energie wie die Niederlande in einem Jahr verbrauchen, um allein das Bitcoin-Netzwerk zu betreiben.

Wie wird es mit Blockchain weitergehen?

Ein zweites Leben für den Föhn

taz.de

Heike Holdinghausen

13.02.2022

In Deutschland werden mehr Elektrogeräte recycelt. Die Deutsche Umwelthilfe beklagt zu niedrige Sammelquoten. Repariert wird zu wenig.

Alte Waschmaschinen, Trockner, Drucker oder Staubsauger: In Deutschland sind im Jahr 2020 mehr Elektrogeräte wiederaufbereitet worden. Insgesamt wurden 899.300 Tonnen Elektro- und Elektronikaltgeräte recycelt, das waren 90.800 Tonnen oder 11,2 Prozent mehr als 2019, teilte das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mit. Die Recyclingquote, also der Anteil der recycelten oder zur Wiederverwendung vorbereiteten Geräte, stieg leicht um 1,3 Prozentpunkte auf 86,7 Prozent. Durch Reparaturen wiederverwertbar gemacht wurden aber nur wenige Geräte. Eine Grünen-Abgeordnete will die Massen an Altgeräten nun per Reparaturzuschuss eindämmen. Mehr als ein Viertel aller 2020 angenommenen Elektro- und Elektronikaltgeräte waren laut den Statistikern Großgeräte – etwa Waschmaschinen, Wäschetrockner, Großdrucker und Nachtspeichergeräte. Ein weiteres gutes Viertel entfiel auf Kleingeräte wie Staubsauger, Toaster oder Hi-Fi-Anlagen. Knapp ein Fünftel waren Wärmeüberträger, zu denen Kühl- und Gefrier- sowie Klimageräte zählen.

Beim Recycling werden Abfälle so aufbereitet, dass gewonnene Rohstoffe zur Herstellung neuer Produkte genutzt werden können. Bei der Erstbehandlung hingegen werden angelieferte und unbehandelte Geräte aussortiert, Teile demontiert oder Schadstoffe entnommen. Denn viele Elektrogeräte enthalten Schwermetalle, Flammschutzmittel und Weichmacher, wie Umweltschützer betonen. 2020 wurden laut den Statistikern 1.037.000 Tonnen Elektro- und Elektronikaltgeräte hierzulande recycelt, anderweitig verwertet oder beseitigt. Nur ein Bruchteil von 1,9 Prozent aller angenommenen Geräte wurde aber ganz oder in Bauteilen wiederverwendbar gemacht, etwa durch Reparaturen. Um die Reparaturquote zu erhöhen, bietet der bundesweite Dachverband für Secondhand-Kaufhäuser Re-Use Deutschland fortlaufend Qualifizierungen für Mitgliedsbetriebe und Interessierte an. „Die Seminare sollen die Professionalität in den Re-Use-Unternehmen erweitern und die Kooperationsfähigkeit der eigenständig agierenden Verbandsmitglieder stärken“, teilt der

„Mit der Qualifizierung, Weiterbildung und Vernetzung machen wir auch die Leistungen der Secondhand-Kaufhäuser sichtbar und dokumentieren das Branchenwissen“, erklärt Sabine Rolf, zuständig für Weiterbildung bei Re-Use Deutschland. Der Verband will nach Vorbild der Niederlande und Belgiens Second-Hand-Warenhäuser bundesweit einheitlich bekannt machen und bewerben und damit den Markt für Second-Hand-Artikel, von Kleidern, Möbeln und Geschirr bis eben zu Elektrogeräten ankurbeln. Auch die Bundesregierung hat den Massen an Elektroschrott den Kampf angesagt. SPD, Grüne und FDP haben im Koalitionsvertrag ein „Recht auf Reparatur“ angekündigt. Lebensdauer und Reparierbarkeit sollen demnach „zum erkennbaren Merkmal der Produkteigenschaft“ werden. In dieser Woche hatten Verbände der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft diesen Kurs in einer gemeinsamen Erklärung unterstützt. BDE (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.), bvse (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.), BDSV (Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V.) und VDM (Verband Deutscher Metallhändler e. V.) betonten, dass „die Weichen für die Langlebigkeit eines Produkts und die spätere bestmögliche Rohstoffrückgewinnung bereits beim Produktdesign gestellt werden“. Damit künftig sicheres und umweltfreundliches Recycling möglich sei, müsse „jeder, der in Deutschland ein Produkt in Verkehr bringt, dafür Sorge tragen, dass Reparatur und ein ordnungsgemäßes und schadloses Recycling möglich sind“. Das gelte auch für Importware von außereuropäischen Märkten. Dies müsse regelmäßig kontrolliert werden.

Seit Jahresbeginn gilt auch eine verschärfte Rücknahmepflicht für alte Elektrogeräte im Handel. Damit müssen auch Supermärkte, die Lebensmittel auf einer Gesamtverkaufsfläche von mindestens 800 Quadratmetern verkaufen und mehrmals im Kalenderjahr oder dauerhaft Elektro- und Elektronikgeräte anbieten, Rücknahmestellen einrichten. Dafür gilt aber bis zum 30. Juni 2022 eine Übergangsfrist.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) weist darauf hin, dass trotz der gestiegenen Zahlen gerade einmal 44,3 Prozent des Elektroschrotts und 45,6 Prozent der Altbatterien ordnungsgemäß gesammelt und recycelt würden. „Um Sammel- und Recyclingquoten grundlegend zu erhöhen, bedarf es verbindlicher Sammelsysteme für Elektroschrott und höherer Sammelquoten für Batterien“, so die DUH. Zudem müssten Vorgaben zum Produktdesign für eine längere Nutzungsdauer sorgen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf besser über ihre Rückgaberechte informiert w

Maurer vor Start zur ISS: Influencer in unendlichen Weiten

ZDF.de

Susanne Freitag-Carteron

28.10.2021

Klappern gehört zum Handwerk - das gilt auch für die Raumfahrt. Der ISS-Flug von Astronaut Matthias Maurer ist zwar eine Forschungs-, aber eben auch eine Kommunikationsmission. ESA-Astronaut Matthias Maurer bereitet sich gerade auf seine ISS-Mission vor. Vom All aus will er auch als Influencer in den Sozialen Medien tätig werden. "Falls ihr am Sonntagmorgen noch nichts geplant habt, habe ich hier einige Tips für euch, wie ihr meinen Start mit #Crew3 zur @space_Station [...] live mitverfolgen könnt", twittert @astro_matthias - Matthias Maurer. Social Media und das All sind untrennbar miteinander verbunden, Weltraum trendet. Wissenschaft muss wieder cool werden. Genau deshalb hat Bernd Breiter aus Frankfurt am Main in Florida, Cocoa Beach an der "Space Coast" ein Boot gemietet. Vom Wasser aus hat man einen direkten Blick auf die Abschussrampe. Auch Influencer aus Deutschland sollen an Bord sein.

"Cosmic Kiss" liken: Breiter ist eigentlich Musikproduzent. Er hat die offizielle Hymne zur Mission "Cosmic Kiss" komponiert, abrufbar auf YouTube. Und er hat Großes vor. Beim Astronautenkongress in Dubai hatte er einen Live-Termin mit Matthias Maurer, der aus der US-Quarantäne zugeschaltet war. Thema: Raumfahrt und Unterhaltung. Denn Maurer hat da oben nicht nur eine Forschungs-, sondern auch eine Kommunikationsmission. "Wir müssen die neue Generation erreichen", sagt Breiter. "Die, die nicht mehr lineares Fernsehen schaut oder Zeitung liest." Die Raumfahrtagentur Esa hat sich nach anfänglichen Zweifeln auf den Deal eingelassen. Und so sind im Netz jetzt monumentale Trailer mit spektakulären Bildern aus dem All, von Breiters Mega-DJ-Events und von coolen jungen Menschen zu sehen. "Cosmic Kiss" soll geliked werden.

Astronauten als mediale Aushängeschilder: "Was wir im All machen, ist in erster Linie Wissenschaft", sagt Maurer. "Aber viele Menschen können allein mit der Wissenschaft nicht so viel anfangen. Die müssen wir ansprechen." Astronauten sind zu medialen Aushängeschildern der Raumfahrt geworden - muss sein, denn auch in dieser Hinsicht ist die Konkurrenz der privaten Anbieter groß. Das Aufsehen war enorm als der britische Unternehmer Richard Branson mit Virgin Galactic zum ersten Privatflug ins All startete. Inzwischen fliegen gefühlt alle paar Wochen Milliardäre ins All, um mal zu sehen, wie die Welt von oben aussieht. Amazon-Macher Jeff Bezos landete einen Klick-Hit als er den Original Captain Kirk aus Star Trek, den Schauspieler William Shatner für zehn Minuten mit ins All nahm. Es gab Tränen der Rührung, Champagner und Likes.

Raumstation für Touristen? Gleich neben dem Kennedy-Space Center, von wo aus Matthias Maurer und die "Crew 3" am Sonntag früh aufbrechen werden, stehen jetzt riesige Gebäudekomplexe von "Blue Origin". Bezos hat hier in wenigen Jahren ein Business Imperium in die Landschaft gepflanzt. Arbeitsplätze gibt es hier natürlich auch. Und Tesla-Chef Elon Musk hat angekündigt, dass er eine eigene Raumstation für Touristen bauen wird. Die Welt reibt sich die Augen, mit welcher Geschwindigkeit das All plötzlich erreichbar wurde und schaut kritisch auf die Superreichen, die einfach mal so in den Weltraum katapultiert werden.

Kommerz im Kosmos ist längst zur Realität geworden: Am Kennedy Space Center schaut Alexander Gerst auf das Abfluggelände, er wird beim Start dabei sein. "Wir sehen jetzt viele Milliardäre die in den Weltraum fliegen, da muss man drüber hinwegsehen, man muss weiter schauen, der Weltraum wird viel, viel zugänglicher. Nicht nur für Touristen, sondern auch für andere Anwender, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die damit andere Plattformen finden, um ihre Experimente zu fahren". Auch Maurer sieht die private Konkurrenz im All als Start in eine neue Ära: "Wenn mehrere Akteure aktiv sind, können wir die Systeme verbessern, die Systeme robuster machen, und den Zugang für viele Menschen ermöglichen. "Auf die lange Frist gesehen denke ich, dass Raumfahrt in der Zukunft das sein wird, was heute die Luftfahrt für uns ist. "Und wenn wir 100 Jahre zurückschauen, da gab es wenige Exoten, die in klapprige Kisten gestiegen sind, und dann durch die Lüfte geflogen sind, heute ist das ganz normal", so Maurer. "Im letzten Auswahlverfahren hatten wir 16% Frauen", so der Astronaut Thomas Reiter. Dies solle aber noch erweitert werden. Raumfahrt habe eine zunehmende Bedeutung. Als er das sagt, steht er auf dem Rollfeld, auf dem er gerade mit seinen "Crew 3"-Kollegen gelandet ist. Alle vier strahlen in die Kamera, ihr Countdown läuft. Sie fliegen übrigens mit einer SpaceX-Kapsel von Elon Musk. Weltall hin- und zurück bitte - so soll das demnächst hier in Florida gehen. Ein Bahnhof direkt am Meer, an der "Space Coast". Hier erwarten sie am Sonntag 100.000 Schaulustige, die umliegenden Kneipen, Restaurants und Hotels freuen sich. Und wenn das Astronautenteam in den Himmel dröhnt, stehen auf Bernd Breiters Partyboot am Cocoa Beach die Influencer und machen spektakuläre Fotos, generieren Milliarden Likes. Matthias Maurer macht dann hunderte wissenschaftliche Experimente in 400 Kilometer Höhe und wird dabei gleichzeitig zum höchsten Influencer des Universums

Wohnst du noch oder enteignest du schon?

novo-argumente.com

Jörg Michael Neubert

20.10.2021

In Berlin will eine Abstimmungsmehrheit große Wohnungsvermieter enteignen. Das würde mehr Probleme verursachen als lösen. Gottfried Benn wird der Spruch zugeschrieben, dass die Steigerung von „schlecht“ „gut gemeint“ sei. Genau das kann man aktuell in Berlin beobachten. Neben der Wahl des Bundestags- und Abgeordnetenhauses wurde nämlich auch über eine Volksinitiative zur Enteignung von großen Wohnungsbaukonzernen abgestimmt. Dieser wurde von einer Mehrheit angenommen, so dass sich die Politik zumindest damit beschäftigen muss. Vielen erscheint es auf den ersten Blick so, als könnte eine Enteignung der Wohnungskonzerne den Anstieg der Mieten in Berlin bremsen. Das würde für die betroffenen Wohnungen technisch gesehen sogar funktionieren, auch wenn es das Grundproblem, dass es zu wenige Wohnungen gibt, nicht löst. Außerdem würde die Verstaatlichung zu anderen Problemen führen, die diesen Nutzen schnell wieder konterkarieren würden. Womit wir wieder bei Herrn Benn wären. Nehmen wir also hypothetisch an, der Berliner Senat entscheidet sich für die Enteignung der Immobilienunternehmen. **Was wären die Folgen?**

Die Finanzen: Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass die Übernahme der Wohnungen Kosten im Bereich von 40 Milliarden Euro verursachen würden. Das ist der kumulierte Marktwert der ca. 250.000 Wohnungen, die sich im Besitz von größeren Immobilienunternehmen befinden. Dieses Geld müsste Berlin erst einmal aufbringen. Der aktuelle Schuldenstand des Landes beträgt 63,71 Milliarden Euro, er würde damit um über 60 Prozent auf gut 100 Milliarden Euro steigen. Diese zusätzlichen Schulden müssen natürlich irgendwie bezahlt werden und es wird wohl die ökonomische Binsenweisheit gelten, dass die Schulden von heute die Steuererhöhungen von morgen sind. **Die Verwaltung:** Nehmen wir nun weiter hypothetisch an, dass Berlin die Wohnungen kauft und eine solide Finanzierung des Kaufs auf die Beine stellt. Nun da die Wohnungen da sind, ergibt sich das nächste Problem. 250.000 Wohnungen müssen bewirtschaftet werden. Es müssen Mietverträge erstellt, verwaltet etc. werden. Die Gebäude müssen instandgehalten und in gewissen Zeiträumen saniert werden usw. Das benötigt Personal und Expertise. **Die Verteilung:** Neben der Verwaltung der Wohnungen gibt es noch ein weiteres Problem. Nämlich wer die Wohnungen bekommt. Zunächst sind die meisten Wohnungen ja vermietet und alles bleibt beim Alten. Lediglich die Mieten würden ggf. sinken bzw. stabil bleiben. Was passiert aber mit der Zeit, wenn Mieter ausziehen? Das Projekt der Enteignung wird im Kontext sozialer Gerechtigkeit geführt. Müsste das Land mehr Sozialwohnungen ausweisen als ohnehin schon im Bestand der großen Wohnungsunternehmen? Daraus folgen zwei Probleme. Zum einen verlore die Stadt durch mehr Sozialwohnungen weiter Geld, weil es genügend Personen gäbe, die bereit wären, mehr für die Wohnung zu zahlen. Zum anderen entfacht sie so einen Verteilungskampf. Da der Preis der Wohnungen nicht mehr die reale Situation abbildet, muss der Staat entscheiden, wer eine Wohnung bekommt und wer nicht. Das wird wenig zum sozialen Frieden beitragen, da hier einfach das Marktkriterium der Zahlungswilligkeit durch staatliche Willkür ersetzt wird. **Falsche Anreize:** Unabhängig davon, wie der Staat mit den Wohnungen umgeht, existiert noch ein anderes grundsätzlicheres Problem. Die künstliche Verbilligung von Wohnraum bei gleichbleibendem Angebot wird dazu führen, dass sich die Wohnungssituation weiter verschlechtert. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, muss man sich kurz klar machen, was steigende Preise eigentlich bedeuten. Steigende Preise zeigen an, dass es offenbar einen Mangel an irgendeinem Gut gibt. In diesem Fall eben an Wohnraum. Oder ganz profan ausgedrückt: Es wollen viele Menschen in Berlin wohnen, insbesondere in bestimmten Stadtteilen. Da es nur eine begrenzte Menge an Wohnraum gibt, muss die Nachfrage gebremst werden. Das passiert über den Preis. Die steigenden Preise sind also kein Fehler, sondern ein Vorteil des Immobilienmarktes. Nur dadurch wird der vorhandene Wohnraum effizient verteilt und Menschen, die dort unbedingt wohnen wollen, haben auch einen Anreiz, mehr Geld zu verdienen, um dort wohnen zu können. „Nur wenn der Staat einerseits selbst Neubauten erstellt und andererseits Bauen für den ‚Normalbürger‘ einfach und erschwinglich macht, kann das Wohnungsproblem in Berlin auf Dauer gelöst werden.“ Wenn der Staat diesen Mechanismus nun teilweise außer Kraft setzt, indem er Wohnungen unterhalb des Marktpreises anbietet, so sendet er nach außen ein fehlerhaftes Signal. Wenn viele Wohnungen nun wieder günstiger zu haben sein sollten, ist es wieder für mehr Menschen attraktiv, nach Berlin zu ziehen. Das wird die Nachfrage aber weiter erhöhen, ohne dass dieser Nachfrage ein entsprechendes Güterangebot gegenübersteht. Anstatt sich in ein derartiges Experiment mit ungewissen Ausgang hineinziehen zu lassen, sollte die Politik sich vielmehr darum bemühen, die einzig langfristige Lösung dieses Problems anzustreben. Und die lautet, so simpel das klingt: Bauen, Bauen, Bauen.

Freeganismus: Ernährungsform als Lifestyle der Konsumkritik

gmx.net

Rahel Arleth

04.10.2021

Veganer, Flexitarier, Pescetarier: Von den meisten Ernährungsformen haben viele Menschen zumindest schon einmal gehört. Aber was ist Freeganismus? Hierbei handelt es sich um eine Ernährungsform, die gleichzeitig Konsumkritik ist. Freeganismus will auf die verschwenderische Lebensweise der westlichen Gesellschaft aufmerksam machen und diese nicht unterstützen.

In Zeiten, in denen immer mehr Menschen aus den Kirchen austreten, scheint die Ernährung irgendwie zur Ersatzreligion geworden zu sein. Da kann selbst die Packung Milch auf dem Frühstückstisch die Familie spalten. Lacto-Vegetarier, Veganer und Flexitarier - davon haben viele Menschen mittlerweile schon mal gehört. Aber Freeganismus? Free wie frei? Also nichts? Ernähren sich diese Menschen nur von Luft und Liebe? Nein, weit gefehlt! Beim Freeganismus handelt es sich vor allem um Konsumkritik. Um den Freeganer an sich besser verstehen zu können, sollte man zunächst eine Einordnung der verschiedenen Ernährungsformen vornehmen. Denn seien wir ehrlich: Es ist kompliziert. Gründe, warum Menschen sich vegan oder vegetarisch ernähren, gibt es viele. Die einen tun es für die Umwelt, die anderen für die Gesundheit und die dritten aus ethischen Gründen. Freeganer hingegen wollen mit ihrer Art der Ernährung ein Statement gegen die Verschwendung von Lebensmitteln setzen.

Etwa 75 Kilo Essen schmeißt jede und jeder Deutsche pro Jahr weg. Und mit 52 Prozent entsteht der Großteil der Lebensmittelabfälle in privaten Haushalten. Wir können uns also alle mal an die eigene Nase fassen, wenn es um Lebensmittelverschwendung geht. Da brauchen wir gar nicht auf Aldi, Lidl und Co. zu zeigen. Anhänger des Freeganismus tun es auf die konsequenteste Art und Weise: Sie ernähren sich vegan, aber nur mit Lebensmitteln, die sie im Müll finden. Klingt eklig? Ist es erstaunlicherweise gar nicht. Denn ein Großteil der Lebensmittel, die im Einzelhandel weggeschmissen werden, sind noch einwandfrei genießbar. Jedoch sind Händler dazu verpflichtet, Lebensmittel zu entsorgen, deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist oder die optische Mängel haben. Eine angedrückte Banane kauft zum Beispiel niemand mehr und auch der fleckige Apfel wandert in den Müll. So ein Quatsch: Denn den Apfelkuchen interessiert es herzlich wenig, wie das Obst vorher aussah und auch aus der Banane lässt sich noch ein vernünftiges Bananenbrot backen. Darüber hinaus sind viele der Lebensmittel verpackt. Es macht also nichts, wenn man sie einfach wieder aus dem Müll holt. In Artikeln und Berichten zum Thema Freeganismus und den Kommentarspalten scheint häufig der Eindruck zu entstehen, dass Freeganer wirtschaftlich schlecht dastehen. Dass sie beispielsweise ein geringes Einkommen haben oder andere finanzielle Nöte, die sie dazu zwingen, nachts in Containern zu wühlen. Dem ist aber meist nicht so, denn Freeganismus ist eine bewusste Entscheidung gegen den Konsum. Man könnte sich Lebensmittel aus dem Supermarkt leisten, tut es aber nicht, weil man mit seinem Euro nicht zur Lebensmittelverschwendung beitragen will. Tatsächlich kommen die meisten Freeganer aus der Mittelschicht, sind tendenziell höher gebildet und relativ jung. Und wer sich nun denkt: "Immer diese neumodischen Konzepte", der hat in den vergangenen Jahren leider nicht richtig aufgepasst. Denn die ersten Veröffentlichungen zum Thema erschienen bereits 2005. Hier wird Freeganismus noch größtenteils in Verbindung mit der linksradikalen und autonomen Szene erwähnt und in erster Linie nicht als Ernährungskonzept behandelt. Stattdessen sollte der Freeganismus die Mitmenschen "aufwecken" und erkennen lassen, wie verschwenderisch wir in unserer westlichen Gesellschaft leben. Man wollte erreichen, dass der Wert von Lebensmitteln wieder mehr in den Fokus rückt. Ziemlich noble Ziele, die da mit dem Müll anderer verfolgt werden. Wenn man einmal genau hinsieht, dann ist das Ideal des Freeganers sogar ziemlich weit verbreitet. Sogenannte Umsonstläden und Verteilerschränke handeln nach demselben Prinzip und auch die Tafel verteilt Lebensmittel, die in Supermärkten und Großküchen übrig bleiben. Auch die deutschen VolXküchen sind häufig freegan. Hierbei handelt es sich um wöchentlich stattfindende Treffen, bei denen in der Gruppe gekocht und das Essen dann zum Selbstkostenpreis angeboten wird. Doch ein Problem bleibt bestehen. Containern ist in Deutschland offiziell verboten. Das Bundesverfassungsgericht entschied im August 2020, dass das Retten von Lebensmitteln strafbar bleibt, weil die Lebensmittel auch dann dem Supermarkt gehören, wenn sie im Müll liegen. In Frankreich etwa ist das anders.

Freeganer zu sein ist also im Grunde konsequent zu Ende gedachter Veganismus. Gleichzeitig ist die Ernährungsform Konsumkritik. Und auch wenn nicht jede oder jeder gleich Freeganer wird, kann man doch mal in den eigenen Kühlschrank schauen und sich fragen, ob man die Möhren da nun wirklich wegwerfen muss oder vielleicht doch heute Abend mal eine Gemüsesuppe draus macht

Ein Dorf hofft auf den Zug

deutschlandfunkkultur.de

Ronny Arnold

09.12.2021

Viele Bahnstrecken in ländlichen Regionen wurden in den letzten Jahrzehnten stillgelegt. Auch östlich von Leipzig gibt es verwaiste Bahnhöfe und zugewachsene Gleise. Doch ein Gutachten sieht nun für die alten Strecken eine neue Chance. Das Geräusch von Zügen, die direkt durch ihren kleinen Ort, 20 Kilometer östlich von Leipzig, rollen, kennen die älteren Brandiser noch. Früher hielten die Züge hier sogar. Also Züge, die Menschen von A nach B befördern. Es war eine praktische Sache, damals. "Ich kenne das noch, bin damit zur Lehre nach Leipzig gefahren. Stündlich ist da ein Zug gefahren. Man musste mitunter in Beucha umsteigen, mitunter ist er bis Leipzig durchgefahren. Wie lange das her ist? 1980." Vor gerade einmal 41 Jahren also. Beim Gedanken daran muss Andreas Knörnschild schmunzeln. Beim Blick aufs Bahnhofsgebäude vergeht dem Brandiser das Lächeln allerdings schnell. Das ist nämlich komplett verfallen. Die meisten Fenster des alten Backsteinbaus sind eingeschmissen – oder gleich ganz zugemauert. Auf dem Weg zum ehemaligen Bahnsteig wachsen meterhohe Bäume. Ein Großteil der Gleise ist von Büschen überwuchert. Doch das könnte sich nun ändern – die Gerüchteküche brodelt. „Wir haben etwas gehört und wir würden uns über eine Bahnverbindung wirklich sehr freuen. Erst einmal von der Historie her würde uns das Freude machen. Jetzt müssen wir das Auto schon nutzen, wenn wir Termine im Rathaus haben – dann müssen wir von Brandis nach Beucha fahren. Wir vermuten, dass das alles eine Weile dauert. Aber wenn erstmal der Gedanke da ist, und das angestoßen wird – ein paar aktive Leute sind ja immer notwendig – klar würden wir das nutzen.“ Für die Brandiserin Helga Stiebritz ist die Sache klar: eine Bahnverbindung direkt vor der Haustür, das wäre eine tolle Sache. Arno Jesse, ihr Bürgermeister, sieht das genauso. "Vor drei, vier Jahren haben wir das mal angeschoben. Da war es eine Vision, die überhaupt nicht greifbar war. Jetzt gibt es ein sogenanntes Basisgutachten. Und wenn man in dieses Basisgutachten reinschaut, dann ist insbesondere diese Strecke Beucha – Brandis, Brandis – Trebsen die Strecke, die sich auch betriebswirtschaftlich rechnen würde. Und das macht mich natürlich extrem optimistisch, zumal wir doch alle wissen, dass der Umstieg auf ÖPNV enorm wichtig ist. Und dass das ein Standortvorteil ist, gerade für den ländlichen Raum.“ Im „Basisgutachten zur Bahn-Reaktivierung“, in Auftrag gegeben vom sächsischen Wirtschaftsministerium, geht es um insgesamt sechs stillgelegte Bahnstrecken im gesamten Freistaat. Prognostiziert werden um die tausend Fahrgäste, täglich. Die Schienen sind noch da, ab und an rollt sogar ein Güterzug auf der Strecke. Es müsste also nicht alles neu gebaut werden. Deswegen kann es funktionieren, sagt auch der Bürgermeister von Trebsen. Stefan Müller befürchtet aber, dass es noch Jahre dauern wird, bis hier wieder Züge rollen. Trotzdem: Es wäre ein Gewinn – für die gesamte Region. „Im Moment findet die Prüfung erstmal in Dresden statt. Das ist ein erster Schritt. Da sind wir auch sehr froh darüber, dass das schon mal so weit gediehen ist. Und ich bin der festen Überzeugung, dass inzwischen wieder mehr Menschen den Bahnverkehr schätzen würden. Jede Kommune kann froh darüber sein, wenn sie einen Bahnanschluss hat. Ich denke aber, dass es nicht nur für den ländlichen Raum Vorteile bringen würde, also nicht nur für die Stadt Trebsen mit ihren Stadtteilen Seelingstädt und Altenhain, sondern auch für die Menschen, die in der Großstadt wohnen. Denn bei uns gibt es auch einige Dinge, die touristisch sehenswert sind, wenn ich an unser Schloss denke, an unser Rittergut, der Mulde-Elbe-Radweg beginnt in Trebsen. Und da wäre ein Personenverkehr mit der Bahn auf jeden Fall hilfreich.“ Die große Hoffnung: mit der Bahn kommen mehr Touristen. Für Katrin Kamm vom Ortschaftsrat Altenhain, einer kleinen zu Trebsen gehörenden Gemeinde, könnte die Zugverbindung sogar das Ausbluten der Region stoppen – also sinnbildlich. Die Bahn wäre ein Anreiz für die junge Generation, nicht direkt nach der Schule von hier zu verschwinden. "An jungen Familien und Kindern mangelt es uns nicht. Mit der Bahnverbindung besteht die Chance, dass man eine Alternative zum eigenen Auto hat – gerade für die junge Generation, die zur Ausbildungsstätte fährt oder zur Uni. Nicht jeder kann sich für seine Kinder ein Auto leisten. Und das ist im Moment eher der Punkt, warum die Jugend wegzieht, weil sie nicht wegkommt.“ Was die Diskussion um die Bahnstrecke nun noch zusätzlich befeuert, meint Kamm, seien die neuen Klimaschutzziele, die natürlich auch in den ländlichen Regionen Thema seien – besonders die steigenden Spritpreise. "Die aktuelle Spritpreispolitik wird schon den einen oder anderen zum Umdenken bewegen. Ich weiß aus Gesprächen, dass viele auch Anfang der 90er-Jahre nach Altenhain gezogen sind, weil es diese Verbindung gab. Und dann ist das eben 1997 eingestellt worden. Damals war vielleicht unabhängige Mobilität wichtiger als der ökologische Gedanke. Und der ist ja bei der jungen Generation viel, viel ausgeprägter. Ich kann mir schon vorstellen, dass das auf große Akzeptanz stößt.“

Bleibt die Frage nach der Finanzierung: "Das ist natürlich die Grundsatzfrage, wo ich tatsächlich denke, dass der Trend für uns spricht. Auch die neue Regierung wird in den Schienenverkehr stark investieren.

Mobilität und Freiheit

publicum.net

Arnold Schiller

15.03.2022

Wenn wir 1870 als Ausgangspunkt nehmen, dann hatte damals niemand ein Auto. Das Bedürfnis sich durch Europa zu bewegen wurde noch mit Pferden gelöst wie zu Zeiten Goethes und waren die Menschen etwas Moderner dann auch durch die Dampflok und Eisenbahn. Ich bin in einem kleinen Dorf aufgewachsen und kannte noch einen Landknecht, der zu dieser Zeit geboren war. Das Leben war nicht so hektisch und in die Landeshauptstadt ging man für wichtige Geschäfte auch mal vierzig Kilometer zu Fuss, wenn man arm war. Was aber sicherlich damals anders war, die Arbeitskräfte wurden vor Ort gebraucht. Sei es zur Kartoffelernte oder die Wiesen zu mähen. Die Großbauern beschäftigten einige Knechte. Im Waschhaus wurde Wäsche gewaschen. Noch 1970 hatte die Nachbarin die Tochter jenes Landknechtes kein Telefon. Erst ihr Sohn hatte ein Auto ja mehr noch, er schaffte bei BMW. Das Landleben hatte sich also grundsätzlich verändert. Viele Nachfahren der ehemaligen Landknechte wurden Fabrikarbeiter. Das exemplarische Bild soll aufzeigen, dass es gut hundert Jahre dauerte bis sich die industrielle Revolution auch in den hintersten Winkel des Landes verbreitete. 1970 war ein Landknecht ein fossil aus vergangenen Zeiten. Einer Zeit, die sich schon längst überholt hatte. Man lies ihn mit der Sense einen Berghang mähen, der sich maschinell nicht bearbeiten lies. Aber wirtschaftlich notwendig war er eigentlich schon lange nicht mehr.

Selbstverständlich war dies alles nur durch das Öl möglich. Aber zu dieser Zeit kommen Wissenschaftler auch zu der Erkenntnis, dass das Öl Probleme bereitet. Diese Erkenntnis hat sich bis heute 50 Jahre später immer noch nicht vollkommen durchgesetzt. Tatsächlich gefährden wir durch die Verbrennung der fossilen Treibstoffe unsere Lebensgrundlage. Das Öl jetzt aber wegzunehmen verbindet manche Menschen mit ihrer Freiheit und Mobilität. Und sei es, dass die Arbeitsstelle in der Fabrik gefährdet ist und der Weg dorthin zum Lebensunterhalt nicht mehr möglich wäre. Allerdings befinden wir uns wie vor der industriellen Revolution wieder in einem Umbruch. Der Fabrikarbeitsplatz wird wegfallen, weil der Roboter viele Tätigkeiten übernimmt. Die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten wären theoretisch auch von zu Hause aus machbar. Aber über 100 Jahre hat sich in Deutschland eine Präsenzkultur am Arbeitsplatz eingebürgert. Andere Lebensmodelle und Arbeitsweisen sind noch nicht weit verbreitet. Hinzukommt die Menschen haben den Freiraum im eigenen Auto lieb gewonnen und alleine die SUV als Statussymbol zeigen quasi eine emotionale Abhängigkeit. Dass das fossilgetriebene Automobil gar keine Lösung für die realen Probleme ist, sondern mehr eine emotionale Abhängigkeit der neugewonnenen Freiheiten durch die industrielle Revolution, ist den meisten Menschen gar nicht bewusst. Rein rational lassen sich die Bedürfnisse nach Mobilität und Freiheit vollständig auch ohne fossile Verbrennungsmotoren erfüllen. Rational erfüllt ein Dacia Spring mit 230km Reichweite und einem Verkaufspreis mit Förderung von ca. 10930€ die gleichen Bedürfnisse. Es wäre also nicht einmal der Rückschritt notwendig 40 Kilometer in die Landeshauptstadt zu Fuss zu gehen, wie es Landknechte um 1900 durchaus noch taten. Aber selbst wenn jemand keine zehntausen Euro hätte, gibt es auch billigere Lösungen zur Mobilität. Elektroroller für 2000 Euro oder Kleinfahrzeuge für 4000 Euro. E-bikes ab 800 Euro aufwärts gäbe es auch noch allerdings nur mit einer Reichweite von 20km, was für manche Mobilitätsbedürfnisse sicherlich nicht ausreichend ist. Und in den nächsten Jahren werden sicherlich auch noch die Preise neuer Mobilitätslösungen sinken. Sei es wie in Kelheim automatisch Busse ohne Fahrer, der auch einen öffentlichen Nahverkehr auf dem Land rentabel macht oder sei es einfach, dass ein Sono Sion für 5800 km im Jahr sich per Solarzellen selbst betankt. Da reden wir nicht von Zukunftstechnologie sondern von Technologie, die heute bereits verfügbar ist oder im Falle des Sono Sion vielleicht in einem Jahr.

Das Festhalten am fossilen Verbrennungsmotor ist ein Schritt in die Vergangenheit, so wie 1970 die Nachbarin noch kein Telefon hatte, weil sie mit dem neumodischen Zeug nichts anzufangen wusste und deren Sohn bei uns anrief, wenn er was von seiner Mutter wollte. Erst 1972 liess sie sich von einem Telefon überzeugen, dass das doch eine nützliche Sache wäre. Genauso scheinen mir alle Menschen zu sein, die aus Angst vor Verlust der Freiheit mit aller Gewalt an fossilen Verbrennungsfahrzeugen festhalten. Sie fühlen sich in ihrer Freiheit bedroht und in Wirklichkeit sind es nur Menschen, die in der Vergangenheit feststecken und keine Lösung akzeptieren, die ihre alten Gewohnheiten durchbrechen. Wäre nicht gleichzeitig sowohl wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und auch klimapolitisch, die Abkehr von Öl erforderlich, könnte man diese Ewiggestrigen ja einfach ignorieren. In 50 Jahren also 2070 hätten sie es vielleicht begriffen, nur diese Zeit haben wir einfach nicht mehr. Wir müssten jetzt die Transformation der Gesellschaft vornehmen.

Das Ehrenamt braucht mehr Wertschätzung, bessere Rahmenbedingungen und eine zielgruppenspezifische Ansprache

theuropean.de

Natalie Klauser

04.12.2021

Gesellschaftliches Engagement hat in den letzten Jahren zugenommen. Dennoch wird in der Öffentlichkeit häufig das Bild des aussterbenden Ehrenamtes gezeichnet und viele Verbände und Vereinigungen beklagen Nachwuchsprobleme. Umso wichtiger, dass das Ehrenamt gestärkt wird.

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement befinden sich im Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungen, wie die Gleichstellung der Geschlechter, der Bildungsausbau und die Tatsache, dass ältere Menschen länger gesund bleiben, haben dazu beigetragen, dass gesellschaftliches Engagement in Deutschland deutlich zugenommen hat. Im Jahr 1999 waren etwa 31 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig oder ehrenamtlich engagiert. Knapp 40 Prozent und damit 28,8 Millionen Menschen waren es 20 Jahre später. Dennoch wird in der Öffentlichkeit häufig das Bild des aussterbenden Ehrenamtes gezeichnet und viele Verbände und Vereinigungen beklagen Nachwuchsprobleme. Was hat es damit auf sich?

Zum einen weicht die ursprüngliche Begriffsbedeutung von Ehrenamt im Sinne einer gemeinwohlorientierten, unentgeltlichen Tätigkeit durch Übernahme einer Funktion zunehmend einem breiteren Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement. Dieses vollzieht sich nicht mehr zwingend in Form von langfristigen Verantwortlichkeiten innerhalb fester Vereins- und Verbandsstrukturen, sondern kann auch projektbezogen und informell erfolgen. Damit einhergehend werden die Begriffe „ehrenamtlich“ und „freiwillig“ zunehmend synonym verwendet. Zum anderen zeigen Untersuchungen, dass bildungsferne Bevölkerungsgruppen, Nichterwerbstätige und Menschen in strukturschwachen Regionen unterdurchschnittlich häufig ehrenamtlich aktiv sind. Auch Personen mit Migrationshintergrund sind vergleichsweise selten gesellschaftlich engagiert, auch wenn gerade hier eine große prinzipielle Bereitschaft zum Engagement besteht. Das Gleiche trifft für junge Menschen zu. Die Jugend (Generation Y und jünger) will sich aber eher in kurzfristige soziale Projekte einbringen, als sich an traditionelle Vereinigungen mit hierarchischen Strukturen zu binden. Auch hierdurch wird es schwieriger, jüngere Interessenten für klassische ehrenamtliche Vorstands- und Leitungspositionen, zum Beispiel im Heimatverein oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, zu gewinnen. Aber es gibt noch weitere Gründe für das hohe Durchschnittsalter von Ehrenamtlichen. Nach einer Befragung der Deutschen Kinder- und Studienstiftung wissen die 15- bis 27-Jährigen oft zu wenig über entsprechende Angebote. Hinzu kommt der durch den demographischen Wandel bedingte Rückgang des Anteils junger Menschen an der Gesamtbevölkerung. Doch bedeutet der demographische Wandel auch Chancen. Die geburtenstarke Babyboomer-Generation ist mit den klassischen Strukturen des Ehrenamtes vertraut, häufig bei guter Gesundheit und hoch motiviert. Mit dem Renteneintritt der Babyboomer ergibt sich ein großes Potenzial, ehrenamtlich Engagierte zu halten oder neu zu gewinnen. Fehlende Zugänge oder mangelnde Informationen führen jedoch auch bei grundsätzlich motivierten Seniorinnen und Senioren dazu, von einem Engagement abzusehen. Diese Kenntnis- und Zugangslücken können durch eine zielgruppenspezifischere Ansprache überwunden werden. Um mehr ältere Menschen zu erreichen, bietet sich die Vernetzung von Schnittstellenakteuren und Multiplikatoren an. Eine Maßnahme, die bereits in einigen Städten erprobt wird, sind Netzwerktreffen mit Ü-55-Jährigen, die in Kooperation mit Einwohnermeldeämtern per Serienbrief eingeladen werden. In Integrationskursen könnten Zugewanderte mit dauerhafter Bleibeperspektive auf Teilhabemöglichkeiten hingewiesen werden. Schulen können mit Vereinen und Verbänden zusammenarbeiten, um Jugendliche früh an Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements heranzuführen. Darüber hinaus bieten gemeinwohlorientierte Aktionen sowie die verstärkte Nutzung digitaler Medien auch traditionellen Vereinen eine Chance, junge Menschen vermehrt auf sich aufmerksam zu machen. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt unterstützt bundesweit bereits 100 gemeinnützige Organisationen im Umgang mit dem digitalen Wandel, benötigt aber mehr finanzielle Mittel, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Noch etwas ist wichtig: Ehrenamtliche wünschen sich mehr Beachtung und Anerkennung. Dafür ist der 5. Dezember als internationaler Tag des Ehrenamtes ein wichtiges Zeichen. Dieser sollte aber zum bundesweiten Aktionstag für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement werden. Auch die Aufwertung des Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement zu einem ordentlichen Bundestagsausschuss wäre ein wichtiges Signal der Anerkennung und des Stellenwertes der Engagementpolitik. Neue Kampagnenideen sollten außerdem gezielt junge Leute ansprechen. Anknüpfungspunkte für eine solche Kampagne gäbe es genug. Schließlich hat der Begriff vom „Ehrenmann“ beziehungsweise der „Ehrenfrau“ längst Einzug in die Jugendsprache gefunden.

Bertolt Meyer: „Das ultimative Ziel des Transhumanismus ist die Unsterblichkeit“

t3n.de

Insa Schniedermeier

26.04.2022

Professor Bertolt Meyer forscht an der TU Chemnitz zur Zukunft der Mensch-Maschine-Kollaboration und trägt selbst eine bionische Prothese. Im Interview erklärt er, warum er sich dennoch nicht als „Cyborg“ sieht und worauf es in der Zusammenarbeit mit Maschinen ankommt. In Meyers Forschung geht es unter anderem um die Zukunft der Mensch-Maschine-Kollaboration in öffentlichen Räumen. Sein Zugang zu dem Thema ist dabei ein sehr persönlicher, denn er kam selbst ohne linken Unterarm zur Welt und trägt seit seiner Jugend Prothesen. Dabei hat seine Aktuelle nur noch wenig mit dem Plastikcharme einer Schaufensterpuppe zu tun: Sie ist hellgrau und erinnert eher an einen Science-Fiction-Film. Am Handgelenk der Prothese trägt Meyer eine Apple Watch.

t3n: Bei Ihrem Forschungsprojekt „Hybrid Societies“ geht es darum, wie neue technologische Möglichkeiten unsere Arbeitswelt beeinflussen werden. Wie kann das in Zukunft aussehen?

Bertolt Meyer: Unsere westliche Industriegesellschaft steht vor der großen Herausforderung des demografischen Wandels. Zudem haben wir einen enormen Rationalisierungsdruck in der Produktion. Stand heute gibt es in Deutschland noch immer eine Menge harter Jobs in der Produktion, wo Menschen eben nicht mit einem Macbook Air und einem Chai Latte in einem Berliner Co-Working-Space sitzen und sich die nächste Dating-App ausdenken, sondern bei denen sie Dinge anfassen und sich die Hände schmutzig machen. Durch die Automatisierung dieser Knochenjobs können Win-win-Situationen für Unternehmen und Arbeiter:innen entstehen, wenn diese Menschen denn anschließend eine schönere Tätigkeit finden und nicht arbeitslos auf der Straße stehen.

t3n: Denken wir statt eines Ersetzens des Menschen an die Mensch-Maschine-Kollaboration. Was ist da zu beachten?

Bertolt Meyer: Das Ziel sollte immer sein, Arbeitsplätze zu schaffen, bei denen Synergien zwischen Maschinen und Menschen entstehen, bei denen also gemeinsame Leistungen entstehen, die über das hinausgehen, was ein Mensch oder eine Maschine allein leisten könnten. Menschen können zum Beispiel gut kreativ sein und sich spontan auf Dinge einstellen, während das Maschinen nicht so gut können. Durch die richtige Technik könnten Menschen auf der ganzen Welt zum Beispiel von der Fähigkeit einer tollen Chirurgin profitieren, die nicht an verschiedene Krankenhäuser reisen muss, um Leute zu operieren, sondern die das remote über einen Tele-Operations-Roboter machen kann. Oder sie haben jemanden in einer Montagehalle, dem der Roboter das schwere Werkstück anreicht, wobei der Mensch es nur noch weiterverarbeitet, ohne sich dabei die Wirbelsäule zu ruinieren.

t3n: Was verstehen Sie unter dem Begriff „Transhumanismus“?

Bertolt Meyer: Schon im Humanismus ist die Idee angelegt, dass die Selbstoptimierung in der Natur des Menschen liegt. Wir wollen uns verbessern und verwenden dafür bislang pädagogische Methoden. Heißt: Wir lernen. Wir bilden uns weiter. Wir betreiben Wissenschaft. Beim Transhumanismus wird die Pädagogik durch Technologie ersetzt. Im Kern des Transhumanismus steckt also die Idee der technischen Weiterentwicklung, Modifizierung und Verbesserung des Menschen. Das ultimative Ziel des Transhumanismus ist die Überwindung der Begrenzung des menschlichen Körpers, die sich am stärksten niederschlägt im Tod. Das heißt, das ultimative Ziel des Transhumanismus ist die Unsterblichkeit.

t3n: Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Bertolt Meyer: Spricht man über Unsterblichkeit, so drängen sich einem direkt einige große ethische Fragen auf. Unser Planet würde es zum Beispiel nicht verkraften, wenn alle Menschen unsterblich sind. Wer bekommt dann dieses Privileg und wer bekommt es nicht? Interessanterweise sind es ja häufig weiße, erfolgreiche, ältere Männer, die sich wünschen, unsterblich zu sein. Häufig mit dem Argument: „Ich habe so viel tolles Wissen im Laufe meines Lebens in meinem Kopf angereichert, es wäre doch schade, wenn das durch meinen Tod der Nachwelt verloren ginge“. Das halte ich für wahnsinnig narzisstisch.

t3n: Ist das Sterben nicht auch ein elementarer Mechanismus der menschlichen Evolution?

Bertolt Meyer: Absolut. Wenn wir Evolution als Prozess aus Variation, Selektion und Retention verstehen, dann gehört zur Selektion definitiv auch das Sterben. Und deswegen stellt sich für mich die Frage: Legen wir nicht Hand an die Wurzel des ultimativen Prozesses der Weiterentwicklung der Menschheit, wenn wir das Sterben aushebeln? Der Mensch muss vergessen können, um zu funktionieren, und eine Spezies muss auch sterben können, um sich weiterzuentwickeln. Als Sozialwissenschaftler ist meine Befürchtung dabei, dass die technologische Aufrüstung mittelfristig zu einer Homogenisierung unserer Spezies führen würde, was weniger Varianz und Variabilität bedeuten würde. Und da homogene Systeme auf Dauer anfälliger sind für Probleme als heterogene Systeme, steigt die Wahrscheinlichkeit für unsere Spezies, auszusterben.

Die Chance der Mehrsprachigkeit

Taz

Ömer Erzeren

14.09.2021

In Sachsen-Anhalt wurden an einer Grundschule Kinder nach Muttersprache getrennt. Auch andernorts wird das Potenzial von Mehrsprachigkeit übersehen.

Die Einschulung in Deutschland Anfang der 1960er Jahre ist meine erste traumatische Kindheitserinnerung. Ich, das einzige Türkenkind in der Klasse, hatte keine Schultüte. Ein Mädchen machte sich lustig und belehrte. „Wer keine Schultüte hat, wird immer eine Niete in der Schule sein.“

Doch wie mickrig ist mein Kindheitstrauma im Vergleich zu der jüngst in Burg in Sachsen-Anhalt versauten Einschulung der Kinder. Für die Erstklässler gab es drei Klassen. Zwei „deutsche“ Klassen und eine dritte für die Kinder mit Einwanderereltern. „Die Schulleiterin ist davon ausgegangen“, schreibt ein Vater auf Facebook, „dass alle Schüler*innen, die nicht blond sind und blaufarbige Augen haben, nicht mit Deutschen in der gleichen Klasse sitzen dürfen.“ Unter ihnen sind viele Kinder, die in Deutschland geboren, hier aufgewachsen sind und Kitas besucht haben. „Wie erklär ich meiner Tochter, dass sie nicht mit ihrer besten Freundin die gleiche Klasse besuchen darf“, heißt es weiter. Die Verantwortung trifft nicht die Eltern, sondern Schule und Politik. Und das Ganze nach einem halben Jahrhundert der jüngsten Einwanderungsgeschichte in Deutschland.

Es gab einen Aufschrei der Eltern. Von einer rassistischen Trennung aufgrund äußerlicher Zuschreibungen“ sprach das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen. Von Apartheid war die Rede. Letztendlich musste die Schulleitung die Einteilung der Schulklassen verändern. Der Sprecher des Landesschulamtes erklärte, man habe „die Sensibilität des Themas“ falsch eingeschätzt. Wie wahr. Kinderseelen sind sensibel.

Die von der sechsjährigen Aischa zum Beispiel. Sie ist in Deutschland geboren, mehrsprachig aufgewachsen und spricht perfekt Deutsch und Arabisch. Doch in der Diktion der Schulbürokratie ist sie ndH. Ein Kind nichtdeutscher Herkunftssprache, defizitär, weil man unterstellt, sie beherrsche die deutsche Sprache nicht. Wieso gibt es nicht das Kürzel maK (mehrsprachig aufgewachsene Kinder), welches nicht über Defizite, sondern über Stärken definiert ist? (Ein Beispiel aus eigener Erfahrung: Kindern, die die moderne türkische Grammatik beherrschen, fällt der Mathematikunterricht sehr leicht.)

In einem wissenschaftlichen Aufsatz bin ich auf einen Dialog zwischen Lehrerin und Schüler gestoßen. Dutzendfach habe ich ähnliche Situationen von Freunden und Bekannten gehört. „Lucas: Ich habe in Mathe, in einer Klassenarbeit nach einem Wort gefragt. 'Was ist eine Maßnahme? Und die Lehrerin hat geantwortet. ‚Wir sind in Deutschland‘ und hat mir die Frage nicht beantwortet. Kann sie mir nicht sagen. Wir sind in Deutschland.“

Es gibt tatsächlich Schulhöfe in Deutschland, wo ausschließlich der Gebrauch der deutschen Sprache zugelassen ist. Vergangenes Jahr musste eine Neunjährige in Baden-Württemberg eine Strafarbeit schreiben, weil sie sich mit einer Mitschülerin auf Türkisch unterhalten hatte. So werden die Sprachen der Einwanderer und Mehrsprachigkeit als „Gefahr“ für „Integration“ gebrandmarkt.

In vielen Bundesländern ist der herkunftssprachliche Unterricht abgeschafft. Und in den Bundesländern, wo es ihn gibt, ist er freiwillig und bei Schulabschlüssen nicht relevant. Die Sprachen der Einwanderer sind kulturell stigmatisiert. Es gibt Elitesprachen und die Sprachen der Armen. Sieht man von Englisch ab, kann man mit Latein, Französisch und Spanisch ein Abi machen. Nicht jedoch mit Arabisch oder Türkisch. So etwas bleibt in Kinderseelen hängen.

Bleibt die Forderung an Politik und Schulbürokratie: Schaut euch Kanada an, wie man es besser machen kann. Lasst eure Ängste, das Deutsche verkümmere, beiseite. Lasst euch von Ideologien nicht verblenden. Hört auf die Wissenschaft, die die Potenziale von Mehrsprachigkeit betont. Und schließt endlich Frieden mit den Kindern.

Politisch lange sehr blauäugig

TAZ

Jonas Waak

31.03.2022

Der Energieexperte Robert Halver warnt vor langfristigen Schäden für die Industrie. Es könne zum Exodus deutscher Firmen kommen. Energieexperte Robert Halver Jahrgang 1963, ist Energieexperte und Leiter Kapitalmarktanalyse bei der Baader Bank in Frankfurt.

taz: Herr Halver, wem dreht die Bundesnetzagentur zuerst den Gashahn zu?

Robert Halver: Es gibt ja schon einen groben Plan: Die Haushalte bekommen zuerst Gas, die sozialen Einrichtungen auch, und die Industrie weniger. Wenn man sich vor Augen führt, wie viel Gas gerade die Chemieunternehmen in Deutschland als Vorprodukt brauchen, auch im landwirtschaftlichen Bereich – Dünger basiert ja de facto auf Erdgas –, ist das natürlich ein herber Schlag. Wir haben zwar eine warme Bude, müssen uns aber fürchten, dass einige Arbeitsplätze nicht zu halten sind.

taz: Lässt sich absehen, um wie viele Arbeitsplätze es geht?

Robert Halver: Das kann man nicht sagen. Wenn es hart auf hart kommt, wird Kurzarbeitergeld eingeführt. Aber klar, längerfristig wäre das ein Problem. Jetzt zeigt sich eben, dass wir politisch lange sehr blauäugig gesagt haben, „das wird schon gut gehen“.

taz: Welche Industrieunternehmen werden zuerst kein Gas mehr bekommen?

Robert Halver: Unternehmen, die keine Grundbedürfnisse erfüllen, zum Beispiel die Luxusindustrie. Aber alles, wo es sehr hohe Beschäftigungszahlen gibt, wird zunächst noch Gas bekommen. Die Autoindustrie ist ein großer Arbeitgeber. Das stützt man natürlich. Die wichtigen Industriezweige in Deutschland, Automobil, Maschinenbau, Elektro, Chemie, sollen möglichst lange an der Gasversorgung gelassen werden, andere Güter auch, zum Beispiel im Bereich Lebensmittelproduktion. Ich könnte mir gut vorstellen, dass man die Fleischproduktion einschränkt. Einfach, weil es weniger Energie, Fläche und Dünger braucht, Weizen hochzuziehen und damit zu backen, als wenn man den Weizen ziehen muss, um damit Schweine zu füttern.

taz: Der Chemiekonzern BASF stellt Vorprodukte für die Medizin- und Lebensmittelprodukte her, aber eben auch für vielleicht weniger wichtige Bereiche. Lässt sich denn BASF nur in Teilen das Gas abdrehen?

Robert Halver: Große Konzerne wie BASF haben verschiedene Standorte, die diverse Schwerpunkte haben. Da kann man sicher differenzieren. Bei kleineren Unternehmen, wo es nicht so festgestellt werden kann, wird es schwieriger.

taz: Gibt es irgendwo einen echten Gashahn, der dann geschlossen wird?

Robert Halver: Da wird die Produktion einfach heruntergefahren. Das ordnet der Staat an. Er fährt aber nicht eine Firma komplett herunter, sondern erst die unwichtigeren Bereiche, auf die man verzichten kann. Einige Industrien, besonders in der Chemie, lassen sich nicht schnell wieder hochfahren, wenn sie einmal abgeschaltet sind. Das ist wie beim Sport. Wenn Sie nur rumsitzen, erschlaffen Ihre Muskeln. Man fährt eine Firma nur dann herunter, wenn man nachhaltig keine Renditemöglichkeit sieht. Und wenn man die Produktion einstellt, ist man gedanklich schon im Ausland. Man wird das möglichst lange herauszögern, auch von der Politik aus. Aber es ist doch klar: Wenn eine Firma komplett runtergefahren ist, ist sie weg. Gleichzeitig ist das Abwandern ein längerer Prozess. Längerfristig wäre es ein Problem, wenn wir keine Versorgungssicherheit mit Energie haben. Wenn die nicht verfügbar ist, ist der Exodus der deutschen Firmen ins Ausland eingeleitet.

taz: Geht es dabei um alle Unternehmen, die Erdgas als Rohstoff benötigen?

Robert Halver: Wenn ab morgen in Rubel gezahlt werden müsste, ist es nicht so, dass ab übermorgen kein Gas mehr da ist. Ich könnte mir vorstellen, dass wir relativ mühelos bis Herbst kommen. Aber „mühelos bis Herbst“ ist für Unternehmen nicht ausreichend. Sie brauchen langfristige Perspektiven, denn die weltweite Standortkonkurrenz ist hart.

Weltfrauentag: Hassrede im Internet - vor allem Frauen sind die Opfer

dw.de (Deutsche Welle)

Wafaa Albadry

08.03.2022

Am Internationalen Frauentag protestieren die Menschen gegen Frauenfeindlichkeit und Gewalt gegen Frauen. Auch das Internet ist ein zentraler Tatort. Einzelnen können sich Frauen dagegen kaum wehren, meint Wafaa Albadry.

"Ich bin eine tapfere Frau, ich kann alles schaffen." - das ist mein Mantra. Trotzdem bin ich zögerlich, wenn es um die Nutzung des Internets geht. Ich kann nicht mehr zählen, wie oft ich online schon heftig angegriffen wurde - sei es wegen meiner Arbeit, meiner Positionen und Haltungen, wegen meines Aussehens oder auch einfach nur, weil ich eben da war.

Männer haben mir zahllose hasserfüllte Nachrichten und Kommentare geschickt (vielfach mit heftigsten sexuellen Inhalten), um mich einzuschüchtern - einschließlich Drohungen, mir aufzulauern, mich zu verprügeln oder zu vergewaltigen. Ich habe das zig mal gemeldet und es online offen thematisiert. Aber dafür wurde ich nur verspottet und letztlich zum Schweigen gebracht.

Rückzug zum Selbstschutz

Also habe ich meine Präsenz im Netz reduziert - um mich selbst zu schützen und auch meine Zeit, Energie und Nerven, im Kampf gegen diese Leute zu schonen. Doch im Ergebnis ist es genau das, was sie erreichen wollen: mir Angst vor dem Netz zu machen und mich zum Rückzug zu drängen. Als ich mit anderen Frauen darüber sprach, wurde mir klar, dass ich nicht allein bin: Fast alle Frauen, die ich kenne, sind von Cybergewalt in verschiedenen Formen betroffen. Und selbst wenn der Hass aufhört, wirken seine Folgen emotional noch lange nach. Annalena Baerbock, Deutschlands erste Außenministerin, wurde Zielscheibe sexistischer Hassreden, als sie im vergangenen Jahr als Kanzlerkandidatin antrat und nun ihre ersten Auftritte als Ministerin absolvierte. Selbst eine starke Frau, wie die langjährige Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde immer wieder Opfer von Hass im Internet. Und die neue Vorsitzende der Grünen, Ricarda Lang, wird im Netz regelmäßig allein wegen ihres Aussehens beschimpft. Es gibt unzählige Beispiele aus ganz Europa, von Journalistinnen bis hin zu Künstlerinnen und anderen Frauen, die online aktiv sind und solche Angriffe kennen. Und es handelt sich auch nicht allein um ein "Erste-Welt-Problem", sondern um ein globales Phänomen, das alarmierend ist: Diejenigen, die solche Taten begehen, zielen auf die Existenz von Frauen im öffentlichen Raum. Sie wollen Frauen komplett aus dem täglichen Diskurs verdrängen - einem Diskurs, der ohnehin bis heute mehrheitlich von Männern geführt wird.

Angriffe im Schutz der Anonymität

Deutschland hat einige der strengsten Datenschutzgesetze der Welt - und die erlauben es Trollen vielfach, völlig gefahrlos zu agieren. Denn die Online-Angreifer bleiben anonym, können sich damit der Verantwortung entziehen und vor rechtlichen Konsequenzen ihrer Übergriffe sicher fühlen.

Dies wurde noch verstärkt, als das oberste deutsche Gericht ein Gesetz zur Bekämpfung von Hassrede aufhob, das es den großen Social-Media-Plattformen erlaubte, Nutzerdaten an die Polizei weiterzugeben, wenn der Verdacht eines Verbrechens vorlag. Dieser Rückschlag darf nun keine Spirale in Gang setzen. Online-Plattformen müssen vielmehr ihre Technologie nutzen und Werkzeuge entwickeln, die Hassrede zuverlässig erkennen. Gesetzgeber und Strafverfolgungsbehörden müssen strafrechtliche Sanktionen verhängen und auch durchsetzen, um von solchem Verhalten abzuschrecken.

Hass ist keine Meinung

Hassreden darf nicht vom Deckmantel der Redefreiheit geschützt werden. Denn Hassreden ist eine Waffe, mit der die Schwächsten der Gesellschaft angegriffen werden. Und wer sie toleriert, stärkt sie diejenigen, die andere verletzen wollen und unhinterfragt weitermachen. Deswegen müssen wir uns als Gesellschaft gegen Hassrede wehren: Frauen und Männer, Strafverfolgungsbehörden und die Plattformen der Sozialen Medien.

Ich bin eine starke Frau. Aber ich kann nicht - wie auch keine andere Frau - alles allein machen. Das sollte übrigens keine Frau tun müssen.

Nicht jede Ökoreise ist umweltfreundlich

Basler Zeitung
Bianca Lüthy
07.02.2022

Viele Anbieter locken mit Green Labels und anderen Zertifizierungen. Umstritten ist jedoch, ob sie die Versprechen einhalten. Dieses sogenannte Greenwashing zu vermeiden, ist dabei gar nicht so einfach.

Mit dem Flugzeug für ein Wochenende nach London, für eine Woche auf die Seychellen oder eine Kreuzfahrt durch die Karibik - was wie ein Traum für Reiseliebhaber klingt, stösst bei hartgesottene Umweltschützern auf vehemente Ablehnung. Wirft man einen Blick in Reisekataloge, finden sich immer öfters Rubriken, die sich dem «Ecotourism» widmen.

Anstatt grosser All-inclusive-Hotels findet man dort kleinere Eco-Lodges, Hostels oder Hütten - und auch einen Dschungel an Zertifizierungen und Labels, die einen besonders umweltfreundlichen Umgang versprechen.

Lauter leere Versprechungen oder tatsächlich Bestrebungen in puncto Nachhaltigkeit?

«Nachhaltigkeitslabels helfen in diesen Bereichen und können Gästen als Orientierungshilfe dienen», so Monika Bandi Tanner, Co-Leiterin der Forschungsstelle Tourismus an der Universität Bern. Die Gefahr von Greenwashing bestehe aber, da nicht jedes Label gleichwertig sei. «Es gibt viele Unterschiede zwischen den Labels, darunter finden sich aber auch anspruchsvolle, umfassende Zertifizierungen, welche alle Dimensionen der Nachhaltigkeit abdecken», sagt auch Fabian Weber, Tourismusdozent an der Hochschule Luzern.

Label-Dschungel bei Reiseveranstaltern

Globetrotter-Group-Chef André Lüthi betrachtet Reise-Labels kritisch: «Auf Anbieterseite gibt es mittlerweile Tausende Labels, die teils leider bloss zu Marketingzwecken genutzt werden, aber konkrete Massnahmen wurden nicht viele getroffen.» Die grösste Verantwortung liege bei den Reiseveranstaltern. «Sie können entscheiden, ob sie mit Veranstaltern arbeiten, die faire Löhne bezahlen und umweltbewusst handeln. Und da braucht es dann auch den Mut, die dadurch etwas höheren Preise hier auf den Markt zu bringen.» Sein Rat: Anstatt sich auf Labels oder Zertifizierungen zu behaften, können sich Gäste auch vor Ort erkundigen, wie nachhaltig die gewählte Unterkunft jetzt ist. «Man kann ja mal einen Kellner im Hotel fragen, ob ihm ein fairer Lohn bezahlt wird. Oder die Hotelmanagerin fragen, was mit den Essensresten vom Frühstücksbuffet passiert oder wohin das Abwasser geht. Solche Fragen können durchaus etwas auslösen», so Lüthi.

«Das Bewusstsein ist größer als das Verhalten»

Jüngst wurde in der Schweiz die Kooperation «Responsible Hotels of Switzerland» ins Leben gerufen. 26 Hotelbetriebe haben sich mit dem Zusammenschluss der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit verpflichtet. Ist es lediglich ein weiteres Label im Ökodschungel, oder hält es, was es verspricht? Tourismusexperte Weber stuft die neu gegründete Kooperation als gut ein und fügt an: «Es ist aber noch zu früh, deren Erfolg einzuschätzen.» Zudem gebe es auch kleinere Betriebe, die sehr nachhaltig seien, es sich aber nicht leisten können, bei so einer Allianz mitzumachen. Wer seinen ökologischen Fussabdruck beim Reisen verkleinern will, hat nebst der Wahl von umweltfreundlichen Unterkünften auch die Möglichkeit, über Programme wie My Climate den CO₂-Ausstoss zu kompensieren. Laut Hotelplan hat rund ein Viertel der Kundinnen, die in Filialen eine Reise gebucht haben, ihre Emissionen ganz oder zumindest teilweise kompensiert.

«Durch Kompensationsmöglichkeiten wie My Climate wird leider nur ein Bruchteil des ökologischen Fussabdrucks kompensiert, da sie nach wie vor auf Freiwilligkeit basieren», sagt Tourismusforscherin Bandi. «Das Umweltbewusstsein ist immer viel grösser als das Umweltverhalten.» So handle es sich oft nur um einen kleinen Teil der Reisenden, die bereit sind, mehr für etwas zu bezahlen, wenn es nachhaltiger ist. Diese Ambivalenz bei Gästen zu überbrücken, sei schwierig.

Reist Generation Greta grüner?

Ein Trend in Richtung nachhaltigeres Reisen zeichne sich zwar ab, aber das immer noch auf eher bescheidenem Niveau, bestätigt Tourismusexperte Weber. «Die Intention ist da, aber zwischen der umweltfreundlichen Absicht und dem effektiven Handeln ist es noch ein weiter Weg.» Fachleute bezeichnen dies als «Intention Behaviour Gap». Ist es die Generation Greta, die nachhaltiges Reisen erst zum Trend macht, oder woher stammt das steigende Interesse an «Green Travelling»? «Die Sensibilisierung auf nachhaltiges Reisen ist nicht altersabhängig», so Weber. Bei kultur- und umweltaffinen Reisenden sei sie aber zentraler sowie auch bei Konsumenten, die mehr Wert auf die Gesundheit legen: «Das sind kaufkräftige Gäste, die gerne Luxus haben, aber auch auf umweltfreundliche Aspekte bei der Wahl ihres Hotels oder ihrer Destination achten.»

Querdenker auf Facebook: Warum jetzt, Facebook?

zeit.de

Lisa Hegemann

17.09.2021

Eine Woche vor der Bundestagswahl sperrt Facebook 150 Querdenken-Kanäle. Der Gedanke dahinter ist richtig – aber der Weg falsch.

Es gibt aus den vergangenen Jahren nicht viele Situationen, über die man sagen könnte, Facebook habe auf sie schnell und durchdacht reagiert. Zu diesen wenigen Ausnahmen zählt die Coronavirus-Pandemie. Als sich im Januar 2020 Sars-CoV-2 weltweit zu verbreiten begann, hatte Facebook längst eine Strategie entwickelt: Die Verbreitung von Falschinformationen wolle man einschränken, Verschwörungstheorien und schädliche Desinformationen wie angebliche Heilungsmethoden entfernen. Es war eine ungewöhnlich deutliche und klare Entscheidung, für die Facebook viel Lob einheimste.

Wie so oft entwickelte sich jedoch eine Kluft zwischen dem, was Facebook offiziell sagte, und dem, was tatsächlich auf der Plattform passierte. Ja, Falschnachrichten wurden mit einem Hinweis versehen. Ja, die Plattform blockierte einschlägige Hashtags. Ja, Informationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden ganz oben im Newsfeed platziert. Und trotzdem konnte sich in Deutschland die Querdenker-Bewegung, in der sich Corona-Leugnerinnen, Esoteriker und Verschwörungstheoretikerinnen im Kampf gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung genauso versammeln wie rechtsradikale Kräfte, bei Facebook in Gruppen organisieren. Sie konnten dort unbehelligt verschwörungstheoretische Inhalte teilen. Gegen Menschen hetzen, die ihre Meinung nicht teilen. Es mutet also ziemlich merkwürdig an, wenn Facebook jetzt staatstragend verkündet, dass man 150 Querdenker-Konten, darunter das des Initiators Michael Ballweg, gesperrt und Verlinkungen auf Domains der Querdenker-Szene entfernt habe, weil Menschen aus dieser Gruppierung konsequent gegen Gemeinschaftsstandards verstoßen hätten – unter anderem gegen das Verbreiten von "gesundheitsschädliche[r] Falschinformationen, Aufruf zur Gewalt, Mobbing, Belästigung und Hassrede". Denn die von Facebook angeführten Begründungen für die Sperrungen hätten schon vor Monaten getragen. Warum also hat Facebook so lange gewartet? Wieso reagiert die Plattform erst jetzt, so kurz vor der Bundestagswahl und zu einem Zeitpunkt, an dem die Bewegung deutlich an Zulauf und Bedeutung verloren hat?

Tatsächlich erinnert das Vorgehen stark an den Umgang des sozialen Netzwerks mit US-Präsident Donald Trump: Jahrelang durfte er die Community-Standards ignorieren und Falschinformationen sowie Hetze in den Newsfeed von Nutzerinnen und Nutzern hineinblasen. Erst nach dem Sturm auf das Kapitol im Januar, als er die US-Präsidentschaftswahl schon verloren hatte und sein Abgang nahe war, reagierte Facebook und sperrte ihn. Auch wenn die Plattform gegen Corona-Leugner mehr unternahm und immer mal wieder Beiträge löschte, bleibt der Eindruck, dass Nutzerinnen und Nutzer, die gegen Gemeinschaftsstandards verstoßen, lange frei agieren dürfen. Und wenn sie dann gesperrt werden, ist es häufig schon zu spät – dann nämlich haben sie die Saat des Misstrauens gegenüber Institutionen und Menschen schon über Monate gestreut, sind schon längst bedrohliche Auswüchse in der Gesellschaft wahrzunehmen, die unsere Demokratie in ihrer Grundsätzlichkeit anzweifeln. Dabei darf man natürlich nicht außer Acht lassen: Facebook ist zwar ein besonders bequemer Ort für eine Vernetzung, vor allem mit einem größeren Publikum, längst aber spielen auch geschlossene Messenger wie Telegram eine zentrale Rolle – insbesondere bei der weiteren Radikalisierung. Auch wenn man Facebooks Reaktion als verspätet abtun kann: Der Gedanke dahinter ist durchaus der richtige. Denn indem das soziale Netzwerk die Reichweite zerstörerischer Stimmen eingrenzt, sie teils ganz von der Plattform verbannt, verhindert es die weitere Verbreitung von Falschinformationen, Verschwörungstheorien und Hetze. Dass Facebook aber im Alleingang entscheidet, welche Beiträge solche Maßnahmen treffen, wann und wie die aussehen, das ist der falsche Weg. Am Ende ist Facebook in diesem Fall nur die Abladestation für eine Debatte, die eigentlich viel breiter geführt werden müsste. Klare gesetzliche Vorgaben für den Umgang mit nicht strafbaren, aber möglicherweise trotzdem problematischen Inhalten im Internet fehlen. Und das hängt wiederum damit zusammen, dass weder Politikerinnen und Politiker noch wir als Gesellschaft uns genügend damit auseinandersetzen oder auseinandergesetzt haben, wie eine Regulierung von Plattformen aussehen kann, die demokratische Diskurse und die Menschenwürde im Netz einerseits schützt und andererseits die freie Meinungsäußerung einer Person nicht beschneidet.

Facebooks Regeln für Menschen, Gruppen und Organisationen mögen markzuckerberggegeben sein, das heißt aber nicht, dass sie für unsere Gesellschaft genauso gegeben sein müssen.

Digitale Diskriminierung: Warum Algorithmen Nachhilfe in Fairness brauchen

derstandard.at

Sarah Kleiner

05.05.2022

Algorithmen beeinflussen unseren Alltag stärker, als vielen bewusst ist. Wie gerecht sie vorgehen, wird für Forschung und Bevölkerung immer wichtiger. In der Bewertung der Kreditwürdigkeit eines Menschen spielen Algorithmen eine wichtige Rolle, obwohl sie oft diskriminierend arbeiten.

Ob wir einen Begriff in eine Suchmaschine eingeben oder unseren Feed in einem sozialen Medium aktualisieren: Die Ergebnisse, die wir zu Gesicht bekommen, werden rechnerisch erstellt, individuell auf unser früheres Verhalten angepasst. Abgesehen von den Algorithmen, die unsere Laptops und Computer technisch steuern, oder jenen, die unsere Aktivitäten im Internet lenken, werden algorithmische Entscheidungssysteme und künstliche Intelligenz auch zunehmend Teil der nicht digitalen Welt. Ein beliebtes Beispiel für die technologischen Herausforderungen, die das mit sich bringt, ist die Kreditvergabe bei Banken. Dabei wird mittlerweile auf große Mengen an Daten über die Kreditwerbenden zurückgegriffen, die – automatisiert analysiert – einen Score oder eine Positiv- oder Negativentscheidung liefern. 2019 wurde publik, dass der Algorithmus von Apple Card Frauen einen geringeren Kreditrahmen gewährte, als Männern – und das bei gleichem Einkommen oder sogar höherer Bonität. Grund dafür waren die Datensätze, mit denen die Software konstruiert wurde, die Trainingsdaten.

Kein Kredit für Frauen?

"Automatisierte Systeme lernen auf Basis von Datenmengen aus der Vergangenheit, extrahieren daraus ihre Gesetze und verbessern ihre Leistung auf Grundlage dieser veralteten Daten", sagt Matthias Kettemann, Universitätsprofessor für Innovation, Theorie und Philosophie des Rechts an der Universität Innsbruck und der erste Forscher im deutschen Sprachraum, der mit der Lehrbefugnis für Internetrecht ausgestattet wurde. Ist es in den Datensätzen so, dass Frauen seltener Kredite bekommen – einfach deshalb, weil sie in der Vergangenheit seltener darum angesucht haben -, so wird dieser Bias vom Algorithmus repliziert. "Dieser Blick zurück, der in den Algorithmen angelegt ist, muss ganz klar in Schranken gewiesen werden", sagt Kettemann. Dafür müsse man aber wissen, wie die Software, die Unternehmen und Plattformen nutzen, erstellt und welche Trainingsdaten eingesetzt wurden – Informationen, die Unternehmen nicht gerne preisgeben. "Genauso, wie wir die Autos zum Picklerl schicken oder Hygienetests in fleischverarbeitenden Betrieben durchführen, muss es der Normalfall werden, dass algorithmische Systeme mehrere Checks durchlaufen", sagt Kettemann. Er erarbeitete mit anderen den Vorschlag von verpflichtenden Audits, die für Unternehmen möglichst unabhängig erstellt und entsprechend befugten Behörden regelmäßig vorgelegt werden müssten.

Kriminelle Energien berechnen

Wie KI-Systeme auf technischer Ebene fairer werden, beschäftigt Christoph Lampert vom Institute of Science and Technology (IST) Austria in Klosterneuburg. Im Bereich maschinelles Lernen ist Fairness eine mathematische Eigenschaft, die man überprüfen kann. "Wenn man für Systeme Daten von vielen verschiedenen Datenquellen benutzt, von denen manche nicht die richtigen Eigenschaften haben, sondern unzuverlässig oder manipuliert sind, dann sorgt unsere Methode dafür, dass diese ‚Outlier‘ automatisiert aussortiert werden", sagt er. Bei dem von ihm mitentwickelten Algorithmus Flea werden die Daten der verschiedenen Quellen verglichen. "Wir stellen fest, welche Daten konsistent füreinander sind und welche sich abheben, und können Letztere unterdrücken oder ihnen eine niedrigere Gewichtung innerhalb des Systems zuordnen." Zunehmende Bedeutung kommt der technischen Qualität der eingesetzten Entscheidungssysteme mit den wachsenden Einsatzgebieten von künstlicher Intelligenz zu. In manchen US-Bundesstaaten errechnet bereits ein Algorithmus, wie hoch die Rückfallquote eines Straftäters ist. Auch die Aktivitäten des privaten Unternehmens Clearview AI sorgte medial bereits für großes Aufsehen. Das Unternehmen verfügt über eine Datenbank mit mehr als 20 Milliarden Bildern von Gesichtern, generiert von öffentlichen Plattformen wie Social Media oder Nachrichtenseiten. Die daraus entwickelte Gesichtserkennungssoftware wurde etwa dem US-Bundesstaat Indiana, dem US Secret Service, Interpol oder auch der Polizei von London verkauft. In den kommenden Monaten debattiert das EU-Parlament den von der Kommission vorgeschlagenen "AI Act", die gesetzliche Grundlage für den Einsatz von KI, Algorithmen und automatisierten Entscheidungen in Europa. Die NGO Epicenter Works spricht in dem Zusammenhang von einem drohenden Überwachungskapitalismus und fordert ein Verbot von KI-Systemen, die ein unannehmbares Risiko für die Grundrechte darstellen. Im Zuge der Digitalisierung ist unser Umgang mit Algorithmen der erste Kampf, bei dem gesellschaftliche Werte gegen eine technische und wirtschaftliche Übermacht verteidigt werden.

Frank-Walter Steinmeier: Deutschland gefordert wie selten zuvor

dw.de (Deutsche Welle)

Christoph Strack

24.12.2021

Der Bundespräsident ruft in der Corona-Pandemie zu Vertrauen und Verantwortung auf - und warnt vor Hass und Aggression. Seine Rede zu Weihnachten hat einen ausgesprochen ernsten Ton: "Wenn wir auf dieses Jahr zurückschauen, sehen wir vieles, das uns Kummer bereitet, vieles auch, was uns Angst gemacht hat", sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bald nach Beginn seiner Rede. Und später: "Unser Staat war selten so gefordert."

Die Ansprache des Bundespräsidenten - sie klingt weit ernster als seine Worte vor zwölf Monaten, in seiner ersten Weihnachtsansprache in Pandemiezeiten. Steinmeier ruft die Deutschen zum Durchhalten, zum Zusammenhalt und zum Vertrauen auf. Denn: "Die Pandemie wird nicht eines Tages vorbei sein. Sie wird uns noch lange beschäftigen." Erneut dominiert bei der Ansprache dieses Thema: der Kampf gegen die Corona-Pandemie und nun, ganz aktuell, gegen Omikron, die neue Virusvariante. Bei seinen längeren Ausführungen zu Corona wird Steinmeier sehr grundsätzlich. "Selten haben wir so hautnah erfahren, wie gefährdet unser menschliches Leben und wie unvorhersehbar die Zukunft ist - der nächste Monat, die nächste Woche, ja der nächste Tag."

Dank an alle Helfer

Derzeit sterben - Steinmeier nennt diese Zahlen nicht konkret - in Deutschland zwischen 400 und 500 Menschen pro Tag in Zusammenhang mit dem Coronavirus. Täglich werden rund eine Million Menschen geimpft. Die allermeisten, betont Steinmeier, hätten "die Chance erkannt", die in der Impfung liege. Der Präsident dankt den Wissenschaftlern, Ärztinnen und Pflegern, Ordnungskräften und Mitarbeitern in den Ämtern. "Sie alle tun ihr Bestes." Aber das Handeln des Staates allein reiche nicht aus, mahnt Steinmeier und ruft dazu auf, sich impfen zu lassen und die Schutzmasken zu tragen. "Es kommt auf uns an, auf jeden Einzelnen!" Er danke "aus vollem Herzen der großen, oft stillen Mehrheit in unserem Lande", die umsichtig und verantwortungsvoll handle. Vom gesellschaftlichen Streit um die richtigen Maßnahmen kommt Steinmeier auf Frust und Gereiztheit, "Entfremdung und leider auch offene Aggression". "Bitte denken wir daran: Wir sind ein Land! Wir müssen uns auch nach der Pandemie noch in die Augen schauen können. Und wir wollen auch nach der Pandemie noch miteinander leben." Es gehe heute um Vertrauen und Verantwortung und ein richtiges Verständnis von Freiheit. "Freiheit, Vertrauen, Verantwortung: Darüber, was das bedeutet, werden wir uns verständigen müssen - auch in Zukunft und auch in anderen großen Fragen wie etwa dem Klimaschutz."

In einer kurzen Passage erwähnt Steinmeier die Flutkatastrophe von Mitte Juli, die das Leben von zigtausenden Deutschen auf den Kopf stellte und bei der mehr als 180 Menschen ums Leben kamen, und dankt für die große Hilfsbereitschaft, "die riesige Solidarität".

Sorgen um Osteuropa

Und ein einziger Satz gilt deutlich der Außenpolitik. "Wir machen uns Sorgen über das, was wir aus vielen Teilen unserer unruhigen Welt hören, gerade auch aus Osteuropa", sagt Steinmeier. Das lässt an die russische Drohkulisse an der Grenze zur Ukraine denken, auch an die spannungsreiche Situation an der Grenze zwischen Belarus und Polen. Steinmeier spricht ähnlich knapp Afghanistan an, das im August und September im Blick der Weltöffentlichkeit stand. "Wir denken an unsere Soldatinnen und Soldaten, die aus Afghanistan heimgekehrt sind, und auch an die Menschen, die dort in Not und Hunger zurückgeblieben sind."

"Gott segne euch alle auf der guten Erde"

Der Bundespräsident erinnert zum Abschluss seiner Ansprache an eine mehr als 50 Jahre alte Szene. An Heiligabend 1968 - da war Frank-Walter Steinmeier zwölf Jahre alt - kreiste Apollo 8 als erstes bemanntes Raumschiff überhaupt um den Mond. "Damals lasen die drei Astronauten von Apollo 8 den Anfang der biblischen Schöpfungsgeschichte vor, und sie beschlossen ihre weihnachtliche Botschaft mit den Worten: 'Gott segne euch alle auf der guten Erde'", erinnert Steinmeier. Gemeinsam mit seiner Frau wünsche er, "dass es für uns alle die gute Erde bleibe, dass es für uns alle eine gute Zukunft gebe". Im Februar kandidiert er für eine zweite, wiederum fünfjährige Amtszeit. Dass er wiedergewählt wird und sich in einem Jahr erneut an die Deutschen wendet, ist sehr wahrscheinlich.

Was von der "Klimakanzlerin" bleibt

tagesschau.de

Julie Kurz

01.11.2021

Als Naturwissenschaftlerin hat Angela Merkel die Dimension des Klimawandels früh erkannt, als Politikerin fällt ihre klimapolitische Bilanz aber ernüchternd aus. Was hat die "Klimakanzlerin" erreicht?

Es mag Zufall sein, doch seine Symbolik verfehlt es nicht: Ausgerechnet zur 26. Weltklimakonferenz führt Angela Merckels letzte große Reise als Kanzlerin auf internationalem Parkett. Es schließt sich damit so etwas wie ein Kreis ihrer politischen Laufbahn: War es doch die erste Weltklimakonferenz in Berlin, die Merkel, damals 40 Jahre alt, 1995 auf internationaler Ebene bekannt machte.

Die Konferenz zeigte große Differenzen zwischen den Gastgeberländern. Merkel verhandelte unermüdlich, am Ende stand "das Berliner Mandat". Es war die Grundlage für das zwei Jahr später beschlossene Kyoto-Protokoll, den ersten Klimavertrag mit Treibhausgas-Reduktionsverpflichtung. Seitdem lässt Merkel das Thema nicht mehr los - oder das Thema Merkel nicht. Ottmar Edenhofer vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung erinnert sich, dass Merkel seit ihrer Zeit als Umweltministerin hohes Interesse an Klimapolitik habe: "Zu einem Zeitpunkt, als das weder ihre eigene Partei noch die Mehrheit der Gesellschaft überhaupt ernst genommen haben."

Früh erkennt die Naturwissenschaftlerin - als eine der wenigen Spitzenpolitikerinnen und -politiker überhaupt -, welche Dimension der Klimawandel für Mensch und Erde hat. Doch als Politikerin weiß Merkel auch, dass sie nur unter dem Diktat der Mehrheiten handeln kann, überzeugen muss - und das ist schwierig beim Thema Klimaschutz. Es wird auch die Krux ihrer Regierungszeit werden. Schon 1997 beschrieb Umweltministerin Merkel in der NDR-Talkshow eindrücklich, wie schwierig es ist, die Menschen von der Dringlichkeit des Klimaschutzes zu überzeugen: "Die Menschen sagen häufig: 'Ach, heute noch nicht. Wir fühlen zwar, dass vieles nicht in Ordnung ist, aber bitte heute noch keinen Preis dafür, noch keine Last dafür übernehmen.'" Eine Erkenntnis, die heute noch ihre Gültigkeit hat.

Damals allerdings war Merkel noch voller Überzeugungsdrang. Auf ihrer letzten Sommerpressekonferenz im Juli dieses Jahres muss die Kanzlerin allerdings eingestehen, dass sie zwar stets gegen den Klimawandel gearbeitet habe, aber dass es "nicht ausreichend viel gewesen" sei. Dabei gibt Merkel auch am Anfang ihrer Kanzlerschaft noch alles: 2007 fährt sie zusammen mit dem damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel nach Grönland, um sich ein Bild vom Klimawandel zu machen. Es sind Bilder, die sich ins kollektive Gedächtnis einbrennen. Die Kanzlerin in einer roten "Search and Rescue"-Jacke vor schmelzenden Gletschern: Eine Klimakanzlerin auf Mission gegen die Klimakrise. Die Bilder sind Segen und Fluch zu gleich. Denn das Versprechen "Klimakanzlerin" wird sie nicht einlösen. Schon kurz nach der Gletscher-Exkursion folgt die Finanzkrise. Von da an reiht sich eine Krise an die nächste. Statt Klimakanzlerin wird Merkel zur Krisenkanzlerin, die die ganz große Krise - den Klimawandel - aus dem Auge verliert. Es ist aber nicht so, dass unter ihrer Kanzlerschaft nichts in Sachen Klimaschutz geschieht: der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der geplante Ausstieg aus der Kohle 2038 und die Einführung des CO₂-Preises.

Zwischen Klimaschutz und Lobby-Politik Ihr größter Erfolg aber dürfte sein, dass sie das Thema immer wieder bei G7 und G20 auf die Tagesordnung bringt. Auch innerhalb der EU hilft sie, den Klimaschutz grundsätzlich voranzubringen. Gleichzeitig aber vertritt sie in Brüssel auch die Interessen der heimischen Autoindustrie, zum Beispiel wenn es darum geht, Abgasvorschriften für die europäischen Autoflotten aufzuweichen. Lobbyisten und Verhinderer in der eigenen Partei sitzen ihr stets im Nacken und setzen sich durch. Die Umweltorganisation Greenpeace porträtierte im Sommer die 31 schlimmsten Klimabremser der Großen Koalition: Fast alle kamen aus der Union. Bei der Einführung des CO₂-Preises kommt damals aber auch Widerstand vom möglichen künftigen SPD-Kanzler Olaf Scholz. Für den Klimaforscher Edenhofer steht und fällt die Bilanz von Merckels Klimapolitik daher auch mit dem Handeln ihres Nachfolgers: "Wenn es ihrem Nachfolger gelingt, eine Klimapolitik auf den Weg zu bringen, die mit dem 2-Grad- oder 1,5-Grad-Ziel vereinbar ist, dann wird man Angela Merkel feiern, als diejenige, die das Fundament gelegt hat. Wird es ihrem Nachfolger nicht gelingen, dann wird man Merkel auch dafür schelten, dass sie die Politik nur als die Kunst des Möglichen betrachtet hat, aber nicht als die Kunst, das Notwendige möglich zu machen."

Baerbock beschwört Europa und deutsch-französische Einigkeit

boerse-online.de

(ohne Autorenangabe)

09.12.2021

Die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat die europäische Einigkeit und die deutsch-französische Freundschaft beschworen. Europa sei "Dreh- und Angelpunkt der deutschen Außenpolitik", sagte die Grünen-Politikerin am Donnerstag bei einem gemeinsamen Auftritt mit ihrem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian während ihres Antrittsbesuchs in Paris. "Dafür braucht ein starkes Europa starke deutsch-französische Impulse." In der sich zuspitzenden Ukraine-Krise warnte sie Russland vor gravierenden Folgen bei einer weiteren Eskalation.

Nach dem Treffen mit Le Drian reiste Baerbock mit dem Hochgeschwindigkeitszug Thalys nach Brüssel. Dort tauschte sie sich wesentlich länger als geplant mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg aus. Anschließend war ein Gespräch mit dem US-Klimabeauftragten John Kerry vorgesehen. Am Freitag wollte Baerbock zum Antrittsbesuch bei ihrem polnischen Kollegen Zbigniew Rau nach Warschau fliegen.

Neben den Beratungen über die aktuellen Krisen nutzt die erste Frau an der Spitze des Auswärtigen Amts die Paris-Visite auch für einige private Momente. Auf dem Weg vom französischen Außenministerium am Quai d'Orsay zum Gare du Nord, dem Thalys-Bahnhof, lässt die 40-Jährige ihre Fahrzeugkolonne kurz auf einer Seine-Brücke halten, um Fotos mit dem Eiffelturm im Hintergrund machen zu lassen. Diese seien nur für ihre beiden Töchter, sagte sie bei dem spontanen Stopp. Anschließend machen die Fahrer mit Baerbock noch einen kleinen Umweg am weltberühmten Louvre vorbei. Im Bahnhof bleibt sie bei zwei Klavierspieler stehen, bevor sie in den Zug steigt - greift aber nicht selbst in die Tasten. Bei ihrem Auftritt mit Le Drian sagte Baerbock, Europa wäre schwächer, wenn Deutschland nicht in die Beziehungen zwischen Paris und Berlin investiere. Sie duzte Le Drian und sagte: "Was gibt es schöneres als für eine Außenministerin am ersten Morgen im neuen Amt in Paris zu sein." Le Drian erklärte, er freue sich, "mit Annalena" die vertrauensvolle Beziehung fortzuführen, die er mit ihrem Vorgänger Heiko Maas (SPD) gehabt habe. Die Beziehung der Außenminister sei "ein bisschen der Schatz der deutsch-französischen Beziehung im Dienste Europas". Trotz der überschwänglichen Töne blieb Baerbock bei der Ablehnung der französischen Pläne zur Einstufung von Atomkraft als "grüner" Energie. "Dass wir zu der Frage Nuklear unterschiedliche Positionen haben, das ist ja bekannt", sagte sie. Über das Thema der sogenannten Taxonomie werde auf allen Ebenen gesprochen, auch zwischen Kanzler Olaf Scholz (SPD) und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron sowie auf der europäischen Ebene in Brüssel. Scholz wollte am Freitag zum Antrittsbesuch zu Marcron reisen. Besonders kontrovers ist in der EU nach wie vor, ob Atomkraft und Gas auch als nachhaltig gelten können. Frankreich will zusammen mit Ländern wie Polen und Tschechien Atomkraft um jeden Preis als "grün" kennzeichnen. Unter anderem Deutschland, Luxemburg und Österreich sind strikt dagegen. Im sich zuspitzenden Ukraine-Konflikt drohte Baerbock Russland im Falle einer Eskalation mit schweren Folgen. "Russland würde einen hohen politischen und vor allem wirtschaftlichen Preis für eine erneute Verletzung der ukrainischen Staatlichkeit zahlen." Eine militärische Eskalation müsse vermieden werden. Lösungen könne man nur auf einem diplomatischen Weg finden, sagte Baerbock. Sie und Le Drian seien bereit, sich dabei persönlich tiefgehend zu engagieren.

Bei ihrem Eintreffen in Brüssel sagte Baerbock, mehr strategische Souveränität Europas etwa gegenüber Russland und China bedeute, "dass wir überall dort Kooperation suchen, wo es möglich ist, und eigenständiges Handeln verstärken, dort, wo es nötig ist." Dies sei "nicht nur eine militärische Frage, sondern vor allen Dingen eine Frage von Diplomatie, von Rechtsstaatlichkeit und einem starken wirtschaftlichen Zusammenarbeiten in der Europäischen Union".

Am Ende ihres Auftrittes mit Le Drian sagte Baerbock in ihrer ersten großen internationalen Pressekonferenz im Amt die einzigen französischen Worte: "Merci. Au revoir" - auf Deutsch: "Danke. Auf Wiedersehen."

Städtepartnerschaften im Krieg: Zeit der Prüfung

taz.de

Jan-Paul Koopmann

20.03.2022

Das niedersächsische Celle unterhält Städtepartnerschaften nach Russland und in die Ukraine. Eine blüht gerade auf, die andere gerät unter Druck.

Aksana Shestakova ist seit drei Tagen im niedersächsischen Celle. Geflohen ist sie vor dem Krieg in der Ukraine, wie so viele andere. Ihr Hiersein hat irgendwie zu tun mit der 1990 geschlossenen Städtefreundschaft. Hier gibt es nämlich Menschen, die ihren Bruder kennen, der hier mal ein Praktikum gemacht hat.

Celle hat 10 Partnerstädte auf der Welt. Dass die nach Sumy im Nordosten der Ukraine mit Kriegsbeginn wieder etwas mehr in Erinnerung rückt, gilt genauso für eine weitere: für Tjumen in Russland. Man versucht gerade händeringend, auch nach Tjumen in Russland offen zu halten, was eben geht. Tatsächlich hatte Oberbürgermeister Nigge kurz nach Kriegsbeginn auf einer Pressekonferenz ausdrücklich davor gewarnt, „sich zu entpartnern“. Manche deutschen Städte haben das getan. Celle nicht.

Dennoch wird es offenbar schwieriger: In Celles Deutsch-Russischer Gesellschaft herrscht Funkstille, es ist niemand im Haus, niemand am Telefon, niemand, der E-Mails beantwortet. Auch in der Community ist die Stimmung unterkühlt.

Aber die Spuren der Partnerschaft gibt es doch: eine Tjumenstraße am Stadtrand zum Beispiel oder die Wegweiserskulptur in der Altstadt, die auf alle Partnerstädte verweist. Und natürlich die Erinnerungen der Menschen, die als Schüler:innen dort waren, mit ihren Sportmannschaften, für Kultur oder geschäftliche Kontakte. Mit Celles jahrhundertaltem Fachwerk-Knowhow wurde auch ein sibirisches Holzhaus nahe Tjumens Universität restauriert. So schön die Erinnerungen aber auch sein mögen:

Drängender ist der Blick in die Zukunft: Dass die Partnerschaft nach Sumy einzuschlafen drohe, stand bereits Jahre vor dem Krieg in der Celleschen Zeitung. Ein Schüleraustausch in die Ukraine fand nicht mehr statt, was auch an der Konkurrenz liegen dürfte: Die Schulen in Celle werben dann doch eher für ihre Programme in die USA, Argentinien oder Israel. Am Celler Hölty-Gymnasium gibt es noch einen Russland-Austausch, zumindest theoretisch. Allerdings sei auch hier nicht die Partnerstadt Tjumen das Ziel, sagt Lehrerin Daniela Bunkenburg. Sankt Petersburg oder Moskau seien für die Schüler:innen attraktiver.

Das Hölty-Gymnasium hat einen offenen Brief an die russische Partnerschule geschrieben: „Dass wir uns wahrscheinlich in der nächsten Zeit nicht gegenseitig besuchen können, ist bedrückend“, heißt es darin. Dass man sich Frieden wünsche und auf Begegnung in friedlichen Zeiten hoffe. Und: „Ihr könnt uns schreiben.“ Bereits getan habe das die russische Schulleiterin, erzählt Bunkenburg. „Wir teilen Ihre Sorgen über die aktuelle Lage“, so das Schreiben, und: „Unsere kulturellen und zwischenmenschlichen Beziehungen und Partnerschaften im Bildungsbereich dürfen nicht vom Willen der Politiker abhängen!“

Dass sie meistens aber doch immerhin von ihnen gestiftet werden, beweist Martin Biermann, der wohl als Architekt von Celles vielfältigen Partnerschaften gelten darf. Früher war er hier Oberbürgermeister, seit ein paar Jahren ist er in Rente. Ganze acht der Partnerschaften hat er auf den Weg gebracht: eine beachtliche Sammlung, in der sich von Russland zur Ukraine, von Polen bis Israel, die Geschichte des 20. Jahrhundert spiegelt. Die Städtepartnerschaften sollten, so Biermann, „als Friedensdividenden verstanden werden, verbunden mit der Hoffnung, dass Menschen aus persönlichen Beziehungen Abwehrkräfte gegen Propaganda entwickelten“.

Europa ist nur so stark, wie es einig ist

bundesregierung.de

(ohne Autorenangabe)

14.10.2021

Bundeskanzlerin Merkel ist von Spaniens König Felipe VI. mit dem diesjährigen Europapreis Karl V. ausgezeichnet worden. In ihrer Dankesrede betonte sie, dass Europa mit einer Stimme sprechen müsse. Es müsse souverän, innovativ und handlungsfähig sein, damit es seine Werte und Interessen in der Welt behaupten könne.

Zu Beginn ihrer Dankesrede erinnerte Kanzlerin Merkel an die Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957. Damals nahm das Ziel „Europa als Friedensgemeinschaft“ erstmals konkret Gestalt an. Doch Frieden und Freiheit seien alles andere als selbstverständlich, sie müssten geschützt und verteidigt werden, mahnte die Kanzlerin. Man dürfe sich nichts vormachen: „Auch heute werden wir immer wieder mit Anfechtungen und Angriffen auf unsere Demokratie und unsere liberale Ordnung konfrontiert“ – etwa durch Extremismus und Terrorismus, Rassismus und Antisemitismus. Dem müsse man in aller Entschlossenheit entgegentreten.

Den Friedensnobelpreis, den die Europäische Union 2012 erhalten hat, sieht Merkel als dauerhafte Verpflichtung, den Frieden im Inneren Europas zu schützen und nach außen, in der Welt, für Frieden und Menschenrechte einzutreten. Damit den Worten Taten folgten, müsste man beachten, dass „Europa nur so stark sein kann, wie es einig ist, und so einig sein kann, wie es sich über gemeinsame Werte verbunden sieht“, so die Kanzlerin.

„Einig nach innen, stark nach außen – das ist unser Leitbild für das Miteinander in der Europäischen Union“, sagte sie. Voraussetzung dafür sei ein enger Zusammenhalt sowie Vertrauen und Respekt. Merkel verwies darauf, wie schwierig es ist, unter 27 Mitgliedstaaten Kompromisse zu finden. „Deshalb müssen wir stets bereit sein, verschiedenste Argumente aufzunehmen und abzuwägen – wohlwissend, dass die Vielfalt an Wissen und Erfahrung ein Reichtum, eine wertvolle Ressource ist, die es zum Wohle aller zu nutzen gilt.“

In dem Zusammenhang ging die Kanzlerin auf die Corona-Pandemie ein: „Wir haben neue Koordinierungsmechanismen eingerichtet und europäische Freiheit wiederhergestellt, soweit es die pandemische Lage erlaubte“, sagte Merkel. So habe man gemeinsam viel erreicht. Der Prozess der europäischen Einigung sei niemals abgeschlossen, sondern eine "stetige Fortentwicklung“, betont die Kanzlerin in ihrer Rede. Sie wirbt für Zusammenhalt, Vertrauen und Respekt, denn „Europa ist nur so stark wie es einig ist“.

Die Kanzlerin erwähnte auch den „Green Deal“ der Europäischen Kommission. Er sieht Klimaneutralität für Europa vor, das „nicht trotzdem, sondern gerade deshalb innovations- und wettbewerbsstark bleibt“. Es sei ein hartes Stück Arbeit, den Green Deal zu versabschieden. Man müsse aber auch die Chancen dieses Transformationsprozesses sehen. „Sie überwiegen die Risiken bei weitem, nicht nur, weil sich mit ihm neue Marktchancen, neue Technologien, neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben, sondern auch, weil viel zu oft über die Kosten des Klimaschutzes gesprochen wird und viel zu wenig über die Kosten unterlassenen Klimaschutzes.“ Europa müsse souverän, innovativ und handlungsfähig sein, damit es seine Werte und Interessen in der Welt behaupten könne, betonte Merkel.

Seit einiger Zeit wirkten Fliehkräfte in der Europäischen Union: Gemeinsame Werte würden brüchig, die Erwartungen an die Institutionen erfüllten sich nicht, gesellschaftliche Entwicklungen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten erfolgten. „Wenn dann kurz- oder mittelfristige nationale Interessen über den Nutzen des gemeinsamen europäischen Projekts und der rechtlichen Grundlage gestellt werden, dann kommen wir in eine Schieflage“, so Merkel.

Gegen diese Fliehkräfte gebe es nur ein wirksames Mittel: miteinander in einem aufrichtigen Dialog zu bleiben und die gemeinsamen Werte zu betonen, sagte sie. „Denn es sind unsere Werte, die uns verbinden und die uns auch von manch anderen Mächten auf der Welt unterscheiden.“ Doch die Krisen könnten auch als Katalysator wirken. Bei allen Härten seien sie auch Anlass zur Gestaltung und Verbesserung.

Denn: „Europa ist ein Glücksfall für uns alle – ein Glücksfall, den wir bewahren und gestalten dürfen, aber eben auch müssen.“

Junglandwirtin schreibt einen Spiegel-Bestseller über Landwirtschaft

agrarheute.com

Dagmar Deutsch

09.02.2022

Auf Instagram lässt Madeleine Becker alias frau_freudig ihre Follower tief hinter die Kulissen ihres landwirtschaftlichen Alltags blicken. Nun hat sie auch ein Buch darüber geschrieben, das es prompt auf die Spiegel-Bestsellerliste für Paperback Sachbücher geschafft hat.

Als Madeleine Becker 2018 Urlaub in Kärnten machte, ahnte sie noch nichts. Sie ahnte nichts davon, dass sie an Land, Leuten und Kühen hängenbleiben würde. Und sie ahnte auch nicht, dass sich ihr Kindheitstraum erfüllen sollte und sie ein Buch schreiben würde. Erst recht ahnte sie nicht, dass es ihr Buch „Erstmal für immer“ auf die Spiegel-Bestsellerliste schaffen sollte. Im Interview mit agrarheute lässt sie Revue passieren, wie es dazu kam, und verrät, um was es in ihrem Buch eigentlich geht.

Madeleine, wie bist du auf dem Hof in Kärnten gelandet?

2018 habe ich zum ersten Mal Urlaub in Kärnten gemacht. Der Campingplatz hatte eine Landwirtschaft dabei und als Gast durfte man mit reinschnuppern in den Alltag und die Arbeit. 2019 kam ich wieder. Erstmal, um Urlaub zu machen, und dann bin ich für ein Praktikum auf dem Hof wiedergekommen. Und dann nochmal für ein längeres Praktikum. Ich wollte einfach nicht mehr gehen. Dann habe ich auch noch meinen Freund kennengelernt und im Dezember 2019 bin ich dann mit Sack und Pack nach Kärnten gezogen.

Und seitdem arbeitest du in der Landwirtschaft?

Jein. Ich bin selbstständige Unternehmerin und arbeite als Autorin und Influencerin. Auf Instagram nehme ich meine Follower als frau_freudig mit in meinen Alltag auf den Hof der Familie, auf dem ich in meiner Freizeit arbeite. Wobei Freizeit natürlich relativ ist: Ich stehe jeden Tag mit meinem Freund im Stall und wenn er selbst arbeiten ist, schmeiße ich den Hof komplett alleine.

Wie ist es dann dazu gekommen, dass du ein Buch schreibst?

Ich habe schon immer davon geträumt, ein Buch zu schreiben. Seit der Schulzeit schreibe ich gerne und viel und sogar noch mehr, seit ich hier auf dem Hof bin. Man kann hier so viel erzählen, die Menge an Geschichten reißt einfach nicht ab. Und auf einmal hat man genug Material für 288 Seiten.

Worum geht es in „Erstmal für immer“?

Es geht um das Leben auf dem Land und auf dem Hof. Unser Alltag als Landwirte ist für viele total unbekannt. Kaum jemand weiß, wie viel Arbeit in einem Liter Milch steckt. Oder was dazugehört, um Heu zu produzieren. Daher wird unsere Arbeit nicht so wertgeschätzt, wie wir es gerne hätten. Es ist wichtig, dass wir anderen unseren Alltag näherbringen. Mit meinem Buch möchte ich genau das bewirken und auch, dass der Leser seinen Blick auf die Lebensmittel, die er konsumiert, ändert und ihnen mehr Wertschätzung entgegenbringt.

Was macht dein Buch besonders?

Dass es grundauf ehrlich ist. Ich schreibe nicht nur über die Heidi-Romantik auf der Alm, wenn die Sonne scheint und die Murbeltiere schreien, sondern auch darüber, wie die Lieblingskuh zum Schlachter muss. Oder darüber, wenn man körperlich so erschöpft ist, dass man gar nicht mehr aufstehen mag. Was es auch besonders macht, ist, dass das Buch überall auf dem Hof entstanden ist. Ich saß beim Schreiben im Hasenstall im Stroh, lag bei den Kühen auf der Weide oder habe mich auf dem Heuboden versteckt. Die Seiten habe ich quasi direkt an Ort und Stelle des Geschehens bei den Kühen und Hühnern und Hasen mit Leben gefüllt.

Frankreich: Atomenergie, toujours?

heise.de

Thomas Pany

25.10.2021

Zukunftsprognosen für das postfossile Zeitalter von der EDF-Tochter RTE: "Ohne Atomkraftwerke wird es teuer"

Das Réseau de transport d'électricité (RTE), der Betreiber der Hochspannungsnetze in Frankreich, hat heute seinen von der Regierung 2019 in Auftrag gegebenen und lang erwarteten Bericht über die künftige Stromversorgung des Landes veröffentlicht: "Futurs énergétiques 2050". Er ist mehr als 600 Seiten dick, allein die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse benötigt 64 Seiten. Es ist ein Oeuvre für Spezialisten.

Die grundlegenden Vorgaben für die Prognose sind allerdings schnell genannt: Es geht darum, die CO₂-Emissionen so weit herunterzufahren, dass 2050 die sogenannte "Kohlenstoffneutralität" erreicht wird und bis 2030 laut EU-Vorgaben die Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent gesenkt werden. Dennoch soll die Stromversorgung bei erwartbarem steigendem Strom-Bedarf sichergestellt werden: "Keine Blackouts".

Alle sechs Szenarien, die RTE als mögliche Zukunft der Energieversorgung skizziert hat, sind "blackout free" zertifiziert, wie es in einem Medienbericht heißt. Die sechs Szenarien unterschieden sich nach ihrem Energiemix - von 100 Prozent Erneuerbaren (36 Prozent Photovoltaik, 31 Prozent Windkraft onshore, 21 Prozent Windkraft offshore und 12 Prozent andere) bis zu einem Fifty-Fifty-Energiemix aus Atomkraft (23 Prozent alte Reaktoren, 27 Prozent neue, darunter auch Minireaktoren), Photovoltaik (13 Prozent), Windkraft (25 Prozent) und andere (12 Prozent).

Die Aussage des RTE-Chefs Xavier Piechaczyk, zitiert von Le Figaro, zeigt eine grundlegende Pro-AKW-Richtung an. Bis 2030 müssen technisch und wirtschaftlich ausgereifte erneuerbare Energien entwickelt und die bestehende Kernkraft ausgebaut werden. Der gegenwärtige 67,1-Prozent-Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung muss bis 2035 auf 50 Prozent gesenkt werden. Das ist das von der Regierung vorgegebene Ziel für den Anteil der Atomkraft, für die sich RTE in seiner Prognose besonders einsetzt. So rät man dringend von einer "vorzeitigen Abschaltung der Atomreaktoren" ab.

Unter den sechs Zukunftsszenarien, die RTE vorlegt, wird die Kernenergie als besonders kostengünstig herausgestellt. Ein Strommix aus 100 Prozent erneuerbaren Energien würde laut ihren Berechnungen zwischen 77 und 80 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Für den Mix, der am stärksten auf Nuklearenergie setzt, rechnet man dagegen mit Kosten von 59 Milliarden Euro.

Selbst wenn man nur das "Mindestprogramm" von sechs neuen EPR-Reaktoren, das Präsident Macron vorgeschlagen hat, umsetze, würde dies bedeuten, dass ein hoher Anteil an erneuerbarer Energien eingesetzt werden müsse, die teurer sind, zitiert die bürgerlich-konservative Zeitung Le Figaro aus dem Papier. Der Bau neuer Kernreaktoren sei "wirtschaftlich sinnvoll". An dieser Stelle ist an Erfahrungen zu erinnern, die dem widersprechen: Bislang lagen zwischen Plan und Wirklichkeit bei EPR-Reaktionen viele Jahre Verzögerung beim Bau und milliardenschwere Mehrkosten. Der EPR-Reaktor im französischen Flamanville sollte 2012 ans Netz gehen, zuletzt hieß es, dass seine Inbetriebnahme im Jahr 2024 unsicher ist. Die Kosten stiegen von anfangs geplanten 3,3 Milliarden Euro nach Angaben der EDF auf 12,4 Milliarden Euro.

Der erste EPR-2-Reaktor mit einer Leistung von 1,6 Gigawatt soll laut Plan ab 2035 Strom produzieren. Es gibt da also eine Lücke, die auch die Kernkraftbefürworter der RTE einräumen müssen. In der Zwischenzeit müssen Wind- und Solarparks gebaut werden, die viel schneller in Betrieb genommen werden können. Gewarnt wird vor Akzeptanzproblemen der erneuerbaren Energien, insbesondere bei den Windkraftanlagen. Von gegenwärtig 9.000 Turbinen im Land müsste man selbst im Szenario mit dem höchsten Anteil an Kernkraftwerken auf 15.000 bis 20.000 erhöhen. Obwohl dies eine geringere Dichte als in Deutschland bedeute, befürchtet man Unruhe.

Um Kohlenstoffneutralität zu erreichen, müssen in allen Fällen in erheblichem Umfang erneuerbare Energien eingesetzt werden, aber in drei der sechs Szenarien wird der Kernkraft im Jahr 2050 immer noch ein Anteil von mehr als 25% zugeschrieben.

Laut einer Umfrage hieß es, dass 53 Prozent der Franzosen der Meinung sind, dass Kernkraft "eine gute Sache für Frankreich" ist. 45 Prozent sind aber "gegen den Bau neuer Kraftwerke".

Sie hatte nur 14 Buchstaben: Erste SMS der Welt wird als Code versteigert

Süddeutsche.de

Wolf von Dewitz

21.12.2021

Heute ist es selbstverständlich, damals war es eine Weltneuheit: Kurznachrichten über Handys zu verschicken. Die erste SMS überhaupt ist knapp 30 Jahre alt: Es sind 14 Buchstaben am Anfang des Handyzeitalters: "Merry Christmas" (Fröhliche Weihnachten) war am 3. Dezember 1992 auf einem Mobiltelefon eines Vodafone-Mitarbeiters zu lesen. Er hatte die erste SMS der Welt bekommen – das war der Startschuss für eine andere Art der Kommunikation. Was damals Innovation war, ist heute ein Stück Technik-Geschichte. Und die kommt am Dienstag unter den Hammer: Das französische Auktionshaus Aguttes versteigert die SMS als ein "Non-Fungible Token" (NFT; deutsch: nicht austauschbare Wertmarke).

NFTs sind digitale Codes, die auf fassbare Objekte oder virtuelle Güter verweisen. Es geht nicht um die Rechte an Fotos oder Videos, die man sich ansehen kann: Diese unterliegen Urheberrechten und sind nicht Teil eines Non-Fungible Tokens. Ein NFT ist vielmehr ein digitales Abbild, das auf der Blockchain-Technologie basiert und dadurch fälschungssicher ist. Dank dieser Datenkette ist man erwiesenermaßen der einzige Eigentümer dieses Codes. Die Echtheitszertifikate sind im Trend. So wurde zum Beispiel in diesem Frühjahr der erste Tweet von Twitter-Gründer Jack Dorsey als NFT für 2,9 Millionen Dollar (2,5 Millionen Euro) versteigert. Im Sommer wurde der erste Quellcode für das World Wide Web (WWW) von Tim Berners-Lee als NFT für 5,4 Millionen Dollar verkauft.

Nun ist also die SMS an der Reihe. Für diesen digitalen Code nennt das Auktionshaus Aguttes auf seiner Webseite, bei der man Gebote abgeben kann, eine Spanne von 100.000 bis 200.000 Euro. Der Entwicklungsleiter des Auktionshaus, Maximilien Aguttes, hofft aber auf einen höheren Preis: Diese erste Textnachricht sei ein historisches Zeugnis für den Fortschritt und absolut einzigartig. Aus rechtlichen Gründen werden bei der SMS-Aktion auch Gegenstände mitversteigert, unter anderem ein digitaler Bilderrahmen, um die SMS sichtbar zu machen.

Der Markt für NFT wächst rasant. Laut einer Studie der Branchenplattform "nonfungible.com" wurden im dritten Quartal allein in den USA NFTs im Gegenwert von insgesamt 5,9 Milliarden Dollar verkauft. Das war fast acht Mal so viel wie im zweiten Quartal (0,8 Milliarden Dollar). Die Zahl der Menschen, die in den USA mindestens ein NFT pro Quartal kaufen, konnte sich in dem Zeitraum etwa verdreifachen. Andere Analysen – etwa von Chainalysis – sehen einen starken Trend auch auf globaler Ebene. Auch klassische Auktionshäuser wie Christie's und Sothebys mischen mit. Es geht aber nicht nur um Auktionen von NFTs für Kunstwerke, Liebhaber-Objekte oder kuriose Sachen. Auch in der Gaming-Szene spielen NFT eine Rolle, wenn beispielsweise in Rollenspielen Schwerter und Schilder mit dieser digitalen Referenz versehen werden und sie somit einzigartig machen. Der Blockchain-Experte Toni Caradonna sieht die NFTs als Teil einer neuen Welle der Digitalisierung. In der ersten Welle in den 90ern hätten Emails die Kommunikation verändert und in der Welle danach seien durch die sozialen Medien Gemeinschaften neu entstanden. "Nun geht es um die Digitalisierung von Werten und Eigentum", sagt Caradonna, der bei der Schweizer Blockchain Trust Solutions AG im Vorstand sitzt. "Durch das Copy-pasting der vergangenen Jahrzehnte haben wir die digitale Kontrolle über das Eigentum verloren." Die holt man sich mit den Non-Fungible Tokens nun zurück. "Mit NFTs kann ich beweisen, dass etwas nur mir gehört – ich habe die Kontrolle."

Philipp Sandner von der Frankfurt School of Finance & Management misst NFTs "einen sehr hohen ideellen Wert" bei. Auch Sportfans würden gut angesprochen. So verkaufe der US-Basketballverband NBA einzelne Minuten von Spielen als NFTs. "Macht ein Spieler in dieser einen Minute einen Dunk, kann ich voller Stolz sagen: Das NFT zu dieser Minute gehört einzig und allein mir."

Und wie geht es weiter mit den NFT? Professor Sandner spricht von einer derzeitigen Hype-Phase mit sehr spekulativem Charakter. Er verweist auf andere Hypes noch vor dem Internetzeitalter: Einst hätten Sammler für Briefmarken oder Panini-Fußballbildchen ebenfalls viel Geld bezahlt. Auch bei NFT wird es Nachfrageschwankungen geben, aber wegzudenken sind sie nicht mehr".